

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 164 November/Dezember 2012 2,50 €

Kurdistan Report | Ausgabe 164 November/Dezember 2012

Nur im Internet | kurdistanreport.de



Vor 30 Jahren, im November 1982, erschien die erste Ausgabe des Kurdistan Report



Seit dem 12. September befinden sich hunderte Gefangene in der Türkei in einem unbefristeten Hungerstreik. Täglich schließen sich dem Protest neue an. Foto: DIHA



In Westkurdistan haben KurdInnen ihre Belange selbst in die Hand genommen. Im Rahmen der Demokratischen Autonomie organisieren sie ihren Alltag. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

»Der ›Kürdistan Report‹ erscheint, um das Kurdistan-Problem (…) der europäischen Öffentlichkeit nahe zu bringen. (…) Wir hoffen auf die Solidarität der Demokraten im mühsamen, schwierigen Kampf des kurdischen Volkes um seine Unabhängigkeit und Freiheit.«

So die Redaktion in der ersten Ausgabe des Kurdistan Report vom November 1982 über die Notwendigkeit ihrer Arbeit. 30 Jahre sind seitdem vergangen und vieles hat sich für die Kurdinnen und Kurden verändert. Schauen wir uns allein die Umbruchsituation in Westkurdistan (Syrien) an. Allerdings macht die Berichterstattung in den Mainstream-Medien die weitere Notwendigkeit unabhängiger Medien deutlich. So hat der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan in dieser Ausgabe einen großen Stellenwert, die basisdemokratische Organisierung, die Probleme vor Ort …

»Nach den Nachrichten, die uns erreicht haben, hat der Widerstand in den Kerkern unterstützt durch den Todeshungerstreik der Inhaftierten unabsehbare Größen angenommen.« (Kurdistan Report Nr. 1, Nov. 1982, S. 11) Auch dieses Zitat könnte von heute stammen, denn in den Gefängnissen der Türkei sind erneut hunderte Gefangene im unbefristeten Hungerstreik. Die 63, die den Streik am 12. September begonnen haben, sind mittlerweile an der kritischen Grenze von 40 Tagen angelangt; jederzeit müssen wir mit Nachrichten aus dem Gefängnis rechnen, dass ihr Gesundheitszustand kritisch wird, einzelne schon irreparablen Gesundheitsschäden haben. Vor 30 Jahren mussten viele Gefangene im großen Todesfasten in den türkischen Gefängnissen ihr Leben lassen. Doch ihr Widerstand stieß das Militärgefängnis von Amed (Diyarbakır), ihre unmenschliche Behandlung, die offene Folter ins Licht der Öffentlichkeit.

Neben der offenen ist in der Türkei inzwischen eine weitere Art der Folter eingeführt worden, die Isolationshaft. Wenn auch in vielen Gefängnissen wegen der Überbelegung und den Massenverhaftungen seit 2009 nicht durchführbar, so wird doch Abdullah Öcalan vollkommen isoliert. Seit Juli 2011 gibt es keinen Kontakt zu ihm, die rechtlich zustehenden monatlichen Besuche seiner AnwältInnen werden verhindert. Vor allem gegen diese Isolation richtet sich der aktuelle Hungerstreik, dem sich mittlerweile hunderte weitere angeschlossen haben (Stand 21.10.2012: mindestens 715 Gefangene in 76 Gefängnissen), bisher ohne offizielle Stellungnahme der AKP-Regierung zu dessen Forderungen: Neben der Aufhebung der Isolationshaftbedingungen Abdullah Öcalans und der Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit wird die Beseitigung aller politischen Maßnahmen gegen den Gebrauch der kurdischen Sprache gefordert, insbesondere wird das Recht auf Verteidigung vor Gericht und auf Bildung in der Muttersprache verlangt.

Ein weiteres Zitat aus der zweiten Ausgabe des Kurdistan Report (Februar 1983, S. 16): »Ich, als jemand der diese Dinge mit eigenen Augen gesehen hat, sage mit lauter Stimme ›es reicht! es ist genug mit Folter und Unterdrückung. Wer sich als Mensch und Demokrat bezeichnet, muß seine Augen nach Kurdistan und auf die Gefängnisse richten.‹«

Die Forderungen der Kurdinnen und Kurden, in den Gefängnissen oder außerhalb in den verschiedenen Teilen Kurdistans, sind legitim und müssen unterstützt werden.

Auf die nächsten Jahre, mit vielen und interessanten Berichten über eine möglichst positive Entwicklung im Kampf gegen Krieg und Unterdrückung.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Oslo zum Zweiten?

Zübeyir Aydar, Exekutivratsmitglied im Kurdischen Nationalkongress (KNK)

Die gewaltsamen Konfrontationen in Nordkurdistan und der Türkei sowie ihre Auswirkungen bestimmten die Entwicklungen der letzten zwei Monate in der kurdischen Frage. Die militärischen Auseinandersetzungen, die ihren Anfang am 15. August 1984 genommen hatten, halten jetzt seit 28 Jahren an. Wie auch zahlreiche Experten und Beobachter feststellten, gehören die Gefechte der letzten drei Monate zu den schwersten in der gesamten Zeit. Während die türkische Armee in bestimmten Gebieten Rückschläge hinnehmen musste, hat die kurdische Guerilla in nicht unbedeutenden Gebieten die Kontrolle übernommen. Die Regionen Colemêrg (Hakkari) und Botan unterstehen regelrecht einer doppelten Autorität sowohl der Türkei als auch der Guerilla. Diese Entwicklung wirkte sich auf die Politik aus und führte zu neu entfachten Diskussionen über eine Lösung.

»Das Problem ist mit Waffen nicht zu lösen«

Ein Vergleich der Debatten der letzten Zeit mit denen des Vorjahrs zeigt Unterschiede auf. Letztes Jahr, nach dem Abbruch der Oslo-Gespräche, griff auf der einen Seite die iranische Armee die kurdische Befreiungsbewegung in Qandil an, auf der anderen Seite startete das türkische Militär mit der Intention, die kurdischen Guerillakräfte zu liquideren, einen umfassenden Angriff. Das antikurdische Bündnis zwischen der Türkei, Iran, Syrien mit einer gewissen Beteiligung des Irak war Anfang 2011 erneuert und infolgedessen die Vernichtung der Guerilla in einer »Sandwich«-Operation beschlossen worden. Dementsprechend waren die damaligen Diskussionen von dieser Offensive bestimmt. Zahlreiche Regierungsvertreter, allen voran der türkische Ministerpräsident Recep Tayyıp Erdoğan, posaunten: »Das war`s, wir werden noch in diesem Jahr diese Sache abschließen.« Regierungsnahe Medien debattierten über die »tamilische Lösung« der sri-lankischen Regierung, es gab Schlagzeilen wie »Die PKK ist besiegt, lasst uns die Phase nach ihr besprechen«. Eine umfassende offensive Kampagne wurde geführt. Aber alle diese Absichten blieben Wunschdenken. Die iranische Armee wurde in Qandil besiegt. Die türkische Armee führte Nulloperationen durch, hunderte Kampfflugzeuge bombardierten die Berge, ohne Erfolg.

Die Diskussionen im vergangenen Jahr waren ausschließlich auf Vernichtung und Liquidierung der PKK gerichtet. In diesem Jahr waren die Debatten andere. Der Ministerpräsident, der noch letztes Jahr behauptete: »Gespräche mit der PKK wird es nicht nochmal geben!«, erklärte in diesem Jahr, dass Gespräche sowohl auf Imralı als auch in Oslo stattfinden könnten. Die Schlagzeile des letzten Jahres »Unsere Armee hat gesiegt« wurde dieses Jahr ersetzt durch »Das Problem ist mit Waffen nicht zu lösen«. Statt einer »tamilischen Lösung« werden das nordirische und das baskische Modell diskutiert. Das sind zweifellos bemerkenswerte Entwicklungen. Weiter unten werde ich auf dieses Thema vor allem in Bezug auf die Oslo-Phase erneut eingehen.

Isolation Abdullah Öcalans hält weiter an

An der Situation des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan hat sich in dieser Zeit nichts geändert. Die verschärften Isolationshaftbedingungen halten weiterhin an. Am Erscheinungstag dieses Heftes, d.h. am 1. November 2012, sind es genau 462 Tage, dass seine Kontakte zur Außenwelt auf rechtswidrige Weise unterbrochen sind. Besuche seiner Anwälte und Familienangehörigen sind untersagt. Über dreißig Anwälte sind noch immer inhaftiert, weil sie seine Verteidigung übernommen hatten. Um Spekulationen über seine Situation entgegenzutreten, wurde im September 2012 sein Bruder auf die Gefängnisinsel gebracht, um ihn für 15 Minuten zu sehen. Das war alles. Unterdessen wurde Anfang September eine internationale Unterschriftenkampagne mit über tausend Erstunterzeichnern, darunter Politiker, Intelektuelle und Nobelpreisträger, begonnen, in der die Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen in der Türkei gefordert wird. Diese Kampagne wird gegenwärtig weltweit geführt.

Hunderte Gefangene im Hungerstreik

Am 12. September haben in der Türkei 63 kurdische politische Gefangene einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um auf die Situation Abdullah Öcalans sowie auf die schlechten Haftbedingungen aufmerksam zu machen. Sie fordern die Freiheit für Abdullah Öcalan, die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache einschließlich des Verteidigungsrechts und der Bildung in ihrer Muttersprache. Der heutige Tag (17. Oktober) ist der 39. des Hungerstreiks. Der Gesundheitszustand dieser Gefangenen ist inzwischen angegriffen und die Phase der Lebensgefahr hat begonnen. Am 15. Oktober haben sich aus 76 Gefängnissen in der Türkei hunderte weitere kurdische politische Gefangene sowie linke politische Gefangene angeschlossen.

Die Gefängnissituation in der Türkei steht aufgrund der Folter, Misshandlungen und schlimmen Haftbedingungen seit eh und je auf der Tagesordnung. Wegen derselben Probleme stehen die Gefängnisse gegenwärtig kurz vor der Explosion. Vor einigen Monaten steckten in mehreren Haftanstalten die Gefangenen aus Protest ihre Zellen in Brand. Die Situation ist ernst, jederzeit kann es zu Todesfällen kommen. Obwohl Anlass zu großer Sorge besteht, ist keinerlei Bewegung aufseiten der Regierungsvertreter zu verzeichnen.

Festnahmen und Verhaftungen halten an

Auch in diesen letzten zwei Monaten haben die Festnahmen kurdischer Politiker unter der Bezeichnung »KCK-Operationen« angehalten *[KCK: Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans]*. Hunderte Menschen sind in dieser Zeit verhaftet worden. Parallel dazu laufen die KCK-Prozesse und es kommt zu Verurteilungen von bis zu 20 Jahren. Das Vergehen war es, sich politisch betätigt zu haben.

Auch die Repression gegen die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) hält unvermindert an. Als reichte die Verhaftung ihrer Parteifunktionäre nicht aus, steht jetzt die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der BDP-Abgeordneten und deren Verhaftung zur Debatte. Die BDP wird politisch isoliert, ökonomisch eingeschnürt und auf polizeilichem und gerichtlichem Wege daran gehindert, Politik zu machen. Äußerst interessant ist: Am 30. September veranstaltete die AKP ihren vierten Parteikongress, zu dem die politischen Parteien der Türkei sowie zahlreiche Regierungsvertreter weltweit eingeladen waren, sogar der Präsident der Autonomen Region Kurdistan und Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), Masud Barzani – aber die BDP, mit einer Fraktion im türkischen Parlament, nicht.

Die Kurden in Syrien setzen sich für ein demokratisches Syrien ein

Die Entwicklungen in Syrien und Westkurdistan (Syrisch-Kurdistan) beanspruchen weiterhin ihren Platz auf der politischen Agenda. Es sind 19 Monate vergangen, seit am 15. März 2011 die Aufstände gegen das syrische Regime begannen. Gegenwärtig hält die Gewalt in all ihrer Härte an und bringt menschliche Dramen mit sich. Zu Beginn der Ereignisse in Syrien verfielen türkische Repräsentanten in eine Erwartungshaltung, dass es auch hier zu einem raschen Regimewechsel wie im Vorfeld in Tunesien, Ägypten und Libyen kommen würde. Um keine Chance zu verpassen und der Macht näher zu sein, reagierten sie sehr früh. Sie haben die syrische Opposition in Istanbul versammelt, ihr ökonomische Unterstützung geleistet, ihr eine politische und militärische Basis geboten. Diese voreilige Reaktion der Türkei resultierte größtenteils aus ihren Erfahrungen mit der kurdischen Frage. Während der militärischen Okkupation des Irak glauben sie falsch gehandelt zu haben, als Folge dessen konnten die Kurden im Irak einen politischen Status gewinnen. Derselbe Fehler sollte sich in Syrien nicht wiederholen, daher fühlte sich die Türkei zu einer aktiven Syrien-Politik gezwungen. Folglich unternimmt sie alles, um zu verhindern, dass die Kurden das entstandene Machtvakuum nutzen. Zuletzt nahm sie einen syrischen grenzverletzenden Granatbeschuss vom 4. Oktober zum Anlass, um im türkischen Parlament ein Mandat für grenzüberschreitende Militäroperationen zu erwirken. Dieses Mandat dient vielmehr der Einschüchterung der Kurden und stellt eine Bedrohung dar. Auch das Verlangen, in Nordsyrien eine Pufferzone zu errichten, ist eine Intervention zur Kontrolle der dortigen kurdischen Regionen. Die Kurden in Syrien setzen sich für ein demokratisches Syrien ein und eine autonome kurdische Region. Sie treten jeglicher aggressiven Politik der Türkei entgegen und werden im Falle eines Angriffs breiten Widerstand leisten.



Angehörige der hungerstreikenden Gefangenen in Amed Foto: DIHA

Ich habe das Thema Syrien hier nur kurz aus kurdischer Sicht angerissen. Es gibt sicherlich viel mehr dazu anzumerken. Die ideologische Nähe der türkischen Führung zur Organisation der Muslimbruderschaft, die konfessionelle Annäherungsweise der Türkei, Saudi-Arabiens und des Iran, die blutrünstige Baath-Diktatur in Syrien, die Qualität der syrischen Opposition, der Unsinn der Behauptung des Trios Türkei/Saudi-Arabien/Katar »Wir bringen Syrien Demokratie«, die Doppelmoral der sogenannten westlichen Länder – das kann zweifelsohne alles viel gründlicher bewertet und analysiert werden.

»Wenn nötig, kann es erneut zu Oslo- und Imralı-Gesprächen kommen«

In diesen Wochen sind die »Oslo-Gespräche« in der Öffentlichkeit breit debattiert worden, nachdem der Sprecher der Republikanischen Volkspartei (CHP) einige Dokumente dazu veröffentlicht hatte. Die Absicht der CHP war es, die AKP-Regierung mit diesem Schritt vor der nationalistischen Öffentlichkeit in Bedrängnis zu bringen. Aber das Gegenteil trat ein. Die CHP wurde für ihren Vorstoß kritisiert und ihr Vorsitzender war gezwungen zu erklären, dass sie nicht gegen die Gespräche seien. Auch Ministerpräsident Erdoğan beteiligte sich an dieser Diskussion und verkündete: »Wenn nötig, kann es erneut zu Oslo- und Imralı-Gesprächen kommen.« Weitere Regierungsmitglieder behaupteten, es werde zu Gesprächen dieser Art kommen.

Die sogenannten Oslo-Gespräche, die zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung unter Führung der PKK und dem türkischen Staat im Jahr 2006 erst einmal indirekt begonnen hatten, mündeten später in direkte Gespräche. Diese wurden auf zwei Ebenen geführt, auf Imralı mit Abdullah Öcalan und in Oslo mit Vertretern der Bewegung. Zwischen Imralı und Oslo wurde der Dialog mittels Briefen gewährleistet. Diese Gespräche hielten an bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2011. Danach wurde der Dialog von der türkischen Regierung trotz unterschriftsreifer Protokolle einseitig abgebrochen.

Am 14. September 2011 tauchten einige Ausschnitte dieser Gespräche im Internet auf. Am 7. Februar 2012 erklärte die Istanbuler Staatsanwaltschaft, ihnen lägen die Oslo-Dokumente vor und die an diesen Gesprächen beteiligten staatlichen Vertreter hätten eine Straftat begangen; diese wurden zur Aussage vorgeladen. Polizeibeamte behaupteten, die Dokumente während einer polizeilichen Durchsuchung am 13. Januar 2012 im BDP-Parteigebäude in Amed (Diyarbakır) beschlagnahmt zu haben. Ministerpräsident Erdoğan zufolge habe hingegen die PKK die Dokumente der CHP zugespielt.

Ich denke, an dieser Stelle sind einige Anmerkungen zu diesem Thema angebracht:

1. Besagte Dokumente sickerten nicht vonseiten der PKK durch, sondern diejenigen, die gegen diese Gespräche waren und innerhalb des Staates Machtkämpfe führen, besorgten sie aus dem Staatsarchiv und verbreiteten sie. Die Dokumente an die CHP kamen ebenfalls von diesen Kreisen. Die polizeiliche Aussage, die Dokumente während einer Durchsuchung im BDP-Gebäude beschlagnahmt zu haben, ist Verleumdung; sie ist lächerlich und dient ausschließlich der Vertuschung der eigenen Schuld. Dazu hat die PKK-Führung (Öcalan) mehrfach entsprechende Erklärungen abgegeben.

2. Die Oslo-Phase bedeutete aus Sicht der kurdischen Befreiungsbewegung die Suche nach Frieden und Lösung mittels Dialog. Die Bewegung war bereitwillig und aufrichtig. Sie begann trotz militärischer Angriffe einen einseitigen Waffenstillstand. Sie entsandte eine Gruppe von Guerillas als Friedensgruppe in die Türkei, um ihre guten Absichten zu demonstrieren und zur Entspannung der Atmosphäre. Sie unterbreitete dem türkischen Staat ihre Vorschläge für die Lösungsphase und den Frieden in Form einer Roadmap. Sie erklärte, dass sie eine Lösung innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei sucht. Die Bewegung hat alle Themen auf den Tisch gelegt, zur Diskussion eröffnet und sich bereit erklärt für den Frieden.

3. Trotz Zusagen präsentierte die Gegenseite niemals einen Lösungsvorschlag. Sie hat immer aufgeschoben. Als sie in Bedrängnis kamen, erklärten sie lediglich: »Wir werden Euren Vorschlag der Regierung vorlegen und die Antwort darauf bringen.« Aber sie brachten keine.

4. Das führte dazu, dass die PKK-Führung immer mehr zu der Überzeugung gelangte, die Gegenseite benutze eine Hinhaltetaktik; wenn sich die Möglichkeit ergebe, würde sie die Bewegung mit dem Ziel ihrer Vernichtung angreifen, und sie führe diese Gespräche nur zu diesem Zwecke. Die antikurdische Koalition der Türkei mit Iran, Syrien und Irak im letzten Jahr hat das gezeigt.

5. Trotz den Regierungserklärungen gibt es gegenwärtig keine funktionierende Friedens- oder Dialogphase.

6. Die PKK ist mit der Dialogphase in Oslo und Imralı verbunden. Es ist kein Thema, dass sie sich von ihren Versprechen abwendet. Die kurdische Befreiungsbewegung ist überzeugt von der friedlichen Lösung der kurdischen Frage und ist dazu entschlossen. Der Beginn einer neuen Dialogphase hängt von dem Willen und der Haltung der Gegenseite ab. ♦

Stellungnahme zur aktuellen Lage

Verhandlungen auf Imralı wird es so nicht mehr geben

Murat Karayılan im Interview mit Baki Gül, ANF 04.10.2012

Laut dem Vorsitzenden des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, kann es keine Verhandlungen mit Abdullah Öcalan in der bisherigen Form geben: »Wenn Verhandlungen geführt werden sollen, dann nicht mehr auf Imralı. Wenn die Gesundheit, Sicherheit und Freizügigkeit der Führung sichergestellt sind, kann es Verhandlungen geben. Auf diese Weise kann das kurdische Problem dauerhaft gelöst werden.«
Karayılan äußerte sich zu aktuellen Diskussionen über Verhandlungen, zum vierten Parteikongress der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), zu den Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan, er verhandle nicht mit der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), und zur aktuellen Kriegslage in Kurdistan.
Das Interview für die Nachrichtenagentur ANF (Firat News Agency) vom 4.10.2012 geben wir in gekürzter Form wieder.

In letzter Zeit finden Diskussionen über Verhandlungen statt. Mehmet Öcalan *[Bruder Abdullah Öcalans]* war auf Imralı zu Besuch, aber die AKP hat dies verzerrt dargestellt. Was passiert da, wie hat die Öffentlichkeit diesen Besuch zu werten?

Gegen die Führung Abdullah Öcalan (Apo) wird ein weltweit einzigartiges System von Isolation, psychischer Unterdrückung und Folter aufrechterhalten. Demgegenüber gibt es nun einen Familienbesuch. Der bedeutet aber nicht die Aufhebung oder den Wegfall der Isolation. Jeder Gefangene oder Sträfling hat das gesetzliche, natürliche und universelle Recht, Familie oder Anwälte zu sehen, doch unserer Führung ist dies natürlich verboten worden. Ich nehme an, dass seinem Bruder wegen unterschiedlicher Ersuchen und des *[öffentlichen]* Drucks ein einmaliger Besuch gestattet worden ist, das ist alles.

Es wird deutlich, dass damit eine Art Angriff auf die Bewegung beabsichtigt ist. Obwohl sie keinerlei Lösungsansätze bei der kurdischen Frage haben, es also überhaupt nicht gewollt ist, wird versucht, den Anschein einer neu beginnenden Phase zu erwecken. Das ist seit jeher die Taktik, auf die die AKP und Tayyip Erdoğan setzen. Eine Taktik, die bei der Öffentlichkeit Hoffnungen weckt. Die zeitgleichen Äußerungen wie »wenn nötig, verhandeln wir mit Imralı; Verhandlungen in Oslo können stattfinden« sind eigentlich unproduktiv, inhaltslos und ohne jegliche Wahrheit.

Wenn der türkische Staat einen solchen Entschluss gefasst hat, wenn entschieden wurde, die kurdische Frage zu lösen, dann sollten sie ihr Projekt auf den Tisch legen. Die Verhandlungspartner und Komponenten in der kurdischen Frage sind bekannt. Einerseits heißt es, wir setzen uns nicht mit der, die kurdische Politik legal vertretenden, BDP zusammen, verhandeln nicht mit ihr und können uns nicht mit denen abgeben, andererseits wird gesagt, wir werden mit der PKK in Oslo verhandeln. Ist das kein Widerspruch? Da wird die Immunität der Parlamentarier aufgehoben, die die Guerillas begrüßt haben,[1] sie werden eingebuchtet. Dann sagt ihr, ihr werdet mit der Guerilla verhandeln! Wo ist da die Aufrichtigkeit? Ganz offensichtlich ist das Taktik, ein aggressives Gebaren.

Und Ministerpräsident Tayyip Erdoğan gesteht, die Verhandlungen abgebrochen zu haben ...

Wir haben oft dargelegt, wie sich der Prozess entwickelt hatte.[2] Wir waren während der Osloer Verhandlungen ehrlich, bis zum Schluss waren wir beharrlich. Wir wollten in dieser Frage zu einer endgültigen Lösung kommen. Wir waren fest entschlossen, die Waffen endgültig außen vor zu lassen. Wir

haben uns dem strategisch angenähert. Das war der Ansatz unserer Führung und unserer Bewegung. Aber die türkische Seite hat mit der unnachvollziehbaren Beendigung dieser Verhandlungen den totalen Krieg erklärt. Nun reden sie von Sicherheitspolitik. Was bedeutet Sicherheitspolitik? Es ist eine Kriegserklärung und die Haltung der Vernichtung durch Krieg, der Beschluss dazu.

Tayyip Erdoğan hat sich also dafür entschieden. Er hat die Wahlen 2011 gewonnen, ist mit mehr als 50 % der Sitze an die Macht gekommen. Und für ihn war die Sache gegessen. Regelrecht außer Rand und Band sagte er diesmal: »Wer seid ihr denn, ich werde euch zermalmen.« Und zu der Zeit kamen verschiedene AKP-nahe Schreiber mit dem Beispiel von Sri Lanka – den Tamilen. Es war also der Entschluss gefasst worden, uns mit Gewalt zu vernichten. Aber sie werden uns nicht mit Gewalt vernichten können, sondern ganz im Gegenteil selber verlieren. Das ist klar und deutlich. Wir haben in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel. Und unser Volk wird es sehen, die Öffentlichkeit wird es sehen. Die PKK mit Waffengewalt zurückzuwerfen und die kurdische Gesellschaft zu unterdrücken, das sind leere Theorien, die nicht greifen. Sie haben dreißig Jahre nicht gegriffen und werden jetzt erst recht nicht mehr greifen. Denn auch wir haben eine Basis, auf der wir gegründet sind. Es gibt Erfahrungen und Kenntnisse. Und am wichtigsten ist die vorhandene Unterstützung der Bevölkerung.

»Die AKP-Regierung hat die Protokolle unbeantwortet gelassen«

Sie verweisen auf die Konjunktur. Damit hat es aber nichts zu tun. Hätte die AKP-Regierung die Protokolle nicht unbeantwortet gelassen und hätte sie nicht den Entschluss zu einem Krieg gefasst, dann hätte sich unsere Entscheidung nicht geändert, auch wenn in der Region verschiedene Entwicklungen stattgefunden hätten. Manch einer versucht es so darzustellen, als sei uns aufgrund der konjunkturellen Lage in der Region etwas zugesichert worden und wir würden den Krieg nur wollen, um davon zu profitieren! Der Staat ist nicht aufrichtig. Er führt Verhandlungen mit uns, ist aber mental zu keiner Lösung bereit, und wir sagen, dass er zur Lösung nicht entschlossen ist und nicht einen praktischen Schritt hin zu einer Lösung tut. Wir sind auf einen stocktauben Staat getroffen. Mit wem Verhandlungen jetzt auch stattfinden, sie werden bei derselben Haltung ergebnislos ausfallen. Aus diesem Grund wird es keine Wiederholung geben. Es gibt keinerlei Anlass, von Dialog und Verhandlung zu sprechen, wenn dieselbe Haltung besteht und es keinen Lösungsansatz und keinerlei Perspektive gibt.

»Es wird keine parallelen Verhandlungen mehr geben«

Wir sagen Folgendes: Wenn die Entscheidung getroffen wurde, die kurdische Frage nicht bewaffnet, sondern politisch zu lösen, dann ist der Weg dorthin ganz klar. Dieser Weg heißt Dialog. Wir als PKK, als kurdische Seite, sind offen für den Dialog. Und wir sind offen für Verhandlungen. Und wir können auch die ersten Verhandlungen beginnen. Aber grundsätzlich ist für uns, für die kurdische Dynamik, die den gegenwärtigen Kampf führt, sei es auf der legalen politischen Bühne oder als Guerilla im ländlichen Gebiet, also in allen Teilbereichen des Kampfes, die Führung Apo unser einziger Verhandlungspartner. Das sagen wir klipp und klar. Schon seit jeher bringen wir zum Ausdruck, dass Apo der Verhandlungspartner ist. Aber es wird keine parallelen Verhandlungen mehr geben. Früher lief es so ab: Es fand ein Treffen auf Imralı statt und dieselbe *[türkische]* Delegation kam und verhandelte in Oslo. Und daraus folgte auch die Sache mit den Briefen: Die Führung schrieb die Gesprächsergebnisse in einen Brief und die *[türkische]* Delegation reichte den Brief an unsere Abordnung weiter. Oslo war also die Fortführung der Gespräche auf Imralı. Es ist deutlich geworden, dass die Verhandlungen auf diese Weise nicht zum Erfolg führen werden. Es muss sich also zweierlei ändern: Erstens muss der Staat ein Lösungsprojekt haben, zweitens funktioniert dies nicht mit dem bisherigen System! Falls Erfolg auf dem Verhandlungswege erreicht werden soll, müssen sich die Bedingungen für die Verhandlungspartner – und unser Vorsitzender gehört zweifelsohne dazu – ändern. Wenn Verhandlungen geführt werden sollen, so ist klar, dass sie nicht mehr auf Imralı stattfinden werden. Die Führung hat es selbst formuliert: Es müssen die Voraussetzungen in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Freizügigkeit sichergestellt werden. Wenn der Staat das gewährleistet, wird die Führung verhandeln. Der Weg des Dialogs schließt eine dauerhafte Lösung des Problems mit ein. Falls der Staat Türkei die kurdische Frage dauerhaft lösen will, ist dies der Weg dahin.

»Falls ihr eine Lösung wollt, dann müsst ihr die Führung dieses Volkes anerkennen«

Der Ministerpräsident sagt einerseits: »Wenn nötig, werden wir auf Imralı verhandeln«, und andererseits: »Es wird für Öcalan keinen Hausarrest geben.«[3] Wie soll ich den Familien der Gefallenen ins Gesicht sehen, sagt er. Wie soll das gehen? Ihr habt die Gesellschaft in der Türkei, die Angehörigen dieser Soldaten durch Manipulation und Lügen konditioniert. In der Vergangenheit habt ihr alle unsere Anführer der Aufstände hingerichtet. Aber die Kurden haben sich nicht unterworfen, sie haben ihren Kampf fortgesetzt. Darum hat die kurdische Gesellschaft mit diesem Kampf, mithilfe eines aufgeklärten

Denksystems, an Bewusstsein gewonnen. Sie steht euch mit ihrem Vorsitzenden entgegen. (…)

Die PKK ist eine Befreiungsbewegung, die wegen eurer Massaker in diesem Land entstanden ist. Wird der Gesellschaft die Wahrheit deutlich gemacht, wird kein Problem bleiben. Ich nehme nicht an, dass irgendjemand überreagiert, wenn der türkische Staat, die Regierung, seiner eigenen Gesellschaft die Wahrheit berichtet. Schon jetzt, heißt es, sei laut Umfragen die Hälfte der Gesellschaft dafür, das Problem durch Verhandlungen zu lösen, die andere Hälfte dagegen. Das bedeutet, dass das anatolische Volk bereit ist, die Wahrheit zu akzeptieren, wenn die Medien wahrheitsgetreu berichten, wenn bestimmte Führungspersonen sich wahrheitsgetreu äußern. Welcher unserer Dorfbewohner, der Dorfbewohner in der Türkei, will denn, dass die Geschichte seiner Sprache verboten wird? Niemand möchte das. Sie würden mit »Nein« antworten, wenn sie gefragt werden würden: »Würdest Du es akzeptieren, wenn Dir dasselbe angetan werden würde?« Wie in den staatlichen Akten vermerkt, ist das der 29. Aufstand, den sie niederschlagen wollen. Das haben sie schon vor 20 Jahren gewollt, aber bis heute nicht geschafft. Es gibt ein Volk, es gibt eine kurdische Führung. Wenn ihr mit dem kurdischen Volk dauerhaft und friedlich zusammenleben wollt, dann müsst ihr seine Führung anerkennen. Tut ihr das nicht, dann kämpfen wir, dann kämpft das kurdische Volk. (…)

Die AKP hat ihren Parteikongress beendet. Dort wurden die Jahre 2023 und 2071 genannt. Wie bewerten Sie den Kongress der AKP? Was ist Ihrer Meinung nach dessen Botschaft zur kurdischen Frage?

Manche Schreiber in der Türkei behaupten stets: »Die AKP hat einige positive Schritte zur Lösung der kurdischen Frage getan, sie haben zu Fortschritten geführt.« Es sind zehn Jahre vergangen, seit die AKP an die Macht kam. Die kurdische Frage war schon in den 90ern in der Lösungsphase. Durch die *[politische]* Öffnung unserer Führung auf Imralı wurde im Anschluss der Boden für eine Lösung bereitet. Dann erschien die AKP, vereinnahmte sie und löste sie dann nicht. Tayyip Erdoğans Annäherungsweise banalisiert die kurdische Frage. (…)

»Dieses Problem kann nicht taktisch gelöst werden«

Tayyip Erdoğan setzt 2023[4] als Zielvorgabe. Gibt es darin eine Lösung für die kurdische Frage? Nein! Wie will er eine wohlhabende Türkei schaffen? Dieses Problem kann nicht mehr auf diese Art und Weise und mit solchen Taktiken gelöst werden. Ihr habt dieses Volk vertrieben, unterdrückt, verhaftet und massakriert, dennoch ist es nicht türkisiert. Es tritt heute für seine eigene Kultur, Sprache und Realität ein, leistet Widerstand und bezahlt mit Opfern. Diese Realität ist zu beachten. Wie realistisch ist es, an eine taktische Lösung zu glauben? Das ist es, was Tayyip Erdoğan macht. Vor dem Kongress hat er Hoffnungen geschürt auf neue »Öffnungen« und Gespräche. Jeder nahm an, dass auf diesem Kongress eine breite Öffnung zur Lösung der kurdischen Frage vorgestellt werden würde, eine Perspektive. So etwas ist nicht passiert. Einige meinten, es sei ausgespart worden. Dem war aber nicht so. Er hat sich auf dem Kongress an unsere Basis gewandt. Sie sollten sagen, es reiche, sie sollten sich gegen die PKK erheben. Er hat gesagt, lasst sie uns ausmerzen. Er hat zur Liquidierung aufgerufen. Wo ist da die Lösung, sollten nicht Gespräche geführt werden? Das ist also seine Denkweise.

Der Ministerpräsident spricht von 2023, von 2071[5]. Er setzt ein sehr langfristiges Ziel, aber wie soll diese Türkei aussehen? Es gibt ein grundlegendes gesellschaftliches Problem, sollte nicht erklärt werden, wie es zu lösen beabsichtigt wird? Sie haben ein Dokument vorgelegt. In dem sind einige Aussagen aufgeführt – eine Provokation für die Lösung der kurdischen Frage. Die kurdische Bevölkerung fordert das Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache. Sie fordert den Status, wie das Zusammenleben anderer Sprachen in allen Ländern. Statt der Anerkennung eines solchen Status wird er mit einigen Punkten zunichtegemacht. Der Ministerpräsident würde das Recht des Wahlfachs und der Verteidigung vor Gericht in der Muttersprache erteilen. Das Volk hat das natürliche Recht dazu. Warum wird davon gesprochen, es häppchenweise zu erteilen? Und zudem ist unklar, wann. Falls er gedenkt, es in nächster Zukunft zu tun, warum hat er es in seiner Rede nicht genannt? In besagtem Dokument soll es in wenigen Sätzen und Paragraphen Erwähnung finden. Wer soll daran glauben? Wann und wie soll es geschehen, denn es herrscht ein heftiger Krieg. Wie will er den stoppen, wo sind seine Bemühungen, wie sieht sein Projekt aus? Zum einen gibt es ein seit 90 Jahren andauerndes Problem. Es gibt noch die Zeit davor, aber seit der Republikgründung besteht es ununterbrochen. Es bedarf einer noch ernsthafteren, noch offenherzigeren Annäherung. Es kann nicht auf diese Weise gelöst werden, mit taktischer Annäherung und dem Versuch des Angriffs, um die kurdische Position zu schwächen.

Auf die BDP wird Druck ausgeübt

Beispiel: Das Parlament eröffnet eine Sitzung und ein AKP-Abgeordneter stürzt sich auf die BDP. Wie gewissenlos sie sind, die BDP gibt es kaum noch! Alle Bezirksvorsitzenden,

Parteiratsmitglieder der Partei, Sympathisanten, Mitglieder, insgesamt 8 000 Personen, sind inhaftiert. Es sind nur noch die Abgeordneten übrig. Und von denen sind sechs ebenfalls inhaftiert. Und nun suchen sie nach Wegen, um die Immunität der restlichen Abgeordneten aufzuheben, um diese auch zu verhaften. Wer bleibt noch übrig? Ihr vernichtet die kurdische Politik. Es sind einige wenige übrig, die ihr angreift, weil sie sich euch nicht ergeben. Wo ist das Gewissen, wo ist die Empathie?

Stets wird behauptet, die BDP habe dies getan oder das nicht. Zunächst einmal ist die BDP keine bewaffnete Kraft, sondern eine legale Partei. Sie ist ein Bestandteil der kurdischen Seite, sie ist das politische Element. Die BDP kann der PKK Vorschläge machen, sie kann Ansichten darlegen. Und ihr fordert sie nun dazu auf, sich unbedingt gegen das andere kurdische Element, die bewaffnete Seite, zu erklären. Sie soll sich zur Verhandlungspartnerin dafür machen, damit diese die Waffen niederlegt!

Die BDP ist nicht Verhandlungspartnerin in Sachen Waffenniederlegung

Wie soll sie das machen? Die BDP verfügt nicht über den nötigen Aufbau und die Organisation, darüber zu entscheiden, ob die Waffen niedergelegt werden. Die BDP ist eine demokratische, legale Partei, die nach den Gesetzen der Türkei gegründet wurde. Aber sie ist ein Bestandteil der kurdischen Frage. Noch immer ist die kolonialistische Herrschaftsmentalität allgegenwärtig, Kurden gegeneinander aufzuwiegeln. Zuerst sagten sie: »Wir reden mit der BDP und nicht mit der PKK.« Nun das genaue Gegenteil. Ohne BDP wird es keine Lösung geben. Dieses Problem werden nur alle Komponenten lösen. Ihr könnt es weder ohne PKK noch ohne Imralı noch ohne BDP lösen. Denn sie sind alle Bestandteile dieses Problems. Aber alle haben sie ihre eigene Bahn, eine eigene Mission. Die Kurden betreiben eine legale Politik und führen einen bewaffneten Kampf. Über die BDP heißt es: »Sie haben keinen eigenen Willen, sie können keine Entscheidungen treffen und sind an Kandil gebunden.« Meiner Meinung nach ist die BDP, der »Block der Arbeit, Demokratie und Freiheit«, aktuell die demokratischste Partei der Türkei. Die Organe der BDP setzen sich bei einem Problem zusammen, diskutieren und treffen Entscheidungen. (…)

Falls ihr das Problem lösen wollt – es gibt verschiedene Einzelelemente dieser Frage und jedes spielt in dieser Phase der Lösung eine bestimmte Rolle. Der Verhandlungspartner ist bekannt, man muss zusammenkommen, diskutieren und eine Lösungsperspektive schaffen. Wir sind dabei. Aber niemand wird mehr zulassen, dass eine Hinhaltetaktik verfolgt wird, die in der Öffentlichkeit Hoffnungen weckt, und dass die Widerstandskraft der kurdischen Bevölkerung durch taktische Angriffe der psychologischen Kriegsführung geschwächt wird.

Wie haben die demokratischen Kräfte, die kurdische Bevölkerung in diesem Punkt, nach dem AKP-Kongress künftig gegen die AKP-Politik vorzugehen?

Es ist enorm wichtig, dass alle Gruppen, die in der Türkei für Frieden und Demokratie sind, in dieser Phase ihre Position einnehmen. Denn ganz offenkundig wird die AKP den Krieg weiterführen. Niemand sollte sich täuschen und auf sie hereinfallen. Die AKP hat keine Entscheidung getroffen, diesen Krieg zu beenden. Sie werden auch dem parlamentarischen Mandat zu grenzüberschreitenden Operationen zustimmen. Es ist offenkundig, dass der Trend zu unterschiedlichen Taktiken geht, um die Befreiungsbewegung zu schwächen und einzuengen. Sie werden es mit politischer Diplomatie und verschiedenen militärischen Zügen versuchen. Aus diesem Grund entwickeln sich derartige Diskussionen. Sie sind inhaltslos. Es handelt sich um eine Hinhaltetaktik. Alle demokratischen Gruppen und humanitären Kreise, die für den Frieden sind, müssen sich dieser Haltung entgegenstellen. Denn diese Einstellung ist eine heuchlerische. Weil sie keine Lösung parat hat. Weil sie Krieg beinhaltet. Niemand wird darauf hereinfallen und selbstverständlich werden wir alle Widerstand leisten.

Eine Kriegsphase, die die 90er übertrifft

Häufig wird gesagt, wir kehrten zu den 1990er Jahren zurück. Es ist eine Phase, ein Krieg, der die 90er weit übertrifft. Gibt es heute nicht täglich in Şirnex (Şırnak), in Colemêrg (Hakkâri), in Çewlik (Bingöl), in Dêrsim (Tunceli) Krieg? Überall ist Krieg und die AKP hält einen prunkvollen Kongress ab. Zunächst einmal steht dieses Land im Krieg und welche Antwort habt ihr darauf? Wie sieht euer Projekt aus? Auf einer Seite brennt das Land, die Kinder dieses Landes sterben. Tayyip Erdoğan kümmert sich um seine Zukunft. Dieser Kongress hat sich zu einem Kongress der Weichenstellung zur Präsidentschaft gewandelt. Welche Botschaft hat er vermittelt: Ich bin da, ich werde weitermachen, aber mit anderem Charakter, das war Tayyip Erdoğans Botschaft. Er war vollkommen auf den Einzelnen fixiert, es ging um die Festlegung seiner Zukunft. Und andererseits steht das Land im Krieg. Obwohl alle einige Worte dazu von ihm erwartet hatten, kümmerte er sich überhaupt nicht darum. Ganz im Gegenteil sagte er den Kurden, sie sollten ausdrücken, dass es ihnen reiche. Wir sagen »êdî bese«, wir sagen »es reicht«. Wir sagen zu dieser Unter-

drückung »es reicht«. Wir sagen zu diesen Repressionen »es reicht«. (…)

Ich rufe an diesem Punkt alle Gruppen, die für Frieden sind, auf, Stellung zu beziehen gegen diese Haltung. Es ist ersichtlich, dass mit dieser Einstellung kein Erweichen, kein Frieden zu erreichen ist. Es ist wichtig, die Wahrheit zu sehen. Meiner Meinung nach braucht niemand mit der rosaroten Brille ein positives Bild zu malen. Man sollte sich zwar positiv annähern, aber wir müssen realistisch bleiben. Diese Haltung ist eine Kriegshaltung. (…)

Die Phase, in die wir eingetreten sind, ist eine historisch sehr wichtige Phase. Unser Kampf hat einige Fakten geschaffen. Die AKP-Absicht vom letzten Jahr zu vernichten, zu schwächen ist vereitelt worden. In dieser Hinsicht ist ihr Angriff erfolglos geblieben. Der tapfere Widerstand der Freiheitsguerilla Kurdistans hat mit einem riesigen, historischen Angriff das kolonialistische Konzept zunichtegemacht und dadurch den Boden für eine wichtige Entwicklung bereitet. Der Befreiungskampf Kurdistans ist somit in eine neue, historische Phase eingetreten, die Lösungsphase. Wir denken, dass jeder Patriot, jeder, der für Frieden, Freiheit, Demokratie ist, Demokraten aus der Türkei, aus Kurdistan, sich noch verantwortungsvoller annähern muss. Wenn alle sich verantwortungsvoll verhalten, dann wird die Ergebnisphase erreicht werden. Die AKP kann so viele Taktiken versuchen, wie sie will, sie werden nicht greifen. Die kurdische Frage wird letztendlich gelöst werden. An diesem Punkt gibt es eine historische Phase, niemand kann den Lauf der Geschichte aufhalten. Auch das kurdische Volk wird in diesem Land seine Freiheit erreichen. Wenn heute im Mittleren Osten der Wind der Freiheit und Demokratie weht, dann spielen der Widerstand und der Kampf des kurdischen Volkes dabei eine erhebliche Rolle. Wenn die AKP den Status der anderen kurdischen Landesteile zwar nicht verdaut, aber akzeptiert hat, dann muss sie ihn auch in Nordkurdistan akzeptieren. Zum jetzigen Zeitpunkt hat die kurdische Befreiungsforderung eine historische Phase betreten und wird nun zum Erfolg führen. Vor allem die Leistung der Guerilla in den letzten vier Monaten, das revolutionäre Auftreten unseres Volkes in Westkurdistan, die Entwicklungen um die regionale Herrschaft haben den Befreiungskampf in Kurdistan auf eine Stufe getragen, von der niemand wieder herabsteigen kann. Er wird vorangehen und verspricht Erfolg. ♦

Fußnoten:
1 Am 17.08.12 bereiste eine Delegation mit Abgeordneten und VertreterInnen von BDP, ESP, EMEP und anderen linken Parteien sowie mit Samstagsmüttern die zwischen Guerilla und Militär heftig umkämpfte Region um Şemzînan, um sich ein Bild von der Situation im Kampfgebiet zu machen. Sie wurden dabei an einem Straßenkontrollpunkt der Guerilla aufgehalten und führten mit dieser über eine Stunde lang Gespräche. *[vgl. KR Nr 163, S. 8]*
2 Bis 2011 wurden von staatlichen Abordnungen auf Imralı mit Abdullah Öcalan und parallel in Oslo mit KCK-VertreterInnen Verhandlungen geführt. Kurz vor der Ratifizierung unterschriftsreifer Protokolle als Ergebnis des Verhandlungsprozesses wurden die Gespräche von staatlicher Seite abgebrochen.
3 Mehrfach war die Option eines Hausarrests für Abdullah Öcalan im Gespräch, als Kompromiss zwischen Haft und Freilassung.
4 100. Jahrestag der Gründung der Republik Türkei.
5 1000. Jahrestag des seldschukischen Sieges über die Byzantiner 1071 in der Schlacht von Manzikert (heute türk.: Malazgirt, kurd.: Kelê); dieser Sieg gilt als Beginn der seldschukischen, später osmanischen Herrschaft über das heutige Anatolien.



Die Angehörigen der »Verschwundenen« gehen weiter jede Woche auf die Straße und fordern Aufklärung über den Verbleib der Vermissten. Foto: DIHA

Interview mit Duran Kalkan

Die »revolutionäre Operation« weitet sich aus

Baki Gül, ANF

Nach Angaben von Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), ist dieses Kriegsjahr als eines der intensivsten in dem seit 30 Jahren andauernden Krieg zu bewerten. Mit Frühlingsbeginn wurde die »revolutionäre Operation« eröffnet und sie hat über den ganzen Sommer angedauert und wird weiter vertieft werden. Weshalb haben die Guerillaeinheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) über Gebiete dominiert und sie unter Kontrolle gebracht? Welches sind die Besonderheiten dieser Phase? Welche Absicht hegt die AKP mit ihrer Politik in dieser Phase? Welchen Nutzen verspricht sie sich von den Diskussionen über die Oslo- und İmralı-Verhandlungen? Zu den aktuellen Ereignissen hat Duran Kalkan am 3. Oktober 2012 in Behdînan gegenüber Baki Gül von der Nachrichtenagentur ANF Stellung bezogen.

Welche Ziele verfolgt die von der Guerilla im Frühling und Sommer 2012 begonnene »revolutionäre Operation«? Was hat sich in den Sommermonaten ereignet? Welche politischen Konsequenzen hatte diese Operation?

Eigentlich ist dieser Gefechtszustand nicht erst 2012 entstanden, entwickelte sich vielmehr nach der Parlamentswahl vom 12. Juni 2011 und der danach folgenden AKP-Politik. Mit der noch andauernden Massenverhaftungswelle unter dem Namen »KCK-Operationen« vom 14. April 2009 hatte die sich für den Krieg entschieden. Sie hatte 2009 einen Plan erstellt, nach dem sie den Widerstand der Kurden unterdrücken wollte. Auch 2010 und 2011 handelte sie dementsprechend. Einer der wichtigsten Berater Tayyip Erdoğans, Yalçın Akdoğan, verkündete, dass die PKK bis März 2012 eliminiert werden würde. Dies war der Plan und danach wurden die Angriffe konzipiert. Um den kurdischen Widerstand zu unterdrücken, wurde und wird auf der politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen, soziokulturellen und militärischen Ebene ein Spezialkrieg geführt. 2012 sollte es keinen Widerstand der PKK mehr geben, die AKP und Erdoğan wollten als diejenigen, die den Krieg gegen die PKK gewonnen haben, eine neue Verfassung verabschieden. Sie hatten eine neue Verfassung innerhalb eines Jahres versprochen, doch mittlerweile sind 15 Monate vergangen ohne Ergebnis. Wo bleibt die neue Verfassung? Es gibt noch nicht einmal ein Gerüst.

Ihr Kalkül ist nicht aufgegangen, aber auf dieser Basis wurden die Angriffe durchgeführt. Dagegen wird Widerstand geleistet. Dieser Widerstand kommt auch nicht allein von der Guerilla, das kurdische Volk als Ganzes leistet Widerstand. In den Gefängnissen, draußen, die Jugendlichen, die Frauen, die demokratischen politischen Kräfte und auch international wird Widerstand geleistet. Der Vorsitzende und die Guerilla leisten Widerstand.

An welchem Punkt befindet man sich?

Von Şemzînan (Şemdinli) bis in den äußersten Winkel von Dêrsim (Tunceli), von Serhat bis nach Gîrgum (Maraş) leistet das Volk geschlossen Widerstand, dazu die heroische Guerilla. Wir können eines ganz offensichtlich feststellen: Der Plan und das Projekt der AKP, »die PKK zu eliminieren«, sind durch das Volk und die Guerilla zur Erfolglosigkeit verdammt worden. Die Niederlage ist die Folge. Das Militär kann sich nicht gegen die Guerilla behaupten, die Polizei nicht gegen den Volkswiderstand, die Justiz nicht gegen den Widerstand in den Gefängnissen. Gegen den Widerstand der PKK sind AKP und türkischer Staat selbst hilflos und bedauernswert. Aufgrund dessen sind sie auf der Suche nach etwas Neuem. Das ist momentan die Situation.

In welcher Verfassung befinden sich die AKP und Erdoğan?

Die AKP hatte zehn Jahre lang Gelegenheit, ihre Politik der Oberflächlichkeit, Benachteiligung und Unterdrückung zu praktizieren. Allerdings sind wir bei ihrem vierten Parteikongress angelangt. Jetzt ist damit Schluss. Die Türkei hat weder im Innern noch nach außen die Kraft, wie bisher weiterzumachen. Wenn jetzt ein tatsächlicher Neuanfang stattfinden soll, muss sie sich ihren essentiellen Problemen stellen. Es ist an der Zeit für die notwendigen Schritte zur Lösung der aufreibenden wesentlichen Probleme.

Welche Probleme wären das?

Die kurdische Frage und das Demokratieproblem. Beide sind wie Fleisch und Nagel miteinander verbunden. Ohne deren Lösung kann die Gesellschaft in der Türkei nicht in Frieden, Wohlstand, Einheit und Demokratie leben. Vielmehr werden dann Krieg, Blutvergießen und Armut in der Türkei weiter auf der Tagesordnung stehen. Derzeit ist eine Lösung zwingend. Das hängt auch damit zusammen, dass es nicht möglich war, die PKK zu eliminieren. Festzuhalten ist, dass für die Lösung der kurdischen Frage die Rahmenbedingungen derzeit am günstigsten sind.

Folgende Punkte sprechen dafür:

- Das kurdische Volk besitzt für die Lösung des Problems in politischer, militärischer, organisatorischer und ideologischer Hinsicht die nötige Reife und Einheit. Aus Sicht der kurdischen Seite, unserer Seite, ist die Lösung möglich.
- Die Gesellschaft in der Türkei hat die kurdische Realität und Problematik anerkannt. Sie hat durch den Krieg großen Schaden erlitten, sie will daher die Lösung und Frieden.
- Aus staatlicher Sicht ist die Lösung auch offener als sonst. Auf der Ebene des Staates wurde die chauvinistisch-nationalistische, militärische Bürokratie gebrochen. Aus Sicht des Militärs und der Justiz ist dies kein wirkliches Hindernis mehr.

Wer behindert dann eine Lösung?

Die politische Oligarchie ist das Hindernis. Die politischen Institutionen müssen die Lösung schaffen. Derzeit sind sie es, die eine Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei verhindern. Die politischen Parteien, das Parlament und das administrative System sind es. Die politische und die bürokratische Oligarchie verhindern die Lösung und sind gegen sie. MHP und CHP behindern sie, aber am meisten verhindert sie die AKP. Die steht an der Spitze der politischen Oligarchie.

Die Verhandlungen von Oslo sind im Gespräch, wie bewerten Sie das?

Wir hatten im Sinne einer Lösung jede erdenkliche Möglichkeit erörtert. In der letzten Phase hatten wir jede Woche die Situation bewertet, in 2010 und 2011 alles bis ins Kleinste durchleuchtet. Ende 2010 und Anfang 2011 stellten wir fest, dass die AKP die Wahlen gewinnen will und deshalb von uns Passivität verlangt, uns allerdings, sofern sie gestärkt aus den Wahlen hervorgeht, angreifen würde. Dennoch verlängerten wir die Aktionslosigkeit bis zu den Wahlen. Wir wollten im Grunde jede minimale Chance nutzen für einen erfolgreichen Friedensprozess. Um jedes Misstrauen im Keim zu ersticken, haben wir bis zum Schluss Sorgfalt walten lassen. Zuletzt fanden die Gespräche in İmralı statt, die Protokolle wurden erstellt. Die wurden uns und der Regierung präsentiert. Wir stimmten ihnen mit ein, zwei kleinen Änderungen zu. Die kurdische Seite war im Ganzen für die Verhandlungen bereit. Erdoğan hat das schlussendlich abgelehnt. Jetzt sagt er: »Zu den Verhandlungen habe ich sie geschickt und ich habe sie abgebrochen.« Warum also sind diejenigen, die behaupteten, die PKK sei gegen Gespräche und eine politische Lösung, aber für Gewalt, nun nicht gegen die AKP und Tayyip Erdoğan aktiv? Die Protokolle und unsere Unterschrift wurden mit den İmralı-Gesprächen öffentlich. Sie sind kein Produkt von uns, sondern durch die Verhandlungen mit der anderen Seite entstanden. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan erklärte, er habe sie vorbereitet, aber die Delegation habe sich nicht an ihre Angaben gehalten.

Sie dachten, sie hätten uns hingehalten, die Wahlen und dadurch an Macht gewonnen und könnten uns nun auf allen Ebenen angreifen, die PKK vernichten und den kurdischen Widerstand brechen. Ich betone es immer wieder, dieser Plan war eine ernste Angelegenheit. Doch mit dem Widerstand des kurdischen Volks ist er nicht aufgegangen. Nun, da ihnen ihr erneutes Scheitern bewusst ist, ändern sie ihre Taktik wieder. Sie sagen, mit unserem Vorsitzenden könnte es neue Gespräche geben. Die PKK ist nicht gegen die Lösung des kurdischen Problems und sie ist auch nicht gegen die politische Lösung des Problems. Gespräche können bzw. müssen stattfinden. Doch müssen sie einen ernsthaften Inhalt haben, eine Lösung der existentiellen Probleme, die kurdische Problematik oder

die Demokratisierung. Die AKP erklärt, dass Gespräche stattfinden werden, aber wie sie aussehen und worum es gehen soll, ist nicht ersichtlich. Letztendlich ist klar, wenn die AKP wieder inhaltslose Gespräche zu führen versucht, werden wir uns davon nicht beeindrucken lassen.

Sie sagen, auf İmralı gab es Gespräche …

Es gibt keine solchen Gespräche. Und wird es auf İmralı auch nicht geben. Die PKK führt den Krieg. Und damit es zu Gesprächen kommt, muss zunächst dieser Krieg gestoppt werden. Wer kann ausschließlich den Krieg beenden? Die Kriegsparteien natürlich. Deshalb müssen sich für einen solchen Fall erst einmal die Kriegsparteien besprechen und den Krieg stoppen.

Niemand soll sich etwas vormachen. Es wird keine Verhandlungen auf İmralı geben. Es wird auch kein neues Oslo geben! Wir haben dafür weder die Zeit noch die Möglichkeiten. Verhandlungen machen nur dann Sinn, wenn sie an dem Punkt ansetzen, bis zu dem sie vorher geführt worden sind. Ein solcher Ansatz würde Sinn machen. Und diese Gespräche haben auch ihre Bedingungen. Es liegen nämlich Protokolle vor und die Verhandlungen müssen darauf aufbauen.

Insbesondere muss das İmralı-System abgeschafft werden. Du steckst eine Person in eine 4-m^2-Zelle, setzt sie schwerer Repression aus und dann willst du mit ihr verhandeln? Kann man mit einem Menschen unter diesen Umständen verhandeln? Können unter diesen Bedingungen annehmbare Lösungen erzielt werden? Unmöglich! Solche Erwartungen sind bereits illusorisch. Deshalb sage ich, dass es keine İmralı-Gespräche mehr geben wird. Das sollte jeder genau begreifen. Keine Gespräche auf İmralı mit den Anwälten Öcalans, keine mit seinen Familienmitgliedern und auch keine mit irgendwelchen Delegationen des Staates. Für ernsthafte Gespräche und Verhandlungen über die Lösung der kurdischen Frage müssen zunächst einmal die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden.

Was meinen Sie genau mit diesen Bedingungen?

Damit meine ich die Beendigung der Gewalt und der Situation auf İmralı. Die Militärausgaben des Staates explodieren. Jeden Tag bombardiert das türkische Militär kurdische Gebiete und führt umfassende Militäroperationen durch. Zusätzlich hält die sogenannte KCK-Massenverhaftungswelle an. Diese Tatsachen müssen wir berücksichtigen und deswegen soll sich niemand Illusionen machen. Es gibt keine Gespräche. Gegenteilige Behauptungen aus AKP-Kreisen sind schlichtweg falsch. Damit hat die AKP lediglich kurzfristige, taktische Ziele verfolgt: Sie wollte ihren Parteikongress retten, denn die Behauptungen wurden kurz vorher gestreut. Und sie wollte die Kurden manipulieren. Sie wollte für Verwirrung sorgen, um den Widerstand der Guerilla und die Aufstände der Bevölkerung zu schwächen.



Der Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei, der am 12. September begonnen worden ist, weitet sich aus. Täglich schließen sich neue Gefangene an. Foto: DIHA

Die AKP ihrerseits hat die Angriffe in keinster Weise abgeschwächt. Sie setzt ihr Spezialkriegskonzept unvermindert fort und auch das Militär wirft weiterhin all seine Kräfte ins Feld.

Die Sommermonate waren aus Sicht der Guerilla sehr ereignisreich. Wir erleben vielleicht die dominanteste Phase des 30-jährigen Guerillakriegs. Wie ist aktuell die allgemeine Stimmung in den Meder-Verteidigungsgebieten und an der Guerillafront? Welchen Einfluss wird das auf die nähere Zukunft haben?

Unser Vorsitzender, die demokratisch-politische Sphäre, das Volk, die Gefängnisse und die Guerilla leisten gegenwärtig alle gemeinsam Widerstand. Unsere revolutionäre Operation begann am 19. Juni mit *[den Angriffen auf die Militärstützpunkte]* Oramar und Şitaza und hat sich auf Şemzînan (Şemdinli) und Çelê (Çukurca) ausgeweitet. Der gesamte Zagros-Knoten ist zum Schauplatz umfassenden Widerstands für die Freiheit geworden. Und dieser Widerstand wird an allen Fronten fortgesetzt. Es ist eine der härtesten Phasen in der 29-jährigen Geschichte unseres bewaffneten Kampfes.

Die Guerilla versucht mit ihrer Strategie, die Kontrolle über das Gelände rund um die Städte zu gewinnen und somit die Menschen in den Stadtzentren zu beeinflussen. Und in der Praxis entwickeln wir diese Strategie immer weiter. Aktuell hat das türkische Militär eine Reihe strategisch wichtiger Gebiete verloren.

Der Vorstoß der Guerilla nach Elkê (Beytüşşebap) und die damit einhergehende Ausweitung der revolutionären Operation ins Botan-Gebiet hat den Widerstand der Guerilla in ganz Nordkurdistan beflügelt. Darauf gestützt haben die Guerillakräfte auch in Garzan (Yanarsu), Amed (Diyarbakır), Erzirom (Erzurum) und Dêrsim (Tunceli) revolutionäre Aktionen gestartet. Ein großer Teil der Guerilla hat sich im Jahr 2012 an diesem breiten Widerstand beteiligt. Aber ein Teil unserer Kräfte hat sich bisher noch zurückgehalten.

Die Guerilla hat mit ihren Aktivitäten im jetzigen Stadium noch nicht einmal die Hälfte ihres Potentials ausgeschöpft, aktuell zwischen 30 % und 40 %. Das gilt auch für die Ausgestaltung unserer Strategie.

Natürlich haben wir auch unsere Schwächen und Fehler, aber wir versuchen sie auszubügeln.

Trotz ihrer technologischen Übermacht, der US-Unterstützung und ihrer militärischen Strukturen hat die Gegenseite also keine Erfolge verzeichnen können?

Das türkische Militär gleicht der Roten Armee zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion. Und die AKP ähnelt demnach der Jelzin-Regierung. Denn auch das türkische System in seiner jetzigen Form löst sich auf. Egal wie viel Geld sie bekommen, egal welche Unterstützung sie genießen oder welche Technik sie benutzen, sie können keinen richtigen Krieg führen. Das liegt an ihrer Ziel- und Perspektivlosigkeit. Der Krieg ist ausschließlich zum Mittel der Kapitalakkumulation verkommen.

Wo müssen die kurdische Gesellschaft und die demokratischen Organisationen in der kommenden Phase besonders sensibel reagieren? Welche Aufgaben kommen auf sie zu, welche Verantwortung?

Es gibt kein Spielchen, das die AKP für Wählerstimmen und ihren Machterhalt nicht spielen würde. Deshalb müssen sie zunächst einmal die Realität der AKP richtig sehen und begreifen. Sie dürfen auf keinen Fall auf die Tricks der AKP hereinfallen und sollten deshalb sehr vorsichtig, bewusst, organisiert und als starke Einheit agieren. Wir befinden uns in der Tat in einer höchst kritischen Phase des Widerstands, sie erfordert Opferbereitschaft. Wir alle sind Teil dieses Widerstands. Es gibt keinen anderen Weg, um die Freiheit zu gewinnen, unseren Vorsitzenden Apo und Kurdistan zu befreien und ein freies demokratisches Leben des kurdischen Volkes auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie zu ermöglichen.

Die AKP-Regierung ist in ihren Möglichkeiten sehr eingeschränkt und die politischen Entwicklungen in der Region gereichen uns zum Vorteil. Deshalb haben wir zurzeit gute Aussichten, diesen Widerstand erfolgreich zu Ende zu führen. Und wir sind überzeugt von unserem Sieg.

Jeder soll das leisten, wozu er oder sie fähig ist. Jeder sollte sich bilden und sein Bewusstsein schärfen, jeder sollte sich organisieren und an Aktivitäten beteiligen. Die kurdische Gesellschaft muss vor allem ihre Organisierung weiter vorantreiben und ihre Einheit stärken. Niemand sollte außerhalb der Organisierung und der Einheit stehen. Und schließlich muss dieselbe Einheit und Organisierung auch mit der türkischen Gesellschaft und den demokratischen Organisationen verwirklicht werden. ♦

Vertraute Verbotsdebatten

Der postmoderne Putsch der AKP

M. Miraz Çalli, Rechtsberater der BDP-Fraktion

Seit der Gründung der türkischen Republik bis in die Gegenwart fanden sämtliche Parteien und Kräfte, die den Staat regierten und über die politische Macht verfügten, einen gemeinsamen Nenner in ihrer Annäherung an die kurdische Frage und in ihrer Planung und Politik, die auf die Verhinderung einer Lösung dieser Frage ausgerichtet war. Bei näherer Betrachtung lässt sich feststellen, dass sämtliche früheren Regierungen die Hauptforderungen der KurdInnen nach muttersprachlichem Unterricht, einem gleichberechtigten, freien und menschenwürdigen Leben, einem Ende ihrer Diskriminierung und einer Anerkennung ihres politischen Status verweigert haben. Diese Forderungen wurden mit Massakern, Morden »unbekannter Täter«, spurlosem Verschwinden von Menschen nach ihrer Festnahme, Folter, Pogromen, Verhaftungen, Zwangsdeportation und anderen Repressalien beantwortet. Nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem wurde versucht, die Gründung einer kurdischen Partei zu unterbinden, und doch entstandene kurdische Parteien wurden verboten. Allein nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurden über 30 Parteien mit einem Verbot belegt, überwiegend kurdische Parteien, oder auch Parteien, in deren Programmatik die demokratische Lösung der kurdischen Frage Platz fand. Zu diesen gehören die HEP und die ÖZDEP, beide 1993 verboten, die 1994 verbotene DEP, die HADEP, 2003 mit einem Verbot belegt, die DEHAP, die sich im Jahre 2002 nach der Einleitung eines Verbotsverfahrens zur Auflösung gezwungen sah, und zuletzt die 2009 verbotene DTP. Parteien, die von KurdInnen gegründet und geleitet wurden und zu deren Kernpolitik die demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage gehörte. In der juristischen Auseinandersetzung nach dem Verbotsverfahren verwiesen die Parteien nochmals auf ihre legitimste Forderung, das kurdische Volk auf der demokratischen Ebene zu vertreten und das Recht auf politische Organisierung der KurdInnen. In den sämtlich gewonnenen Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurde deutlich, dass die Verbotsentscheidungen des Verfassungsgerichtes rechtlich gesehen illegitim gewesen waren.

Die Rolle der Parteiverbote haben die Operationen des politischen Genozids übernommen

Zwar konnte die AKP den Machtkampf mit dem Militär durch die Unterstützung der Gesellschaft und der internationalen Öffentlichkeit gewinnen, doch wurde mit verschiedenen Maßnahmen ein Polizeiapparat geschaffen, von dem gesagt werden kann, dass er regelrecht die Funktionen des alten Militärs übernommen hat. Die Polizei verfügt nun über mehr Macht und Ausstattung. Durch verschiedene Gesetzesreformen konnte die Justiz an sich bezwungen werden. Der Hohe Rat für RichterInnen und StaatsanwältInnen (HSYK) besetzte die Stellen der unliebsamen RichterInnen und StaatsanwältInnen schlagartig neu. Gegen das kemalistische Kapital wurden eigene KapitaleignerInnen der AKP etabliert. Eine kleine Schicht konnte in dieser kurzen Phase durch Auftragserteilungen in Milliardenhöhe zu großem Reichtum gelangen. Mit Staatsgeldern kauften AKP-AnhängerInnen Medienunternehmen auf und schufen ein von der Gülen-Gemeinde abhängiges Mediennetzwerk. Dabei wurde es nicht belassen. Konkurrierenden Medienorganen wurden überdimensionale Geldstrafen aufgebürdet. Auf der anderen Seite sollten oppositionelle JournalistInnen durch Zensur unter Kontrolle gebracht werden. Wer sich dieser Kontrolle nicht unterwerfen ließ, wurde ins Gefängnis gesperrt und zum Schweigen gebracht.

Diese Phase der Unterwanderung des Staates durch die AKP hatte zur Folge, dass neue Seiten im Parteiverbotsregister der Türkei aufgeschlagen worden sind. Dabei wendet die Regierung der AKP, welche selbst zum Gegenstand eines Verbotsverfahrens geworden war, nicht mehr die althergebrachte Methode an. Sie hat ihre Taktik geändert. Statt wie in der Vergangenheit unsere Partei über das Verfassungsgericht verbieten zu lassen, werden nun unter dem Deckmantel »KCK« Operationen durchgeführt, bei denen sämtliche Zentralorgane unserer Partei zur Zielscheibe werden. Tausende unserer PolitikerInnen sind ins Gefängnis geworfen worden. Somit wird statt eines auf dem bürokratischen Wege erzwungenen Parteiverbots ein Plan zur Anwendung gebracht, nach dem alle Aktivitäten

unserer Partei behindert werden sollen, der Weg der Politik soll versperrt werden. Kurz, es wird darauf abgezielt, unsere Partei auseinanderzubrechen. Deshalb kann gesagt werden, dass es sich bei den von der AKP-Regierung geführten KCK-Operationen um nichts anderes handelt als eine postmoderne Parteiverbotsoffensive.

Warum die KCK-Operationen?

Dieses oben erwähnte Konzept fand seinen Anfang mit den Razzien und Festnahmen vom 14. April 2009; 54 PolitikerInnen wurden gefangen genommen, darunter die stellvertretenden BDP-Co-Vorsitzenden, Mitglieder des Zentralrats und des Frauenrats, stellvertretende BürgermeisterInnen. Wir bezeichnen diese gegen unsere Partei und den kurdischen Freiheits- und Demokratiekampf gerichteten Operationen als politischen Genozid. Die Anzahl der inhaftierten PolitikerInnen und die gewaltsame und repressive Politik der Regierung gegen unsere Partei bestärken uns in der Wahl dieser Bezeichnung. Die mit den Operationen einhergehenden Gerichtsprozesse verdeutlichen, dass es sich bei ihrem eigentlichen Ziel um die Unterdrückung der demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes handelt. Um diesen Forderungen entgegenzuwirken, hat die Regierung »Gerichte mit Sonderbefugnissen« konstituiert, die *[mit ähnlicher Funktion]* zur Zeit des Einparteiensystems als »Unabhängigkeitsgerichte« und zur Zeit des Putsches als »Staatssicherheitsgerichte« agierten. In der Folge befinden sich etwa 8 000 politische AktivistInnen in Gefangenschaft, weil sie von ihrem Recht der Organisierungs- und Meinungsfreiheit Gebrauch machten, darunter sechs Parlamentsabgeordnete und 36 BürgermeisterInnen.

Um die unterdrückerische und gewaltorientierte Politik der AKP gegen unser Volk zu verstehen, bedarf es einer genaueren Analyse der Erfolge der kurdischen Bewegung in den letzten zehn Jahren. Jahrelang wurde durch die Zehn-Prozent-Wahlhürde, die Verweigerung der staatlichen Parteienfinanzförderung für die kurdischen Parteien, die gegen die kurdische Bewegung angefertigten Sondergesetze, die Medienzensur und die in Kurdistan betriebene Kriegspolitik eine Repräsentanz der KurdInnen im Parlament verhindert. Um all diese Blockaden zu überwinden, schickte die Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) 2007 unter dem Namen »KandidatInnen der 1000 Hoffnungen« unabhängige KandidatInnen in die Wahl. Die DTP konnte die ehemaligen Stimmen für die verbotenen Parteien HADEP und DEHAP vermehren und zog mit 22 VertreterInnen ins Parlament. In den Kommunalwahlen konnte sie mit der Aufstockung der Anzahl ihrer BürgermeisterInnen von 56 auf 99 ihren Erfolg ausweiten. Nach dem Wahlerfolg der DTP erklärte die PKK die erzielten Ergebnisse des demokratischen politischen Kampfes zu einer Gelegenheit für ein Ende des Krieges und verkündete einen Waffenstillstand. Allerdings verschloss die Regierung diesen Aufrufen ihre Ohren, und zwei Wochen nach den Kommunalwahlen gab sie den Startschuss für die Operationen des politischen Genozids. Anschließend wirkten die administrativen und juristischen Institutionen zusammen, wodurch die DTP am 11. Dezember 2009 mit Verfassungsgerichtsentscheidung geschlossen und über 37 PolitikerInnen ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot verhängt wurde. Nach dem Verbotsurteil wurde das repressive und gewaltsame Vorgehen des Staates gegen die BDP fortgesetzt.

Mit aus der Luft gegriffenen Bezeichnungen wurde bei jeder Operation eine andere Unterorganisation unserer Partei angegriffen. Die Operationen, die bei unserer Parteizentrale begonnen hatten und auf unsere Lokalorganisationen, unsere Frauenorganisation und die politischen Akademien übergingen, haben sich dann auch den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften zugewandt, die uns in unserem Kampf für Demokratie beistehen. Die Operationen, die gegen tausende PolitikerInnen durchgeführt worden sind, machen auch vor JournalistInnen, GewerkschafterInnen und AkademikerInnen nicht Halt. Obwohl gegen die demokratische Opposition durchgeführt, wird von den AKP-nahen Medien verbreitet, es handle sich um »Operationen gegen eine bewaffnete Terrororganisation«. Die Wahrheit wird völlig verdreht. Weder liegt eine bewaffnete Aktion vor noch ein/e bewaffnete/r Militante/r noch eine bewaffnete Organisation noch rechtskräftige Gerichtsurteile, die Beweise dafür liefern könnten. Beim angeklagten Sachverhalt handelt es sich um den Kampf eines Volkes, das mit der legalen und legitimen Arbeit und Aktivität in der kommunalen Administration von seinem Recht der Partizipation an der Verwaltung Gebrauch gemacht hat.

AKP und Justiz Hand in Hand

Bedauerlicherweise fanden die von der AKP geführten Operationen auch in der Justiz Unterstützung. Die KCK-Prozesse werden gegenwärtig in nahezu sämtlichen Städten fortgesetzt. Jede Verhandlung, in der das Recht nicht zur Anwendung kommt und das Verteidigungsrecht der Angeklagten missachtet wird, ähnelt einer Theaterbühne. Wie soll ein solcher Justizapparat, der den ständigen Äußerungen des Ministerpräsidenten »Ich habe der Justiz die notwendigen Instruktionen gegeben« in keiner Weise entgegentritt und stattdessen alles daransetzt, ihnen gerecht zu werden, für Gerechtigkeit sorgen? Das KCK-Hauptverfahren, in dem auch die ParlamentarierInnen und BürgermeisterInnen angeklagt sind, ist mittlerweile in seinem vierten Jahr. Es zieht sich weiterhin in die Länge, da das Gericht die Forderung der Angeklagten nach Verteidigung in der Muttersprache ablehnt. Trotz der Abwesenheit der An-

geklagten in zahlreichen Verhandlungen wird dem Vortrag der Anklageschrift stattgegeben. Sämtliche juristischen Einsprüche werden den AnwältInnen verwehrt; diese können selbst zu Opfern von Saalverweisen oder tätlichen Angriffen der im Gerichtssaal befindlichen Soldaten werden. Bei Betrachtung der vor Gericht dargelegten Beweise wird offensichtlich, dass Sachverhalte der legalen Politik angeklagt sind. Die Anklagepunkte gegen das am 22. April 2009 festgenommene Frauenratsmitglied Hacire Özdemir lauten beispielsweise folgendermaßen:

1. Teilnahme an einer Kundgebung am 25.11.2007. (Der 25. November ist UN-offizieller Internationaler Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.)
2. Teilnahme an den Aktivitäten am 1. März zum Weltfrauentag (8. März).
3. Mitwirkung beim von der Linkspartei Schwedens finanzierten Projekt »Gender Budget« in Amed (Diyarbakır).
4. Unterstützung einer Kandidatin bei der BürgermeisterInnenwahl in İstanbul-Başakşehir und ein diesbezüglich geführtes Telefongespräch.
5. Planungsaufgaben beim Weltfrauentag und bei den Newroz-Feierlichkeiten.

Die Gefängnisse und die Hungerstreiks

Alle diese Operationen brachten noch erheblichere Probleme und Menschenrechtsverletzungen mit sich. An dem im Gefängnis von Riha (Urfa) begonnenen Widerstand, der dann auch auf andere Gefängnisse übergriff, wird deutlich, dass die gegen die politischen Gefangenen angewandte Gewalt und Unterdrückung keinerlei Grenzen zu kennen scheint. Die AKP-Regierung verwandelte für die Oppositionellen, die im Rahmen der Organisierungs- und Meinungsfreiheit Politik betreiben, die Gefängnisse in Folterzentren. Die Zahl der die Kapazitäten übersteigenden GefängnisinsassInnen betrug im Juni 2012 11 000. Momentan sind 40 % aller Häftlinge in der Türkei noch nicht verurteilt. Neben splitternackt durchgeführten Leibesvisitationen, sexuellen Übergriffen, gewaltsamen Angriffen, verbotenen Zugriffen auf Publikationen, grundlosen Disziplinarstrafen, Verweigerungen des offenen Besuchs sind die Gefangenen in den meisten Gefängnissen gezwungen, auf dem Boden zu schlafen und dieselbe Toilette mit über 70 Menschen zu teilen. Der für die Lösung dieser Probleme eingebrachte Gesetzentwurf (»3. Rechtspaket«) wurde mit Verfügungen versehen, die seine Nutzung durch politische Gefangene ausschließen.

Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass die als Reformen lancierten Gesetzesänderungen nur die Unterstützung der EU im Kampf gegen das Militär besorgen sollten und es sich bei ihnen nur um leere Formulierungen handelte.

Seit dem 12. September setzen die politischen Gefangenen in mittlerweile 33 Gefängnissen ihr Leben im Hungerstreik ein. Ihre gemeinsame Forderung: die bedingungslose Schaffung von Bedingungen, welche die Gesundheit, Sicherheit und Bewegungsfreiheit von Abdullah Öcalan gewährleisten und somit seine Isolation beenden. Zudem wird ein Ende der rassistischen, verleugnerischen und assimilatorischen Politik gegen die kurdische Sprache gefordert. Angefangen bei den Gerichtsprozessen sollen sämtliche Barrieren, die das Erlernen der und die Bildung in der kurdischen Sprache verhindern, beseitigt werden.

Fazit:

Tausende BürgerInnen der Türkei sitzen aus politischen Gründen im Gefängnis, die Rechtsbrüche in den Gefängnissen haben ein Maximum erreicht, Reformen wurden gestoppt, wie in Roboski (Ortasu) *[34 Tote, vorwiegend Jugendliche, durch türkische Luftangriffe auf kurdische Grenzschmuggler am 28.12.2011]* werden kurdische BürgerInnen massakriert, und das Land steht gerade an der Schwelle des Krieges mit dem Nachbarstaat. Eine gemeinsame Analyse all dieser Entwicklungen verdeutlicht, dass die Demokratie des Landes gerade Alarm schlägt. Die Äußerungen auf dem jüngsten AKP-Kongress weisen darauf hin, dass die EU-Mitgliedschaft und damit zusammenhängende Anpassungsgesetze von der Tagesordnung der AKP-Regierung genommen worden sind. Stattdessen liegt eine Politik vor, mit der eine Annäherung an Hamas und Al Kaida betrieben wird, obskure Oppositionsgruppen in Syrien bewaffnet werden und demokratische Schritte auf Eis gelegt worden sind. Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass die als Reformen lancierten Gesetzesänderungen nur die Unterstützung der EU im Kampf gegen das Militär besorgen sollten und es sich bei ihnen nur um leere Formulierungen handelte. Deshalb muss die gesamte internationale Öffentlichkeit, angefangen bei EU und Europaparlament, begreifen, dass die AKP sie nur belogen hat. Fortan sollte nicht mehr auf die Versprechungen der AKP, sondern auf die auch wirklich realisierten Reformen geachtet werden. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet gilt es, das Gefängnisproblem in der Türkei, die Isolation der politischen Gefangenen und die Hungerstreiks unverzüglich auf die Tagesordnung zu setzen. Hinsichtlich dieser Thematik sollte die internationale Öffentlichkeit die AKP-Regierung augenblicklich zu einer Wahrheitsprüfung einladen. ♦

Wird die Immunität der BDP-Block-Abgeordneten aufgehoben?

Sagten Sie »Demokratie«?

Faysal Sarıyıldız, BDP-Abgeordneter aus Şirnex, inhaftiert im E-Typ-Gefängnis Mêrdîn

In der Türkei wird zurzeit auf allen Ebenen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der BDP-Block-Abgeordneten und somit das Verbot der BDP debattiert. Grund genug habe die Türkei dafür, aber die letzte Umarmung von BDP-Block-Abgeordneten mit Guerillas in Şemzînan (Şemdinli) bringe jetzt das Fass zum Überlaufen. Die Liquidation der politischen Arbeit der BDP läuft seit Jahren. So will die Gewaltherrschaft der AKP-Regierung die gesellschaftliche Opposition aus dem Weg räumen, um eben ihren autoritären Staat zu »restaurieren«.
In diesem Artikel geben wir dem aus dem Gefängnis heraus zum BDP-Parlamentsabgeordneten für Şirnex (Şırnak) gewählten, aber immer noch im E-Typ-Gefängnis Mêrdîn (Mardin) Inhaftierten die Möglichkeit, uns die Lage verständlich zu machen.

»Ich würde mich davor fürchten, mich vor der Geschichte und dem Volk nicht verantworten zu können. Manch einer mag heute mithilfe der Instrumentalisierung des Parlaments über mich oder meine Freunde richten können. Weil sie meine Ansichten und Gedanken juristisch nicht verurteilen können, können sie auch mein Abführen in Handschellen gutheißen. Doch werden sie nicht meinen Verstand, meine Liebe zur Demokratie sowie meine Leidenschaft für die Menschen verurteilen können. Ich bin überzeugt davon, dass diejenigen, die heute die Aufhebung meiner Immunität fordern, sich nicht vor der Geschichte und dem Volk werden rechtfertigen können. Sie sind es, die sich wirklich fürchten müssen. An dem Tag, an dem sie verurteilt werden, werden wir im öffentlichen Bewusstsein ohnehin freigesprochen.«

18 Jahre sind vergangen, seitdem der inzwischen verstorbene weißbärtige Weise Orhan Doğan am 2. März 1994 zum Tagesordnungspunkt der Immunität seine letzte Rede im türkischen Parlament hielt. Dabei versuchen jetzt die gegenwärtige Regierung und ihre Konsorten mit derselben Methode, die Immunität der aus der gleichen politischen Tradition stammenden Parlamentsabgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) aufzuheben. Seitdem die legale politische kurdische Bewegung Anfang der 1990er Jahre die Bühne der Geschichte betrat, haben alle Regierungen versucht, die kurdische Opposition mit Parteiverboten, ungeklärten Morden, Verhaftungen und Festnahmen entweder zu vernichten oder zu domestizieren. Die herrschende Mentalität, die das Gespenst der Aufhebung der Immunität permanent wie ein Damoklesschwert über die kurdischen Abgeordneten schwingt, hat diese antidemokratische Praxis immer wieder mit dem zu einer Art Fetisch gewordenen »nationalen Willen« begründet.

Die Lüge von der Gewaltenteilung

»Nicht wir, sondern das Volk sagt dies. Das Parlament ist nicht mehr erhaben. Weil PKK-Mitglieder im Parlament sind. Das Parlament muss sich zuerst von den PKK-Mitgliedern säubern. Die PKK-Mitglieder beeinträchtigen die Erhabenheit des Parlaments.« Diese Äußerung aus den Reihen der türkischen Streitkräfte erschien in der Presse kurz vor der gewaltsamen Verhaftung der Abgeordneten der Partei der Demokratie (DEP) vor den Toren des Parlaments und auf diese Weise wurde der Putsch vom 2. März vorbereitet.

Die damalige Ministerpräsidentin Tansu Çiller und Generalstabschef Doğan Güreş, Dirigenten des nationalen Chors zur Auflösung der legalen kurdischen Bewegung, leiteten den Zerstörungsprozess in den kurdischen Provinzen mit Schlagzeilen ein wie »Demirel: DEP stört Streitkräfte«, »Çillers DEP-Operation«, »Ministerpräsidentin hat der Führung den Befehl erteilt. Immunität der DEP-Abgeordneten wird aufgehoben«. Durch das installierte Kriegskonzept wurden Tausende von Menschen zu Opfern ungeklärter Morde. Die Vertreibung der Menschen aus den ländlichen kurdischen Gebieten führte dazu, dass Millionen ihrer Heimat beraubt wurden und umsiedeln mussten.

Im Hinblick auf diese negativen Erfahrungen liegt es ganz klar auf der Hand, dass die Bemühungen der AKP-Regierung zur Aufhebung der Immunität der BDP-Abgeordneten erneut zu großem Unheil führen werden. Die aktuelle Regierung spielt ein gefährliches Spiel, das die Vorgängerregierungen ebenfalls ausprobiert haben. Ministerpräsident Erdoğan, der die Umarmung von BDP-Abgeordneten vom Wahl-»Block der Arbeit, Demokratie und Freiheit« mit Guerillas in Şemzînan (Şemdinli) *[s. S. 11 Fußnote Nr. 1]* in eine negative Propaganda transformiert und die politische Lynchjustiz angeführt hat, überholt sogar Tansu Çiller. Erdoğans offene Anweisung an die Judikative zur Aufhebung der Immunität hat offenbart, dass das Prinzip der Gewaltenteilung in der Türkei eine große Lüge ist. Der Tenor der vor 18 Jahren veröffentlichten Artikel und Schlagzeilen sowie der Äußerungen der Politiker, die kurdische



Auch Faysal Sarıyıldız, BDP-Abgeordneter aus Şirnex, hat sich dem Hungerstreik angeschlossen. Foto: DIHA

Abgeordnete zur Zielscheibe erklärten, war derselbe wie heute. Diese Tatsache belegt ohne jedes Wenn und Aber, welche geringe Entfernung auf dem Weg zur Lösung der kurdischen Frage bisher zurückgelegt worden ist.

Mit Verwunderung beobachten wir, wie die AKP sich an den Begriff des »nationalen Willens« klammert, und AKP-Sprecher bekunden, dass sie im Hinblick auf die »Umarmung« Maßnahmen ergreifen werden, um die Erwartungen der Nation zu erfüllen. Es ist von Nutzen, die AKP-Regierung, die von der Priorität des »nationalen Willens« faselt, daran zu erinnern, dass neun Abgeordnete des nationalen Parlaments inhaftiert sind. Der Ansatz der AKP-Regierung, die völlig eigennützig das Phänomen des »nationalen Willens« auf den Markt wirft, ist ein offener Beweis dafür, dass sie die kurdische Volksgruppe nicht innerhalb dieser Definition der Nation verortet. Wenn die Regierungsvertreter dieser Nation so sehr ergeben sind, dann sollten sie sich mal fragen, welcher Kurde für eine Aufhebung der Immunität der BDP-Block-Abgeordneten ist: nämlich keiner!

Raub am Willen des Volkes

Unverkennbar ist die Aufhebung der Immunität der BDP-Block-Abgeordneten ein Unterfangen zur Liquidation von deren politischer Arbeit. Denn angesichts der in »Wandel« verpackten Gewaltherrschaft der AKP-Regierung, welche die Konzeption des autoritären Staates »restauriert«, ist die BDP die einzige echte gesellschaftliche Opposition, die dafür aus dem Weg geräumt werden muss.

Allerdings ist diese Feststellung allein unzureichend. Denn der Startschuss zur Liquidation der kurdischen Bewegung fiel durch die AKP-Regierung bereits am 14. April 2009 mit den KCK-Operationen. Als Folge dieser rechtswidrigen Maßnahmen sitzen 6 Abgeordnete, 32 Bürgermeister, Hunderte von Kreistags- und Stadtratsmitgliedern und Tausende von Führungskräften der BDP auf Provinz- und Kreisebene im Gefängnis. Mit der Festnahme und Inhaftierung von 36 Journalisten und 33 Rechtsanwälten am selben Tag demonstrierte die Türkei eine Praxis, die selbst in Staaten mit den rückständigsten Demokratien nicht vorkommt. Wenn in der Türkei, wo der Wille des Volkes geraubt, die Presse zum Schweigen gebracht, das Recht auf Verteidigung behindert wird und Tausende von Oppositionellen inhaftiert wurden, der Ministerpräsident so weit gehen und voller Dreistigkeit sagen kann: »Ich habe die Judikative beauftragt, sie wird die erforderlichen Schritte einleiten«, dann bedeutet das, dass die Demokratie schon längst unter den Lackschuhen der zivilen Vormundschaft erdrückt wurde.

Jeder muss einsehen, dass in einer Atmosphäre, in der die emotionale Aufspaltung der türkischen und der kurdischen Volksgruppe immer weiter voranschreitet, eine Aufhebung der Immunität der BDP-Abgeordneten bedeuten würde, Benzin ins Feuer zu gießen. Die Intellektuellen, Medien, Künstler, Denker, Akademiker und Politiker in der Türkei legen in diesem kritischen Prozess eine Gewissensprüfung ab. Gegenüber der autoritären Gesinnung, welche die BDP durch Kriminalisierung aus dem Parlament zu stoßen versucht, müssen alle Gesellschaftsschichten für die BDP eintreten. Eine solche Solidarität wird eine wichtige Rolle bei der Schaffung des gesellschaftlichen Friedens spielen und einen bedeutenden Beitrag zum Zusammentreffen der demokratischen Opposition an derselben Front leisten. ♦

Der Status quo der Region wird faktisch zerstört

Auch der 9. Oktober war Teil des Greater Middle East Project

Dr. Haluk Gerger, Publizist

Zum Verständnis dessen, was heute im Mittleren Osten passiert, lohnt ein Blick in die neuere Geschichte. Die Ausweisung Abdullah Öcalans 1998 aus Syrien und seine anschließende Entführung und Auslieferung an die Türkei sind Ausläufer des US-amerikanischen Projekts für das neue Design des Mittleren Ostens. 1997 hatte eine Organisation, der unter anderen der Bruder des Präsidenten Bush, Vizepräsident Cheney und die Minister Rumsfeld und Wolfowitz angehörten, einen Bericht unter dem Titel »Das neue amerikanische Jahrhundertprojekt« vorbereitet. Darin wurde besonders die Notwendigkeit einer größeren Präsenz des US-Militärs im Mittleren Osten unterstrichen. Die Geschichte zeigt uns in sehr deutlicher Form, dass die USA die Türkei für ihre Interventionen in dieser Region immer als »Vollstreckerin« oder als »Handlangerin« benutzt hat. Daher war es selbstverständlich, dass der Türkei Ende der 90er eine Rolle bei den neuen Angriffen zugeteilt wurde. Sie war wie immer bereit, die ihr zugedachte Rolle auszufüllen. Vor allem nach dem Fall des »gemeinsamen Feindes«, der Sowjetunion, und dem Ende des Kalten Krieges lag es im besonderen Interesse der Türkei, ihre »geopolitische Lage« zu vermarkten, und daher war sie an einem konfrontativen Klima in der Region interessiert. Im Gegenzug war das türkische Hegemonialsystem dringend auf politisch-militärische und wirtschaftliche Unterstützung angewiesen. Die Türkei fand sich aufgrund des Standes der kurdischen Frage in einer äußerst unsicheren Lage, dies deutete auf eine wesentlich größere Krise hin. Sie machte trotz der immensen militärischen Unterstützung Rückschritte gegenüber der PKK. Ihre politische Instabilität vertiefte sich mit den verschärften wirtschaftlichen Problemen. Vor dem Hintergrund ihrer verbesserten Beziehungen zur EU und ihres Verhältnisses zu den USA offenbarten sich inmitten der neuen Phase des internationalen Kapitalismus die ungelöste kurdische Frage sowie der schmutzige Krieg in Verbindung mit dem erheblichen Menschenrechts- und Demokratiedefizit als großes Dilemma und generelle Instabilität, was ihr das »Atmen« fast unerträglich machte. Das Regime war allein nicht in der Lage, die Probleme eigenständig zu lösen. In dieser Situation konnte es nichts zur Aggressivität der USA beitragen und wurde selbst zu einer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Belastung für den Imperialismus. Die Entführung und Auslieferung Öcalans durch die USA waren dabei eine großzügige Geste gegenüber dem herzzerreißenden Geschrei der Türkei. Normalerweise bevorzugen Hegemonialkräfte bei solchen Gelegenheiten nicht die direkte Unterstützung. Sie begnügen sich mit der Hilfestellung und wollen in der Regel nicht selbst die Kastanien aus dem Feuer holen. Doch diesmal gingen die USA so weit, damit ihr wichtigster Handlanger die Möglichkeit erhält, die zugewiesene Rolle effektiv zu spielen. Die Bush-Regierung betrachtete den Volkswiderstand der PKK als Hindernis, diese war vor dem großen Angriff zur Realisierung der Pläne für die Region nicht als kurdischer Faktor zu gebrauchen und daher wie »Unkraut« zu beseitigen. In den Augen der US-Administration lähmte die PKK die Türkei so sehr, dass diese noch nicht einmal benutzt werden konnte. Meiner Meinung nach ist dieses Ungleichgewicht für besagtes Komplott verantwortlich.

Das syrisch-türkische Einvernehmen ist mit der Feindschaft gegenüber den Kurden zu erklären

Das gegen die Person Abdullah Öcalans und damit gegen die kurdische Freiheitsbewegung durchgeführte internationale Komplott vom 9. Oktober 1998 beruhte auf zwei Faktoren. Der erste Faktor war das gemeinsame Interesse beider Länder an der Unterdrückung der Kurden und der zweite Faktor ist mit der Haltung der USA zu beschreiben. In diesem Zusammenhang traf die Türkei zwei kritische Entscheidungen. Als sie erkannte, dass der Westen das Regime in Syrien abgeschrieben hatte, schlug sie sich auf die Seite der USA und erhoffte so einen Platz am Siegertisch. Des Weiteren hatte die Türkei geplant, in Bezug auf die Kurden die Zügel wieder in die eigene Hand zu nehmen, weil sie der Meinung war, das Assad-Regime werde bald nicht mehr existieren oder zumindest nicht mehr die Kraft haben und zu instabil sein, um beim Niederhalten der Kurden effektiv sein zu können. Außerdem suchte sie Wege, um nicht mit einem zweiten »Irak-Szenario« konfrontiert zu

werden. Trotz großen Engagements hat die Türkei aufgrund verschiedener Fehlkalkulationen an der Besetzung des Iraks nicht teilnehmen können. Dabei rechneten die USA wie auch die Briten eigentlich mit einer starken türkischen Militärpräsenz im Nordirak (Südkurdistan). Doch schließlich entstand dort eine »kurdische Realität« und die Türkei war gezwungen, die »roten Linien« der USA zu akzeptieren. Die »Lehre«, die sie in diesem Zusammenhang im Hinblick auf Syrien gezogen hat, besagt: Aufgrund ihrer fehlenden militärischen Präsenz ist eine »kurdische Realität« entstanden. Und um nicht mit einem zweiten »fertigen Irak« konfrontiert zu werden, versucht sie von der Krise in Syrien zu profitieren und hat sich eine Strategie zu eigen gemacht, die eine Besetzung von Gebieten vorsieht, verbunden mit militärischer Stationierung. Im Ergebnis soll die Türkei entweder ein Teil der gesamten Besetzung Syriens werden oder mithilfe der Schaffung einer »Pufferzone« in Syrien vertreten sein und somit die »kurdische Realität« unterdrücken.

Diese Unterdrückung soll auf viererlei Art umgesetzt werden:

Erstens soll der Gewinn national-demokratischer Rechte für die Kurden und damit der Aufbau einer Struktur verhindert werden.
Zweitens soll in Syrien die weitverbreitete Sympathie für die PKK mit Gewalt unterdrückt und ihr gegenüber Posten bezogen werden.
Drittens sollen »Gebiet und Stationierung« gegenüber der Barzani-Führung als Druckmittel eingesetzt werden.
Viertens soll die Türkei in einem eventuell anstehenden Krieg mit dem Iran bei kurdischen Fragestellungen als Mitklägerin fungieren.

Meines Erachtens ist die Haltung der Türkei in diesem Zusammenhang zu bewerten.

Die Welle des »arabischen Frühlings« ist an Syrien gebrochen

Die als »arabischer Frühling« benannte Welle ist an Syrien gebrochen, das sehen wir an zwei Punkten. Erstens haben die USA, die von der ersten Aufstandsphase überrascht worden waren, vor allem in Ägypten mit mancherlei Opfern und Zugeständnissen das Regime mit neuen Verbündeten und Handlangern in der Bürokratie zu restaurieren versucht. In der zweiten Phase, wie in Libyen und Bahrain der Fall, haben sie entweder die NATO oder die konservativ-feudalen lokalen Mächte in den Vordergrund zu drängen und die Situation unter die eigene Kontrolle zu bringen versucht. In der dritten Phase, wie in Syrien zu sehen, sind sie gegen die vorhandenen legitimen, berechtigten und demokratischen dynamischen Oppositionskräfte direkt vorgegangen und haben mit Hetze, Organisierung und Bewaffnung für eine Intervention gesorgt.

Aus der Beschädigung des inneren Gleichgewichts und der Legitimität des Aufstands resultiert der zweite Pfeiler des Bruchs der Welle des »arabischen Frühlings« – die oppositionellen Kräfte, deren innere Balance zerstört worden ist. Die großen organisierten Oppositionskräfte in Syrien haben, in einer Art und Weise, die auch die eigene Legitimität in Frage stellt, eine Position eingenommen, welche die nationale Existenz und die demokratischen Rechte der Kurden leugnet. In diesem Punkt sind sie eine Kooperation mit der Türkei eingegangen. Bei diesem Aufstand und regionalen Frühling, der das erlittene Leid und die Schädigungen, die natürlichen Rechte der Kurden nicht anerkennt, kann nicht allein von einem Bruch gesprochen werden, vielmehr handelt es sich um Fahrlässigkeit, um einen Rückschritt. Das liegt jenseits eines Bruchs, es handelt sich eher um eine Diskreditierung der demokratischen Opposition.

Der Einfluss der kurdischen Freiheitsbewegung im Mittleren Osten

Dass die kurdischen Aufstände vor den arabischen Aufständen stattfanden, ist bekannt. Diese Tatsache verleiht der kurdischen Bewegung einen besonderen Stellenwert. Im Gegensatz zur Situation auf der ganzen Welt, wo bewaffnete oppositionelle Kräfte erhebliche Rückschläge einstecken, die Guerillabewegungen zum Rückzug gezwungen werden, präsentiert sich die Lage im kurdischen Einflussgebiet in einer ganz anderen Dynamik. Es werden nicht nur Despoten gestürzt, die Völker erheben sich nicht nur für eine neue Freiheit, sondern zur selben Zeit wird der von den Ausbeutern gezeichnete Status quo für die Region, dessen Wurzeln im Ersten Weltkrieg liegen, faktisch zerstört. Aufgrund der Besonderheit des Status quo, der auf künstliche Art und Weise arabische Staaten schuf, wurden zahlreiche ethnische, kulturelle, religiöse und konfessionelle Strukturen künstlich zusammengebracht. Die türkische Republik ist auch in einer solchen Phase entstanden. Auch der moderne Iran ist ein Teil des Status quo. Im Nachhinein wurden die despotisch-feudalen Golfstaaten der Ordnung hinzugefügt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Israel demselben politischen Gebiet hinzugefügt. Dass Kurdistan geteilt wurde und die Kurden ohne einen Status gelassen worden sind, ist auch ein Teil des Status quo. In dieser langen Phase sind die kurdischen Kämpfe, die Unterdrückung, Leugnung und Assimilation der Kurden manchmal verdeckt worden, aber hinter den Kulissen, still, manchmal auch offen und auf erschütternde Art und Weise, immer präsent gewesen; in der Realität der Region hat sich das immer bemerkbar gemacht.

Die für die Kurden statuslose Ordnung wurde zerstört

Die Tatsache, die diese Phase von den vorherigen unterscheidet, ist nicht die Situation in den einzelnen Teilen, vielmehr wurde der Status quo für die Kurden in dieser Region zerbrochen. Diese Tatsache offenbart sich im Süden de jure und im Westen de facto und in der Türkei wird offiziell anerkannt, dass es nicht wie gehabt weitergehen kann. Das stellt einen Bruch dieser Ordnung, die Veränderung der politischen Gegebenheiten in der Region dar, womit eine neue Ordnung oder ein neuer regionaler Status quo notwendig wird. Die Veränderung ist nicht allein auf den politischen Bereich beschränkt, die auf soziokultureller Leugnung, Herablassung und Unterdrückung beruhenden Schablonen wurden vernichtet, dem Erdboden gleichgemacht. Die Ordnung in dem Gebiet ist nicht allein auf die Grenzen oder die staatliche Ordnung bezogen, auch die sozialen, politischen, kulturellen, ideologischen Muster, vorhandenen Denkweisen, existierenden Systeme verändern sich, eine Anpassung an die kurdische Realität drängt sich auf. Kurz gesagt, die Kurden arbeiten an der Stabilisierung ihrer national gleichberechtigten Existenz in jedem Bereich und auf der Bühne der Geschichte. Sie entwickeln ihre gleichberechtigte, organisierte und freiheitliche Partizipation in der Familie der gleichberechtigten Völker des Mittleren Ostens. Dies ist ein revolutionärer Wechsel und Wandel und der Einfluss dieses Prozesses wird sich auch in diesem Gebiet bemerkbar machen. Die eigentliche Wirkung dieser Dynamik wird sowohl aus Sicht der herrschenden Völker dieses Gebietes als auch aus Sicht der unterdrückten ethnisch-kulturellen Gruppen eine freiheitliche sein. Die Befreiung der Kurden wird auch den Unterdrückern die Freiheit bringen – jetzt schon verlieren die herrschenden Völker an jeder Front. Sofern die Mechanismen der Unterdrückung zerstört werden, die Völker von den ideologischen Fesseln und von den militaristisch-chauvinistischen Werten befreit werden, werden sie gewinnen. Von dieser allgemeinen Demokratisierung der Region werden auch die anderen Unterdrückten profitieren. Die kurdische Dynamik hat eine entsprechende befreiende Wirkung und schafft ein höheres Bewusstsein, womit insgesamt die Demokratisierung gefördert wird.

Im Mittleren Osten reduziert sich die Rolle der USA

Es ist kein Geheimnis, dass der einflussreichste imperialistische Staat, die USA, an Macht verliert. Dies zeigt sich in der Region. Im Moment scheinen die USA die Phase der Aufstände mit einer Restaurierung überstanden zu haben, allerdings haben sie große Verluste erlitten. Ihre Position ist bei der Gesellschaft in der Region offensichtlich. Anlässlich der Vorkommnisse wegen eines Films *[gemeint ist hier das Mohammed-Video]* konnten wir sehen, welche Dimension der Hass auf den Staat erreicht hat. Von dem Selbstbewusstsein der Bush-Phase (»Wir können den Mittleren Osten mit unserer Militärmacht allein nach unseren Vorstellungen gestalten«) ist man gezwungen zu einer Phase zu übergehen, in der man auf Kollaborateure angewiesen ist. Ohnehin ist die Wahl Obamas ein Ergebnis der Krise. Die US-Hegemonie verliert in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und ethischer Hinsicht sowie in allen anderen Bereichen an Macht und wird mit neuen Gegnern sowie Aufständen konfrontiert. Mittlerweile akzeptieren auch die USA, dass sich ein Übergang von der alleinherrschenden hegemonialen US-Machtstellung zu einer Welt mit mehreren Machtzentren vollzogen hat. ♦



Protest in Izmir zum 9. Oktober. Am 9. Oktober 1998 verließ Abdullah Öcalan Syrien. Es begann eine Odyssee durch mehrere europäische Länder, in deren Verlauf er am 15. Februar 1999 festgenommen und in die Türkei verschleppt wurde. Foto: DIHA

Die Türkei als strategische Partnerin der Bundesrepublik im Mittleren Osten

»… werden wir die Türken noch sehr brauchen«

Martin Dolzer, Soziologe

Die Türkei ist schon seit langer Zeit eine wichtige strategische Partnerin Deutschlands im Mittleren Osten. Auch heute wird die AKP-Regierung weitgehend als eine solche betrachtet und auf vielfältige Weise unterstützt.

Interessant ist ein Rückblick in die Geschichte:

Bereits vor der Staatsgründung der Türkei unterstützte »Deutschland« den Völkermord an den ArmenierInnen. Im Juni 1915 berichtete der deutsche Generalkonsul in Konstantinopel Mordtmann: »Das lässt sich nicht mehr durch militärische Rücksichten rechtfertigen; es handelt sich vielmehr, wie mir Talaat Bey vor einigen Wochen sagte, darum, die Armenier zu vernichten.« Max Erwin von Scheubner-Richter, der damalige deutsche Vizekonsul in Erzirom (Erzurum), berichtete Ende Juli 1915 in einem Schreiben an Botschafter Wangenheim: »Soweit sich dieses Ziel nicht durch die verschiedenen Massaker erreichen lässt, hofft man, dass Entbehrungen der langen Wanderung bis Mesopotamien und das ungewohnte Klima dort ein Übriges tun werden. (…) Das türkische Volk selbst ist mit dieser Lösung der Armenierfrage keineswegs einverstanden und empfindet schon jetzt schwer die infolge der Vertreibung der Armenier über das Land hereinbrechende wirtschaftliche Not.«

Interventionen und Vorhaltungen des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Paul Graf Wolff Metternich *[Nachfolger Wangenheims]*, im Dezember 1915 bei Enver Pascha, Halil Bey und Cemal Pascha sowie Metternichs Vorschlag, die Deportationen und Ausschreitungen öffentlich zu machen, wurden von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg nicht gebilligt: »Die vorgeschlagene öffentliche Koramierung eines Bundesgenossen während laufenden Krieges wäre eine Maßregel, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht. Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen. Ich begreife nicht, wie Metternich diesen Vorschlag machen kann (...)«

Gesagt, getan: Der Genozid wurde totgeschwiegen, hingenommen und unterstützt.

Ähnliches gilt gegenüber dem Vorgehen der türkischen Regierungen nach der Staatsgründung 1923 in Bezug auf die kurdische Bevölkerung: Die Ausgrenzung der KurdInnen von politischer und kultureller Teilhabe durch den Vertrag von Lausanne, die Assimilationspolitik seit der Staatsgründung 1923, das Sprachverbot, das Einreiseverbot für AusländerInnen in die kurdischen Provinzen, das Dêrsim-Massaker von 1938, die 17 000 Morde an kurdischen Oppositionellen in den 1990er Jahren und die Vernichtungspolitik gegenüber den KurdInnen, die bis heute anhält, wurden und werden aus geostrategischen Gründen verschwiegen, hingenommen oder teilweise auch forciert. Die Türkei wurde dabei als Bündnispartnerin gesehen und aufgebaut, die Interessen der kurdischen Bevölkerungsgruppe – oder aufkeimender Friedenswille der türkischen Bevölkerung – negiert und ignoriert.

Die Türkei und die NATO

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Sie hatte in diesem Rahmen zuerst die Funktion eines »Bollwerks« gegen den Zugriff des Warschauer Pakts auf den ressourcenreichen Mittleren Osten. Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten avancierte sie zur Energiedrehscheibe der Region und als Role model zur »Modernisierung« des Mittleren Ostens. Mittlerweile hat die Türkei die zweitgrößte NATO-Armee. Innerhalb der NATO war zunächst die Bundesrepublik die »Schutzmacht« des Neumitglieds. In historischer Kontinuität setzte sich eine starke Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und der Türkei fort. Das gilt auch in Bezug darauf, dass die Türkei im Zweiten Weltkrieg bis fast zum Ende neutral blieb und somit die Nazis mehr oder weniger indirekt unterstützte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Waffenexporte aus der Bundesrepublik im Rahmen der NATO-Schutzmachtfunktion und auch darüber hinaus in großem Ausmaß stattgefunden. Zuerst »nur« als Exporte – dann auch als Produktion unter Lizenz in der Türkei selbst – u. a. Mercedes sowie Heckler & Koch. Zudem gab es nach 1990 Geschenke ganzer Arsenale von NVA-Panzern und Waffen. Mittlerweile ist die Türkei selbst der achtgrößte Waffenexporteur der Welt. Die Bundesrepublik der drittgrößte – 13 % der bundesdeutschen Waffenexporte gehen an die Türkei. Die polizeiliche Zusammenarbeit wurde in diesem Rahmen ebenfalls auf- und ausgebaut.

Eine derartige Einbindung in die NATO und das strategische Bündnis mit der BRD bedingten u. a.:

- die direkte Unterstützung des Militärputsches von 1980 durch die NATO-Staaten;
- die Ausbildung von Sondereinheiten zur Vernichtung der kurdischen Oppositionellen (z. B. der Todesschwadron »Schwarze Käfer« durch die bundesdeutsche GSG 9);
- der Export von Gefängnisinfrastruktur (F-TYP);
- die Lieferung von Panzern;
- die Duldung und Forcierung von menschenrechts- und völkerrechtswidrigen juristischen, militärischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen der türkischen Regierungen gegenüber der kurdischen Bevölkerung, die seit 2009 erneut verstärkt stattfinden;
- die Kriminalisierung der PKK und von ExilpolitikerInnen in Europa und der BRD.

Wiederholt sich die Geschichte?

All diese »Unterstützung« fand kontinuierlich und jeweils in vollem Bewusstsein der Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der türkischen Staatsorgane und Armee statt. Zuletzt haben u. a. der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg, der Völkerrechtler Norman Paech, die Schriftstellerin Doris Gercke und der Menschenrechtsverein MAF-DAD u. a. Ministerpräsident R. T. Erdoğan und die letzten drei Generalstabschefs wegen Kriegsverbrechen, wie u. a. extralegale Hinrichtungen, Chemiewaffeneinsätze, Verstöße gegen die Ottawa-Minenkonvention, Bombenanschläge von Militärs auf die Zivilbevölkerung, Leichenschändungen und aufgesetzte Schüsse, im November 2011 in Zusammenarbeit mit den AnwältInnen Heinz Jürgen Schneider und Britta Eder in der Bundesrepublik angezeigt. In Berichten und parlamentarischen Interventionen teilten Bundestags- und Europaabgeordnete der Partei Die Linke der Bundesregierung sämtliche Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, darunter die Inhaftierung von mehr als 9 000 oppositionellen KurdInnen (darunter 6 ParlamentarierInnen, 33 BürgermeisterInnen, mehr als 130 StadträtInnen und ca. 1000 FrauenaktivistInnen), die gezielte Tötung von 12 DemonstrantInnen mit Tränengasgranaten, mehr als 4 500 Fälle von Folter u. v. m. – jeweils seit 2009 – mit. Auch der Aufruf zum Massenmord an KurdInnen durch Fethullah Gülen aus dem Sommer 2011 blieb nicht unerwähnt. Der Prediger, dessen Bewegung die AKP-Regierung maßgeblich trägt, hatte seine AnhängerInnen in einer Videobotschaft aufgerufen, eine Million politisch aktive KurdInnen in der Türkei zu vernichten.



Trotz starker Repression ist die Bevölkerung in großer Zahl bei den Beerdigungen der getöteten Guerillamitglieder. Foto: DIHA

Wäre die kurdische Bewegung nicht so stark in der Bevölkerung verankert und hätte die PKK nicht die militärische Stärke, dem mittlerweile auch von führenden Regierungsmitgliedern wie R. T. Erdoğan proklamierten Vernichtungswillen entscheidend etwas entgegenzusetzen, würde sich die Geschichte des Genozids an den ArmenierInnen gegenüber den KurdInnen wiederholen. Denn die Ignoranz bzw. Unterstützung der menschenverachtenden Politik durch die Bundesregierung hat sich – wie 1915 aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen – kaum geändert. Dazu kommt, dass die Herrschenden in Europa Angst vor der gut verankerten sozialistisch orientierten PKK wie auch der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) haben und deshalb die Auseinandersetzung um Grund- und Menschenrechte eher negativ beeinflussen.

Die bundesdeutsche »KurdInnenpolitik«

Eine basisdemokratische Organisierung der Bevölkerung in einer so ressourcenreichen Region löst ähnliche Reflexe aus wie die Regierung Chávez oder sozialistische Bewegungen in Südamerika bei den Herrschenden der USA. War es in den 1980er Jahren die Systemkonkurrenz, welche die »westlichen« Regierungen zur Unterstützung des Putsches bewegte, so ist es seitdem das Interesse, die eigene Vorherrschaft über Öl und Gasvorkommen in der Region Mittlerer Osten zu sichern, das zur Unterstützung oder Forcierung gewaltförmiger Lösungsansätze in Bezug auf die kurdische Frage und zur Kriminalisierung und Diffamierung der kurdischen Bewegung in der BRD führt. Auch die Gleichschaltung der deutschen Mainstream-Medien in Bezug auf die kurdische Frage lässt sich u. a. so erklären.

Deutlich wird die heutige Ausrichtung der bundesdeutschen Politik in Studien der »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP). Die SWP, das »Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit«, ist ein Think Tank, der die Bundesregierungen seit Jahren stark beeinflusst. In ihrer Selbstbeschreibung heißt es: »Seit bald 50 Jahren berät die Stiftung Wissenschaft und Politik den Bundestag und die Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaft und eine interessierte Fachöffentlichkeit in außenpolitischen Fragen. Waren dies zu Beginn der Stiftungsarbeit vor allem Fragen der Abrüstung, reicht das Spektrum heute von der klassischen Sicherheitspolitik bis hin zu Aspekten des Klimaschutzes und politischer Herausforderungen angesichts knapper Ressourcen. (...) Diese Aufgabe der Kommunikation und des Austausches von Ideen auch in großer Nähe zu EU und NATO nimmt besonders das Brüsseler Büro der SWP wahr.«

Unter Beratung und wissenschaftlicher Diskussion versteht die SWP hauptsächlich das Forcieren einer zunehmend repressiven Innen- und Sicherheitspolitik sowie außenpolitisch das Vorantreiben einer immer aggressiveren Kolonialpolitik der EU unter bundesdeutscher Führung. Diese Ausrichtung wird dabei teils offen geäußert und teils hinter dem Motto »Innovative Governance«, »Responsibility to Protect« oder ähnlichen Begriffen kaschiert. In Bezug auf Syrien befürwortet die SWP zum Beispiel die Unterstützung der Freien Syrischen Armee (FSA) und eine militärische Intervention unter maßgeblicher Beteiligung der BRD. Dazu solle zur Not auch ein harter Konflikt mit Russland und China riskiert werden, so der Leiter der Forschungsgruppe »Sicherheitspolitik«, Markus Kaim. Deshalb traf sich auch die syrische »Opposition« unter Beteiligung der FSA seit Januar 2012 sieben Monate lang in den Räumen der SWP in Berlin, um abseits der Realitäten ein Konzept für Syrien nach dem als selbstverständlich betrachteten Sturz Assads zu entwickeln.

Auch Guido Steinberg betrachtet die Region Mittlerer Osten in einer SWP-Studie aus dem Jahr 2011 instrumentell. In Bezug auf die kurdische Frage in der Türkei fabuliert er: »Trotz aller Bemühungen der türkischen Regierung um eine Entschärfung der Kurdenproblematik eskalieren die Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK im Osten des Landes immer wieder, auch die großen Städte im Westen der Türkei sind Ziel von Anschlägen.« Festgeschrieben wird hier die Dämonisierung der PKK – und vor allem die Terrorzuschreibung gegenüber ihrem politischen Handeln. Im weiteren Verlauf der Studie macht der Autor deutlich, dass die SWP in erster Linie an den reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen im Nordirak und im Kaukasus und einer reibungslosen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung interessiert ist. Letztlich kommt Steinberg zu der Schlussfolgerung: »Diese deutschen Interessen spiegeln sich aber nur ungenügend in der deutschen Politik wider.« (...) »Deutschland sollte beispielsweise entschiedener gegen die Strukturen der PKK hierzulande vorgehen und damit einer häufig geäußerten Forderung Ankaras nachkommen«, denn u. a. sei die Türkei bestrebt, »zu einer Energiedrehscheibe« für Gas und Öl aus eben dieser Produzentenregion zu werden. Das in der Erklärung der Menschenrechte der UN garantierte Widerstandsrecht gegen anhaltendes Unrecht und Tyrannei und die Friedensbemühungen der PKK werden hingegen nicht erwähnt.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen dieser Studie beschloss der Bundesgerichtshof (BGH), dass kurdische PolitikerInnen nach § 129b StGB – Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland – verfolgt werden können. Seitdem sind fünf kurdische PolitikerInnen davon betroffen. Der § 129b wird von den VerteidigerInnen, wegen der ihm innewohnenden Aufhebung der Gewaltenteilung, als verfassungswidrig kritisiert – das Justizministerium muss über eine Verfolgung nach § 129b entscheiden. Auch das Politikverbot gegen Muzzafer

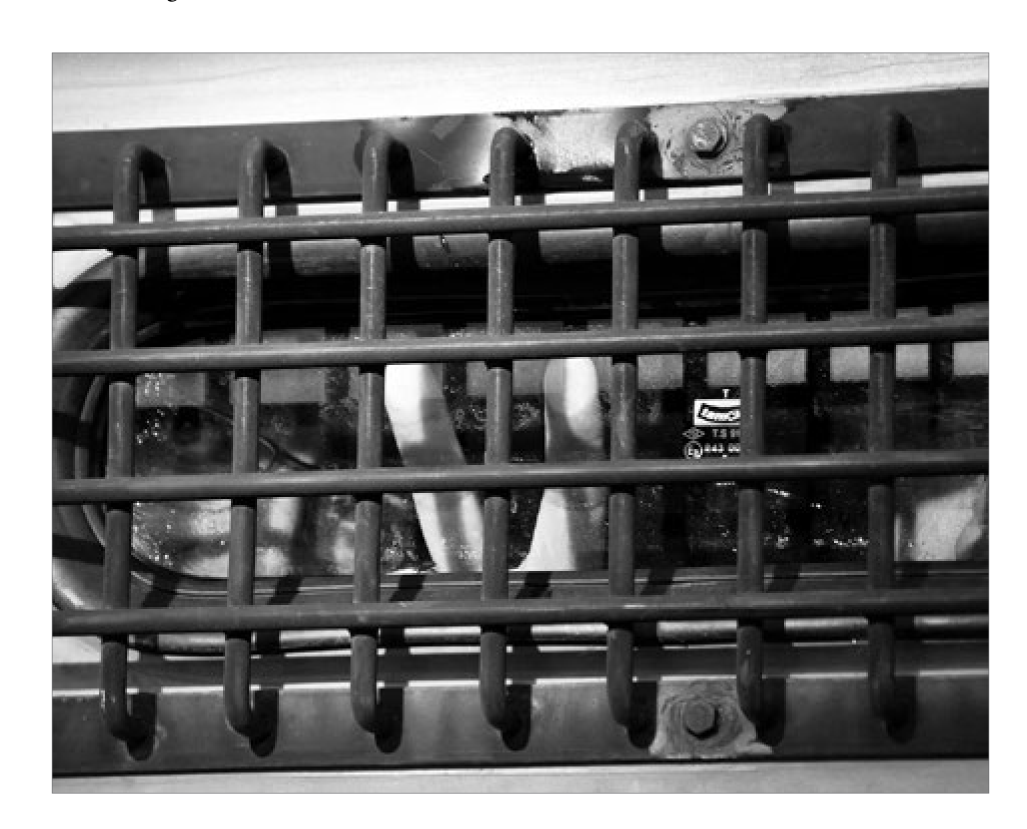
Ayata und der Entzug des Asylstatus des Vizevorsitzenden der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM), Bahaddin Doğan, sowie die zunehmenden Angriffe deutscher PolizistInnen auf kurdische Demonstrationen und Veranstaltungen lassen sich in diesem Zusammenhang besser verstehen. Immer wenn die kurdische Bewegung in der Türkei stark ist und sich intensiv um Frieden bemüht – wird in der BRD die Repressionsschraube angezogen. Das war 1993 genauso wie heute.

Wie weiter?

Die Regierung Erdoğan betreibt eine hemmungslose Öffnung der Märkte und die Unterdrückung wirksamer linker und demokratischer Opposition, weitgehend im Interesse der westlichen Großmächte. Derartige Regierungen auch in Syrien und später im Iran zu etablieren, könnten deren nächste Ziele sein. Dabei wird versucht, wie im »Greater Middle East Project« vorgesehen, religiöse, ethnische und clanbedingte Spaltungslinien auszunutzen oder zu manifestieren.

Eine starke selbstbewusste emanzipatorische, demokratische Organisierung der KurdInnen stünde der ungehemmten Profitmaximierung im Weg. Außerdem könnte eine erfolgreiche selbstbestimmte Demokratisierung als Rollenmodell für die Aufstände des »Arabischen Frühlings« oder auch für Europa dienen – auf deren Grundlage sich jedoch Demokratie und keine erneuten kolonialen Abhängigkeiten entwickeln könnten. Deshalb werden auch die erfolgreiche Organisierung und Stabilisierung der KurdInnen in der Türkei im Rahmen der Kommunalpolitik von der AKP und international kriminalisiert und bekämpft – und die stabilisierend wirkenden demokratischen Strukturen, die unter der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Syrien entstehen, international ignoriert bzw. seitens der Türkei attackiert. Die Doppelmoral in Bezug auf die Beurteilung von oppositionellen Bewegungen und die Untätigkeit der Bundesregierung in Bezug auf die 9000 in der Türkei inhaftierten KurdInnen bezeichnet der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, Die Linke, zu Recht als ekelerregend. Interessant ist allerdings, dass auch deutsche und US-amerikanische PolitikerInnen langsam die neoosmanische und autokratisch orientierte Politik der AKP zumindest ansatzweise benennen und – auch nicht gerade sympathisch – als nicht ungefährlich für die eigenen Interessen werten.

Eine andere Politik ist nur möglich, wenn die herrschenden Kräfte durch relevante Bewegungen zum Einbinden der Bevölkerung in demokratische Entscheidungsprozesse und zum Eingestehen von Menschenrechten und des Völkerrechts gedrängt werden – oder die Systeme selbst verändert werden, wie z. B. in Teilen Südamerikas, in Südafrika oder im Rahmen der Demokratischen Autonomie. Die destabilisierende Politik der BRD im Mittleren Osten und die deutsch-türkische strategische Partnerschaft haben Geschichte und sind heute nicht weniger menschenverachtend und gewissenlos als 1915. Friedens- und Demokratisierungsprozesse sowie gesellschaftliche Transformationen im Interesse der Bevölkerung können dagegen nur mit Respekt vor dynamischen Entwicklungen, im Dialog zwischen allen Beteiligten und in Anerkennung der Realitäten entstehen. ♦



Die Festnahmen und Verhaftungen in der Türkei halten weiterhin an. Foto: DIHA

Die freiheitliche Zukunftsperspektive in Westkurdistan

Vom Genozid zur Revolution

Mako Qoçgirî

Die KurdInnen aus Syrien und Westkurdistan standen lange Zeit im Schatten der Öffentlichkeit. Wenn man Informationen über Kurdistan suchte, fand man sie vor allem zu den anderen Teilen Kurdistans. Das lag sicherlich nicht daran, dass es den KurdInnen aus Rojava (deutsch: Westen; gemeint ist Westkurdistan) sonderlich besser ging als den KurdInnen aus den anderen Teilen. Der Grund dürfte eher darin gelegen haben, dass sowohl die Bevölkerungszahl als auch die Fläche Westkurdistans im Vergleich zu den anderen Teilen recht klein sind.

Doch nach Beginn der Aufstände in Syrien und dem Ausbruch der Revolution in Westkurdistan hat sich diese Situation schlagartig geändert. Nun blicken auf einmal die Menschen aus ganz Kurdistan und darüber hinaus gespannt auf die Entwicklungen dort. Gerade das kleine Westkurdistan könnte nun zum Vorbild und Wegweiser für eine politische Lösung der kurdischen Frage in Nord- und Ostkurdistan werden. Aber für die westkurdische Bevölkerung war es ein schwieriger Weg bis zum heutigen Zustand. Ein Weg, der stets begleitet war von Unterdrückung und Assimilation, Folter und Massakern. Wir wollen deshalb zunächst einen kurzen Blick auf die Situation der KurdInnen in Westkurdistan und Syrien vor dem Ausbruch der Revolution werfen.

Von der kurdischen Berliner Mauer und dem Arabischen Gürtel

Mit dem Vertrag von Lausanne im Juni 1923 wurde Kurdistan in vier Teile geteilt. Das war das zweite traumatische Ereignis in der kurdischen Geschichte nach dem Vertrag von Qasr-e Shirin aus dem Jahr 1639, nach dem die KurdInnen zwischen dem Reich der Safawiden und dem der Osmanen zweigeteilt worden waren. Die Grenzziehung von 1639 behielt auch mit dem Vertrag von Lausanne als Grenze zwischen dem Iran und der Türkei ihre Gültigkeit. Mit Lausanne entstanden allerdings zusätzlich noch der Irak und Syrien, auf die ebenfalls Teile Kurdistans fielen. Wie willkürlich vor allem die Grenze zwischen der Türkei und Syrien gezogen wurde, beweist das Beispiel der Städte Qamişlo (Al-Qamishli) und Nisêbîn (Nusaybin). Waren diese beiden Städte zuvor eins, fiel Qamişlo mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne fortan auf syrisches Staatsgebiet und Nisêbîn gehörte zum Staatsterritorium der Republik Türkei. Viele Familien wurden durch diese Grenzziehung getrennt und bis heute wird ihnen nur zu besonderen Anlässen die Möglichkeit gegeben, ihre Familienmitglieder auf der anderen Seite der Grenze zu besuchen. Mit einer Art Galgenhumor sprechen die KurdInnen deshalb bei der Grenze zwischen Qamişlo und Nisêbîn auch von der kurdischen Berliner Mauer.

Mit der Umsetzung des Vertrags von Lausanne lebten nun rund drei Millionen KurdInnen innerhalb der Grenzen des neuentstandenen syrischen Staates. Waren sie bereits mit der Gründung Syriens einer Verleugnungs- und Assimilationspolitik ausgesetzt, verschärfte sich die Situation mit der Machtübernahme des Baath-Regimes im Jahre 1963 nochmals drastisch. Die KurdInnen wurden von den neuen Machthabern in Damaskus als Gefahrenpotential betrachtet, das es zu beseitigen galt. So erarbeitete das Regime einen umfassenden 12-Punkte-Plan, mit dem gegen die kurdische Bevölkerung vorgegangen werden sollte. Einen bedeutenden Teil dieses Plans machte der sogenannte Arabische Gürtel, ein umfassender Deportationsplan, aus. Ziel dieses Arabischen Gürtels war es, zwischen allen kurdischen Dörfern jeweils zwei arabische anzusiedeln. Mit materiellen Anreizen sollten AraberInnen aus den anderen Teilen Syriens in den Norden nach Westkurdistan umgesiedelt werden. Diejenigen AraberInnen, die diesem Plan folgten und bis heute in den kurdischen Gebieten Syriens leben, werden unter den KurdInnen als Mexmûrî-AraberInnen bezeichnet. Die KurdInnen, die durch die Ansiedlung der AraberInnen ihr Land verloren, sollten ins Landesinnere Syriens umgesiedelt werden. Mit der Umsetzung dieses Plans sah das Regime eine umfassende Assimilierung der KurdInnen vor. Es gelang ihm allerdings nicht zur Gänze und der Arabische Gürtel scheiterte.

Doch damit ließen die Machthaber aus Damaskus nicht von den KurdInnen ab. Kurdische Publikationen und der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache wurden in Syrien verboten, kurdische Ortschaften bekamen arabische Namen. Zudem wurde insgesamt 300 000 KurdInnen die StaatsbürgerInnenschaft aberkannt, wodurch sie grundlegende BürgerInnenrechte verloren. Davon waren vor allem politisch aktive KurdInnen betroffen. Das Regime griff neben diesen Mitteln des kulturellen Genozids auch immer wieder zum Mittel des physischen Genozids und verübte zahlreiche Massaker. Das letzte große Blutbad aus dem Frühjahr 2004 in Qamişlo stellte allerdings einen Wendepunkt für die Kurdinnen und Kurden aus der Region dar. Auf seine Gründe und seinen Verlauf komme ich gleich noch einmal zurück, doch auf seine Auswirkungen will ich an dieser Stelle zu sprechen kommen. Nach dem Massaker in Qamişlo befanden sich die KurdInnen in Westkurdistan über zehn Tage lang im Aufstand. Anschließend zog die kurdische Bevölkerungsgruppe für sich einen Schluss, dessen Auswirkungen wir in den heutigen Tagen in Westkurdistan erleben: sich in ihrer gesamten Breite zu organisieren. Diese Organisierung sollte den Schutz der Bevölkerung gewährleisten und der Gefahr vorbeugen, dass Massaker dieser Art sich wiederholen. Was sie damals allerdings noch nicht wussten, ist, dass sie damit die Samen für die heutige Revolution in Qamişlo und Westkurdistan gesät hatten.

Doch schauen wir uns genauer an, was dieser Tage in westkurdischen Städten wie Kobanî (Ain al-Arab), Dêrik (Al-Malikiya), Qamişlo und Amudê vonstattengeht …

Kobanî: die Stadt, in der alles begann

Es ist die Nacht vom 18. auf den 19. Juli. Die Menschen aus Kobanî sind konspirativ in einer Moschee zu einer Volksversammlung zusammengekommen. Der Beschluss wird getroffen: Die Revolution muss losgehen!

Die bewaffneten Verteidigungskomitees, die später Teil der Volksverteidigungseinheiten YPG werden sollen, kontrollieren die Hauptzufahrtsstraßen nach Kobanî und die restliche Bevölkerung belagert in einer organisierten Aktion die staatlichen Institutionen und den Militärstützpunkt der Assad-Armee. Eine kurze Verhandlung mit den Verantwortlichen der Kaserne reicht aus und sie sehen ein, dass ihnen nichts übrig bleibt, als die Waffen zu strecken. Die Soldaten aus der Kaserne kehren nach dieser Nacht zum Teil in ihre Heimatstädte zurück oder nehmen dankend das Angebot der Bevölkerung von Kobanî an und entscheiden sich, als Zivilisten in der Stadt zu leben. Ohne dass auch nur eine Kugel verschossen werden muss, nimmt die Revolution in jener Sommernacht ihren Anfang und soll sich in den kommenden Tagen auf andere Städte ausweiten.

Zweite Station der Revolution: Dêrik

Einen Tag nach dem Ausbruch der Revolution in Kobanî beschloss die Bevölkerung von Dêrik, dass ihre Stadt die zweite Station der Revolution von Westkurdistan sein soll. Auch hier hatte die kurdische Bevölkerung bereits Monate vorher begonnen, sich selbst zu organisieren. Nun war der Zeitpunkt gekommen, an dem sie für ihre mühselige Organisierungsarbeit belohnt wurde. Nach eigenen Angaben kontrollieren die Volksräte von Dêrik nun 95 % der Stadt. Die einzige noch von staatlicher Seite erbrachte Dienstleistung ist der Gas- und Erdöltransfer.

In Dêrik leben rund 80 000 Menschen, ein Großteil von ihnen kurdischer Herkunft, allerdings auch ChristInnen, die 15 % der Bevölkerung ausmachen, und rund 4 000 AraberInnen, die im Zuge der Politik des Arabischen Gürtels in Dêrik angesiedelt worden waren. Das Baath-Regime wollte Dêrik ursprünglich völlig arabisieren, weil die Stadt reich an Erdöl- und -gasquellen ist. Rund 75 % des syrischen Erdöls soll aus der Region um Dêrik stammen. Doch die meisten Erdölquellen in Westkurdistan liegen zurzeit brach. Vor Beginn der Aufstände in Westkurdistan waren es vor allem ausländische Unternehmen, die in der Region das Öl verarbeiteten. Sie haben sich allerdings nach Ausbruch der ersten Gefechte zurückgezogen. Die Bevölkerung aus Westkurdistan war ohnehin mit diesen ausländischen Unternehmen nicht glücklich. Vor allem in den letzten drei bis vier Jahren sei unter der Bevölkerung, die in der Nähe der Ölquellen lebt, die Krebsrate deutlich gestiegen. Die Menschen vermuten einen Zusammenhang mit den Verarbeitungstechniken der Erdölunternehmen.

»Auch mit diesen Problemen muss sich der Volksrat beschäftigen«, so Haci Çeto. Er ist einer von zwei SprecherInnen des Volksrates von Dêrik. Mit Ausbruch der Revolution hat dieser nun die Leitungsfunktionen in der Stadt übernommen. Aktuell sind 111 Menschen im Volksrat, darunter auch AraberInnen und ChristInnen. Während die christliche Bevölkerung mit dem Aufbau der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan sympathisiert, sind viele AraberInnen noch sehr skeptisch. Çeto erklärt, dass dies vor allem auf die AraberInnen zutreffe, die das Baath-Regime in Westkurdistan angesiedelt hatte. Diese sogenannten Mexmûrî-AraberInnen seien Assad-AnhängerInnen. Doch Çeto ist guter Dinge, dass mit ausgezeichneter Arbeit des Volksrates selbst diese überzeugt werden könnten. »Und bei den nächsten Wahlen zum Volksrat werden dann sicherlich auch noch mehr AraberInnen und ChristInnen gewählt«, so Çeto.

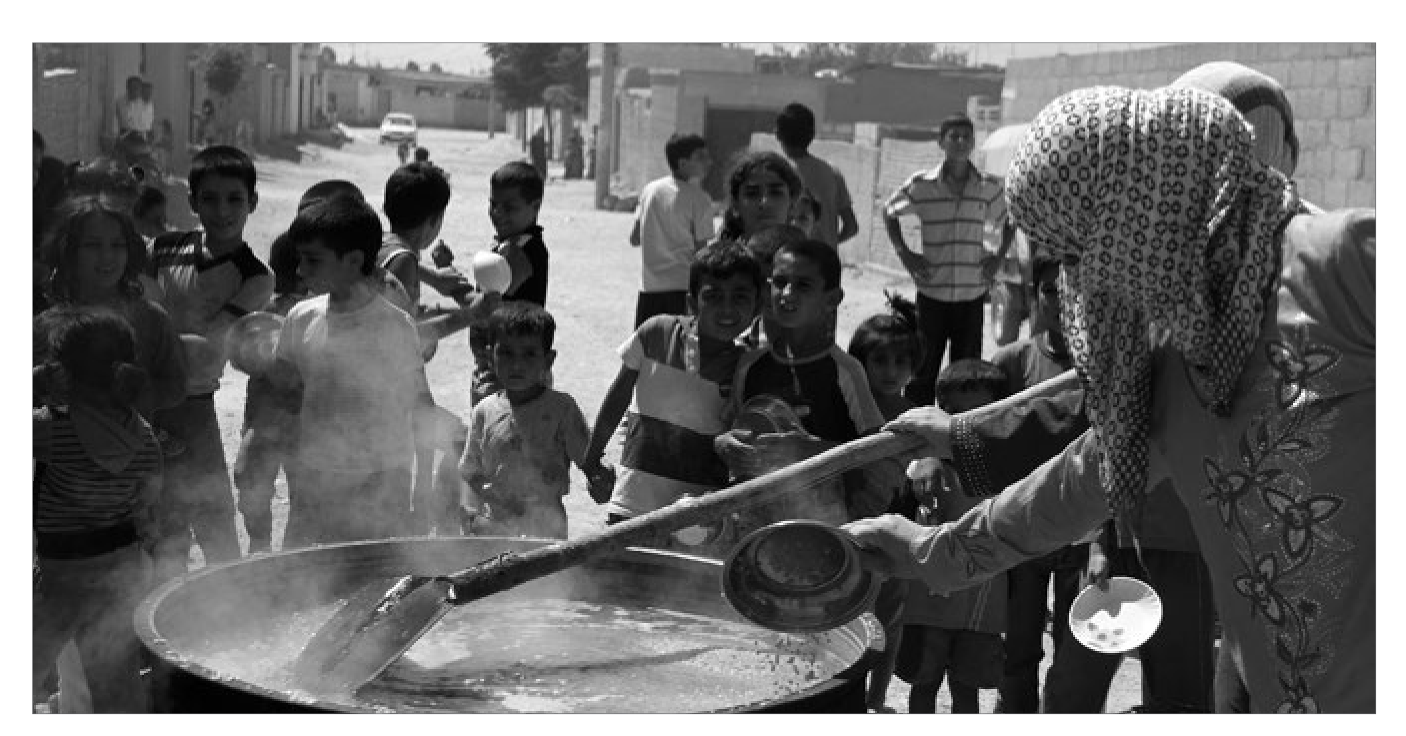
Der Erfolg der Revolution entscheidet sich in Qamişlo

Als die Revolution in Kobanî und Dêrik ihren Lauf nahm, blickten viele gespannt auf Qamişlo. Denn zum einen ist Qamişlo mit über 500 000 EinwohnerInnen die größte Stadt Westkurdistans und zum anderen liegt es direkt an der Grenze zur Türkei. Beides verleiht der Stadt einen ganz besonderen Charakter, so dass es vermutlich nicht übertrieben ist zu behaupten, dass die Revolution in Westkurdistan mit Qamişlo steht und fällt.

Dementsprechend versucht das Volk in Qamişlo seine Schritte wohlüberlegt zu setzen. Bisher hat es die staatlichen Institutionen nicht wie in den anderen Städten Westkurdistans eingenommen. Auf die Frage, weshalb nicht, antwortet Remziye Mihemed, Sprecherin des Volksrates von Qamişlo: »Am 12. März 2004 wurde in Qamişlo ein Massaker verübt. Mit dem wollte das Regime, dass sich die verschiedenen Volksgruppen hier in der Stadt gegenseitig fertigmachen. Damals hat das zum Glück nicht funktioniert. Aber wir befürchten, dass das Regime das nun nochmals versuchen könnte. Deshalb wollen wir keine übereilten Schritte tun und den ganzen Prozess ein wenig in die Länge ziehen.«

Auch wenn der Großteil der Bevölkerung von Qamişlo kurdischer Herkunft ist, so leben AraberInnen, ArmenierInnen, ChaldäerInnen und AssyrerInnen in der Stadt. Beim Qamişlo-Massaker 2004 hatte das Regime versucht, die arabische Bevölkerung der Stadt gegen die kurdische aufzuhetzen. Ausgangspunkt des Massakers war ein Fußballspiel am 11. März 2004 zwischen einer arabischen und einer kurdischen Mannschaft in der Stadt. Während die kurdischen Fans von den Sicherheitskräften vor dem Stadioneingang gefilzt und kontrolliert wurden, konnten die Fans der arabischen Mannschaft problemlos Messer, Schlagstöcke und andere Waffen ins Stadion bringen. Während des Spiels skandierte ein Teil der arabischen Fans Parolen wie »Lang lebe Saddam« oder »Euch erwartet ein zweites Halabja«. Als ein Poster Saddam Husseins im Stadion entrollt wurde, kam es schließlich zu Auseinandersetzungen zwischen den Fangruppen. Die Polizei hatte sich zwischenzeitlich vor das Stadion zurückgezogen. Als die Ausschreitungen sich aber auch außerhalb des Stadions ausweiteten, griff sie ein. Sie schlichtete nicht, sie sollte auch nicht schlichten. Sie schoss auf die kurdischen Fans und tötete dadurch insgesamt acht KurdInnen.

Wie Mihemed bereits zum Ausdruck brachte, war das Massaker von Qamişlo ein Versuch des Regimes, die KurdInnen und AraberInnen aufeinanderzuhetzen. Hätten die KurdInnen nun ihrerseits Vergeltung geübt, hätte dies dem Regime Anlass gegeben, erneut gegen die kurdische Bevölkerung vorzugehen. Doch sie zogen eine andere Konsequenz aus diesem Massaker und fingen an, sich besser zu organisieren. Dadurch ließen sie



Suppenküche auf der Straße in Qamişlo — Foto: DIHA

nicht nur den Plan des Baath-Regimes ins Leere laufen, sie legten zugleich das Fundament für die Revolution in Westkurdistan.

Remziye Mihemed ist davon überzeugt, dass die Demokratische Autonomie die beste Lösung für eine Stadt wie Qamişlo ist. Denn nur dadurch kann ein demokratisches und friedliches Zusammenleben aller gewährleistet werden. Und bereits jetzt sind VertreterInnen aller Gruppen im Volksrat von Qamişlo vertreten. Der Volksrat besteht aus annähernd 300 Mitgliedern, die in verschiedenen Kommissionen sich um die verschiedensten Belange des sozialen und politischen Lebens kümmern sollen. Zudem gibt es gegenwärtig in zwei Stadtteilen Qamişlos Volkshäuser, in vier weiteren sind sie in Planung. Diese Volkshäuser sind Anlaufstellen für die Bevölkerung bei Problemen und Anregungen. Perspektivisch soll in jedem Stadtteil zusätzlich ein Stadtteilrat entstehen, in dem die dort ansässige Bevölkerung organisiert sein soll, um ihre Probleme vor Ort selbst zu lösen.

Auch wenn die staatlichen Institutionen in Qamişlo nicht durch die Bevölkerung übernommen worden sind, sollen sie mit der Organisierung der Menschen Schritt für Schritt überflüssig gemacht werden. Das ist das Ziel der Volkshäuser und Rätestruktur.

Der Widerstandsgeist von Amûde hält an

Der Bezirk Amûde ist sehr ländlich geprägt. Im Stadtzentrum leben zwar nur rund 60 000 Menschen, doch mit den Menschen aus den zu Amûde zählenden 156 Dörfern sind es annähernd 200 000 EinwohnerInnen. Und die sind seit jeher für ihren Widerstandsgeist bekannt, weshalb sie auch schon immer den Machthabern ein Dorn im Auge waren. Am 13. November 1960 wollten die Herrscher Syriens diesen Widerstandsgeist mit einem grausamen Massaker brechen. Rund 300 GrundschülerInnen aus der Stadt wurden zu einer Filmvorführung ins Kino eingeladen. Während der Vorführung wurde das Kino in Brand gesetzt und alle Kinder verbrannten auf fürchterliche Weise. Dieses Massaker hat sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen aus Amûde eingebrannt, doch sie haben ihren Widerstandsgeist dadurch dennoch nicht verloren. Bis vor zwei Jahren waren den Menschen der Stadt durch das Regime gar Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Massakers verboten. Doch nun hat sich in Amûde einiges verändert.

Wie stark der Widerstandsgeist von Amûde ist, zeigt sich an der Geschwindigkeit der Selbstorganisierung: Mitte Mai organisierte sich dort der Volksrat und wählte seine Delegierten, die seitdem für die Leitung der Stadt verantwortlich sind. Staatliche Stellen haben völlig ihre Funktion verloren. Selbst die Treibstoff- und Gasversorgung, bisher ein absolutes staatliches Monopol, ist vom Volksrat übernommen worden. Neben dem Volksrat hat die Bevölkerung ein Volkshaus, ein Frauenzentrum, zwei Sprachzentren, ein Kulturzentrum und ein Jugendzentrum eingerichtet.

Besonders großes Interesse weckt das Frauenzentrum von Amûde. Jeden Tag wird es von Dutzenden Frauen besucht, die ihre Anliegen und Sorgen mit anderen Frauen teilen wollen. Sie haben selbst auf einer Konferenz die dringende Notwendigkeit zur Errichtung eines solchen Zentrums festgestellt. Seit dessen Eröffnung im Juli dieses Jahres verfügt es neben seinem Beratungsangebot zusätzlich über ein vielseitiges Bildungsangebot, das von Alphabetisierungskursen bis zur ideologischen Auseinandersetzung mit der Geschlechterfrage reicht. »Wir lehnen die Rolle, die das System der Frau zuschreiben will, ab. Der Grund, weshalb die Frauen heute so sehr ihrer eigentlichen Identität entfremdet sind, liegt auch darin, dass sie ausschließlich die Bildung des Systems ›genießen‹ konnten. Wir wollen hier ein neues Bildungssystem aufbauen, das dazu beiträgt, dass die Frauen wieder zu ihrer eigentlichen Identität finden«, erklärt Evin Xalid, eine der Verantwortlichen des Frauenzentrums von Amûde.

Die stärkste Waffe: den Aufbau der Demokratischen Autonomie fortsetzen

Die Revolution in Westkurdistan ist ein Lichtblick in der aktuellen Chaossituation im Nahen und Mittleren Osten. Die Erfahrungen einer kommunalen Selbstverwaltung sind sehr wertvoll für die Menschen in der Region. Zugleich erscheint die Demokratische Autonomie gegenwärtig auch als einzige Lösungsperspektive für ein friedliches und demokratisches Miteinander der verschiedenen Kulturen der Region. Doch das Modell hat auch seine Feinde, und das sind vor allem die regionalen Machthaber, die mit der Umsetzung der Demokratischen Autonomie eben um ihre Macht fürchten müssen. Aber auch die VertreterInnen des internationalen Kapitals haben ihre Probleme mit den fortschrittlichen Lösungsperspektiven der kurdischen Freiheitsbewegung, weil sie wissen, dass sie bei deren Realisierung nicht mehr so problemlos wie bisher die Region und ihre Reichtümer ausbeuten können.

Es wird für die Menschen in Westkurdistan und in der gesamten Region also nicht einfach, die Revolution gegen all diese Feinde zu verteidigen. Das beste Mittel für sie wird es sein, den Aufbauprozess einfach unaufhörlich fortzusetzen. Und daran arbeiten sie Tag und Nacht. ♦

Die Rolle der Frauenbewegung beim Aufbau der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan

Zurückgreifen auf 30 Jahre Erfahrung der Befreiungsbewegung

Interview mit Delsha Osman, Yekitîya Star

Delsha Osman ist seit 2005 Mitglied der Koordination der Frauenbewegung »Yekitîya Star« in Westkurdistan. Aufgrund der Repression des syrischen Staates war sie gezwungen, ins Exil nach Europa zu gehen. Auch von hier aus verfolgt sie intensiv die Entwicklungen in ihrer Heimat und setzt ihre politische Arbeit fort.

Wie beschreiben Sie die Situation von Frauen in Westkurdistan und Syrien?

Frauen wurde die Meinungs- und Organisierungsfreiheit unter dem chauvinistischen Baath-Regime immer verweigert. Die Assad-Familie gleicht einer Dynastie, die Syrien über ihren Staatsapparat und Geheimdienst kontrolliert. Sie regiert mit Methoden wie Unterdrückung, Verhaftung, Folter und Missachtung der Menschenrechte. Insbesondere Frauen sind von der Unterdrückung durch das herrschende System doppelt betroffen. Aus Angst vor Verhaftung und Repression leisteten Frauen lange Zeit keinen Widerstand dagegen. Das führte dazu, dass die Gesellschaft ihrer freien Gedanken und ihres politischen Handelns beraubt wurde. Die Gesellschaft wurde in Unmündigkeit gehalten.

Welchen Einfluss hatten die Volksaufstände in Nordafrika, in anderen Ländern des Mittleren Ostens und in anderen Teilen Kurdistans auf die Situation von Frauen in Westkurdistan?

Wir können die Situation in Westkurdistan und Syrien nicht losgelöst von den Entwicklungen im Mittleren Osten und in Nordafrika betrachten. Doch haben diese Aufstände aus der Perspektive der Völker nicht überall zum Erfolg geführt. Denn die globalen Hegemonialmächte versuchen, diese Situation zur Umgestaltung des Mittleren Ostens entsprechend ihren Machtinteressen auszunutzen. Auch viele Frauen haben sich an diesen Aufständen, die zuerst ein Ausdruck der Freiheitssuche der Völker waren, mit großen Hoffnungen und Emotionen beteiligt. Allerdings waren sie nicht organisiert. Deshalb konnten sie ihre Forderungen nicht durchsetzen und wurden vereinzelt aus der Öffentlichkeit zurückgedrängt. Demgegenüber können Frauen in Westkurdistan heute auf die Analysen und die 30-jährige Erfahrung der Organisierung der kurdischen Befreiungsbewegung zurückgreifen. Insbesondere das Wirken von Abdullah Öcalan in Syrien und Westkurdistan in den 1980er und 1990er Jahren ermutigte viele Frauen dazu, politisch aktiv zu werden, sich eigenständig zu organisieren und für ihre Rechte als Frauen und als Kurdinnen zu kämpfen.

Das war die Grundlage, die den Weg dafür geöffnet hat, dass wir unter dem Namen »Yekitîya Star« im Jahr 2005 unsere eigene Organisierung aufbauen konnten. Yekitîya Star ist zu einer neuen Identität geworden, über die sich Frauen definieren und organisieren können.

Mit welcher Zielsetzung und wie organisiert sich die Yekitîya Star? Und wie hat sich die Arbeit in den vergangenen sieben Jahren seit ihrer Gründung weiterentwickelt?

Die Zielsetzung von Yekitîya Star ist es, eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft aufzubauen und als Frauen eine treibende und gestaltende Kraft in diesem Prozess zu sein. Über Yektîya Star haben Frauen die Möglichkeit, sich in jedem Bereich der Gesellschaft weiterzubilden und zu organisieren, ihren eigenen Willen zu vertreten – sei es im sozialen, ökonomischen, kulturellen Bereich.

Trotz Folter, Misshandlungen, Menschenrechtsrechtsverletzungen und Gefangenschaft haben Frauen seit der Gründung von Yekitîya Star eine wichtige Rolle in der Politik gespielt, wobei sie auch vor der Verfolgung durch das Regime nicht

zurückschreckten. Hunderte Aktivistinnen der Yekitîya Star waren politische Gefangene wie Ayşa Efendi, Süreya Habesch, Rojîn Ramma, Felek Nas, Zahide Hussein, Reside Hussein, Zozan Zeynep Mohammed, Latife Muhammed u. v. a. Sie wurden durch Militärgerichte verurteilt, schwer gefoltert und auf unbestimmte Zeit gefangen gehalten. Die Aktivistin Nazli Kecel ist bis heute verschwunden. Wir wissen nur, dass sie verhaftet wurde, weil sie eine aktive Mitarbeiterin der Yekitîya Star war. Wir wissen jedoch nicht, wo sie sich heute befindet oder ob sie überhaupt noch lebt.

Schon vor der Revolution hat Yekitîya Star wichtige Arbeiten durchgeführt, die die Basis für die heutigen Entwicklungen geschaffen haben. Allerdings hat die Revolution wiederum auch Bedingungen erzeugt, die die Ausweitung der Arbeit befördert haben. Im letzten Jahr konnten deshalb größere Schritte gemacht werden als in den sieben Jahren zuvor. So konnten die Frauen auch eine sehr wichtige Rolle beim Zustandekommen der Einheit der KurdInnen und der Gründung eines gemeinsamen Hohen Rates der kurdischen Organisationen spielen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um zu verhindern, dass KurdInnen – wie in der Vergangenheit so oft – von anderen Mächten gegeneinander ausgespielt werden können.

In allen kurdischen Städten und in den Großstädten Syriens, in denen KurdInnen leben, wurden Frauenräte gebildet. Jeder Frauenrat besteht aus 150 bis 350 gewählten Vertreterinnen. Sie führen regelmäßig ihre Versammlungen und ihre Arbeiten durch.

Vor welchen Herausforderungen steht Yekitîya Star momentan im Zuge des Aufbaus der Demokratischen Autonomie einerseits und angesichts der Kriegsdrohungen und Angriffe andererseits?

Gegenwärtig ist die Organisierung von Frauen in allen Lebensbereichen unsere Hauptaufgabe. In allen kurdischen Städten wurden Frauenkomitees gegründet, um uns selbst zu verwalten und zur Lösungskraft für die vielfältigen Probleme von Frauen zu werden. Beispielsweise haben die Friedensmütter ihre eigenen Komitees gebildet, um sich für eine Kultur und eine Welt ohne Kriege einzusetzen und für den Frieden aktiv zu werden. In den vergangenen Monaten haben wir in vielen Städten Kurdistans Fraueneinrichtungen für politische, soziale und kulturelle Bildung geschaffen. So wurden in Qamişlo (Al-Qamishli), Dêrik (Al-Malikiya), Dirbêsî (Al-Darbasiyah), Kobanî (Ain al-Arab), Afrîn (Afrin), Heleb (Aleppo) und noch in vielen anderen Orten Frauenhäuser eröffnet. Das Ziel dieser Einrichtungen ist es, Frauen bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen. Das können gesellschaftliche, familiäre oder andere Probleme sein. Über diese Häuser konnten Dutzende von Frauen vor dem Tode bewahrt werden. Es wurde verhindert, dass sie Opfer von sogenannten »Ehrenmorden« werden. In diesen Häusern finden Frauen Solidarität und Unterstützung bei Lebensproblemen.

Wir haben gemeinsame Plattformen mit arabischen, assyrischen und yezidischen Frauen sowie Beziehungen zu verschiedenen Frauen und Frauenorganisationen aufgebaut. Ein wichtiges Anliegen ist es hierbei, ein demokratisches Zusammenleben aller Volksgruppen und Religionen mit ihrer eigenen Identität zu verwirklichen sowie Nationalismus und religiösen Spaltungen entgegenzuwirken. In allen Frauenräten wurden gesonderte Kommissionen für Ökonomie und Kultur gebildet. Darüber soll die Versorgung der Bevölkerung verbessert und die Unabhängigkeit der Frauen gestärkt werden. Gerechtigkeitskommissionen sorgen für die Schlichtung von Konflikten in der Gesellschaft.

Obwohl die Bedingungen des Krieges und der Armut sehr schwer sind, halten wir an unserer Organisierung und der Stärkung der Demokratischen Autonomie pausenlos fest.

Wie verläuft der Neuaufbau des Schulsystems in Westkurdistan? Gibt es Schwierigkeiten bei der Durchführung des Unterrichts in der kurdischen Muttersprache?

Schon 2007 wurde in Westkurdistan eine Einrichtung zur Förderung der kurdischen Sprache und Bildung aufgebaut. Damals fingen die Arbeiten bereits an, doch gab es ständig Schwierigkeiten durch staatliche Repressionen. Deshalb mussten diese Arbeiten und der Kurdischunterricht geheim durchgeführt werden. Im Zuge der Demokratischen Autonomie konnten die Arbeiten verbreitert werden. Viele Lehrgänge zur Ausbildung von KurdischlehrerInnen wurden erfolgreich beendet. Zuerst wurden in allen Städten und Dörfern Kurdistans Privathäuser als Schulen genutzt. Die Bevölkerung stellte ihre Wohnungen und Wohnhäuser zur Verfügung, damit der Unterricht stattfinden konnte. Mit der schrittweisen Befreiung der kurdischen Gebiete und dem Rückzug der staatlichen Kräfte wurden die staatlichen Schulen als kurdische Schulen neu organisiert. Jetzt wird dort offiziell der Unterricht in der kurdischen Sprache durchgeführt.

Es gab vor ein paar Tagen eine Meldung im kurdischen Fernsehen Stêrk TV, der zufolge Kinder davon berichten, dass sie mit dem Unterricht in kurdischer Sprache begonnen hätten, jetzt jedoch

traurig seien, weil der Staat ihre Schulen verboten habe und nun schließen würde. Welchen Einfluss hat der syrische Staat noch in den kurdischen Gebieten? Wie sieht das Kräfteverhältnis zwischen den Selbstverwaltungsstrukturen der Demokratischen Autonomie und den staatlichen Organen aus?

Das war eine Meldung aus der Kleinstadt Dirbêsî (Al-Darbasiyah) in der Region Cizire (Al-Dschazira). Die meisten kurdischen Provinzen konnten befreit werden und sind selbstverwaltet. Nur in Qamişlo (Al-Qamishli), Dirbêsî und in ein paar anderen Ortschaften hat der Staat noch einen geringen Einfluss. Es ist richtig, dass dort einige Schulen geschlossen wurden. Doch wir müssen achtsam sein, dass keine Gefechte provoziert werden und dass wir nicht in einen Krieg hineingezogen werden. Anstatt die direkte Konfrontation zu suchen, hat die Bevölkerung ihre eigenen Taktiken entwickelt, um die Fortsetzung des Unterrichts an anderer Stelle zu gewährleisten.

Wie beeinflusst der Krieg den Alltag in Westkurdistan?

In den kurdischen Gebieten haben wir uns mit der organisierten Kraft des Volkes von der Herrschaft des Staates befreit. Die staatlichen Institutionen sind aus Kurdistan verbannt wurden. Die Gebäude einstiger offizieller Einrichtungen werden nun durch die Selbstverwaltungsstrukturen der Demokratischen Autonomie genutzt. Die Bevölkerung organisiert sich selbst und verwaltet sich selbst. Das System der Demokratischen Autonomie wird auf diese Weise dort umgesetzt. Zugleich wurden Selbstverteidigungskräfte (YPG – Yeknîyên Parestina Gel) aufgebaut, zur Verteidigung der Bevölkerung gegen Angriffe und Provokationen. Jeder Stadtteil, jeder Ort organisiert aus der Bevölkerung heraus seine eigene Verteidigung. Daran sind Jugendliche – Mädchen und Jungen – und auch die Frauenräte beteiligt. Es wurden Strukturen geschaffen, um die Selbstorganisierung der Bevölkerung zu schützen. Das ist ein wichtiger Gewinn.

Es sind Komitees gebildet worden, zum Dienste der Bevölkerung. Über die werden Arbeiten in den Gemeinden, wie Reinigungsarbeiten, Müllabfuhr, infrastrukturelle und Bauarbeiten, kollektiv organisiert. Darüber sieht die Bevölkerung jetzt unmittelbar den Vorteil, den ihnen die Organisierung bringt.

Andererseits gibt es in der Bevölkerung immer noch Anspannung und widersprüchliche Gefühle, denn die Gefahr des Krieges ist nicht vorbei. Der Krieg kann sich auch auf Westkurdistan und das gesamte Gebiet des Mittleren Ostens ausweiten. Die äußeren Kräfte wollen uns in einen Bürgerkrieg hineinziehen. In den letzten Wochen kam es verstärkt zu Angriffen auf kurdische Wohngebiete in Heleb, zu Granatenbeschuss und Explosionen in kurdischen Städten wie z. B. Qamişlo. Immer wieder werden Menschen ermordet.

Der Krieg wirkt sich sowohl auf die arabische als auch auf die kurdische Bevölkerung in Syrien negativ aus. Es gibt ökonomische Engpässe. Viele Menschen sind durch den Krieg arbeitslos geworden. Ihre Arbeitsplätze wurden zerstört. Sie können ihre Familien nicht mehr ernähren. Die Preise sind erheblich gestiegen, so dass viele Familien Schwierigkeiten haben, ihre Kinder zu ernähren. Das verursacht Ängste und Probleme im Alltag.

Häufig stießen Frauen in Zeiten revolutionärer Umbrüche auf das Argument, dass zunächst gemeinsam für die Veränderung der politischen Verhältnisse gekämpft werden müsse und dass Themen wie die Frauenbefreiung angesichts der zugespitzten Situation erst einmal zurückgestellt werden müssten. Begegnen Sie ähnlichen Herangehensweisen? Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Yekitîya Star und den Volksräten und politischen Parteien aus?

Nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen der Frauen in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Irak haben uns gezeigt, dass Umbrüche und Regimewechsel nicht automatisch mehr Rechte und Freiheiten für Frauen bedeuten. Im Gegenteil, Frauen sind durch die kapitalistische Durchdringung dieser Länder und damit einhergehender Stärkung des politischen Islams mit einem konservativen Rückschritt und der Einführung frauenfeindlicher Gesetze konfrontiert. Um diese schmerzhaften Erfahrungen in unserem Land nicht zu wiederholen, sind unsere eigenständige Organisierung als Yekitîya Star und die Solidarität und Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen im Mittleren Osten und weltweit eine wichtige Voraussetzung.

Ein wichtiger Schritt war, dass wir das System der Doppelspitze (ein Mann und eine Frau) in allen gemischtgeschlechtlichen Strukturen, auf allen Ebenen durchgesetzt haben. Früher gab es beispielsweise einen Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), das war ein Mann. Heute haben wir einen Vorsitzenden und eine Vorsitzende, die gemeinsam und gleichberechtigt dieses Amt ausüben und die Partei vertreten. Auch in den Volksräten wird dieses System umgesetzt, und das hat beträchtliche Auswirkungen auf die Situation und den Alltag in Westkurdistan. Außerdem muss in allen gemischtgeschlechtlichen Räten, Organisationen und Gremien die Geschlechterquote von 40 % berücksichtigt werden, d. h.

sowohl Männer als auch Frauen müssen mindestens zu 40 % darin vertreten sein. Bei den übrigen 20 % richtet sich der Geschlechteranteil dann nach dem Ergebnis bei den jeweiligen Wahlen; das können Männer oder Frauen sein. Früher war der Frauenanteil in den Volksräten sehr gering, aber nun sind Frauen überall zu einer wahrnehmbaren Kraft geworden.

Auf unserer letzten Konferenz des Volksrates in Westkurdistan wurden durch die Vollversammlung wichtige Beschlüsse angenommen, die von der Yekitîya Star für die Frauenarbeit und die Rechte von Frauen eingebracht worden waren. Um einige Beispiele zu nennen:

- Frauenarbeit *[im Sinne der Arbeit für Organisierung und Selbstbestimmung von Frauen]* ist nicht nur eine Angelegenheit von Frauen, sondern es gibt eine gemeinsame Verantwortung für den Fortschritt der Frauenarbeit und -organisierung. Zum Beispiel können Männer die Frauenarbeit unterstützen, indem sie sich mit sich selbst auseinandersetzen und ihre patriarchalen Denk- und Verhaltensweisen überwinden.
- Morde »im Namen der Ehre« werden als Verbrechen gegen Frauen und die Gesellschaft verurteilt und bestraft.
- Patriarchale Praktiken wie die Verheiratung in jungem Alter, arrangierte Ehen bei der Geburt (Berdel), Zwangsverheiratung usw. werden geächtet und nicht akzeptiert.
- Verheiratete Männer, die zusätzlich eine weitere Frau heiraten, werden aus allen Organisationen und Gremien ausgeschlossen.

Alle Projekte und Beschlüsse, die in dieser Hinsicht von Frauen eingereicht wurden, sind auf der Generalversammlung des Volkskongresses angenommen und verabschiedet worden. Das ist ein großer Erfolg. Zum ersten Mal können wir in Westkurdistan unsere Arbeit auf dieser Ebene organisieren und durchführen. Das sind wichtige Garantien für die Selbstbestimmung, Teilnahme und Vertretung von Frauen im Prozess des gesellschaftlichen Neuaufbaus in Westkurdistan. ♦



Demonstration in Westkurdistan   Foto: DIHA

Bericht über eine Reise nach Ostkurdistan aus ökologischer Perspektive

Bedrohte Natur Ostkurdistans

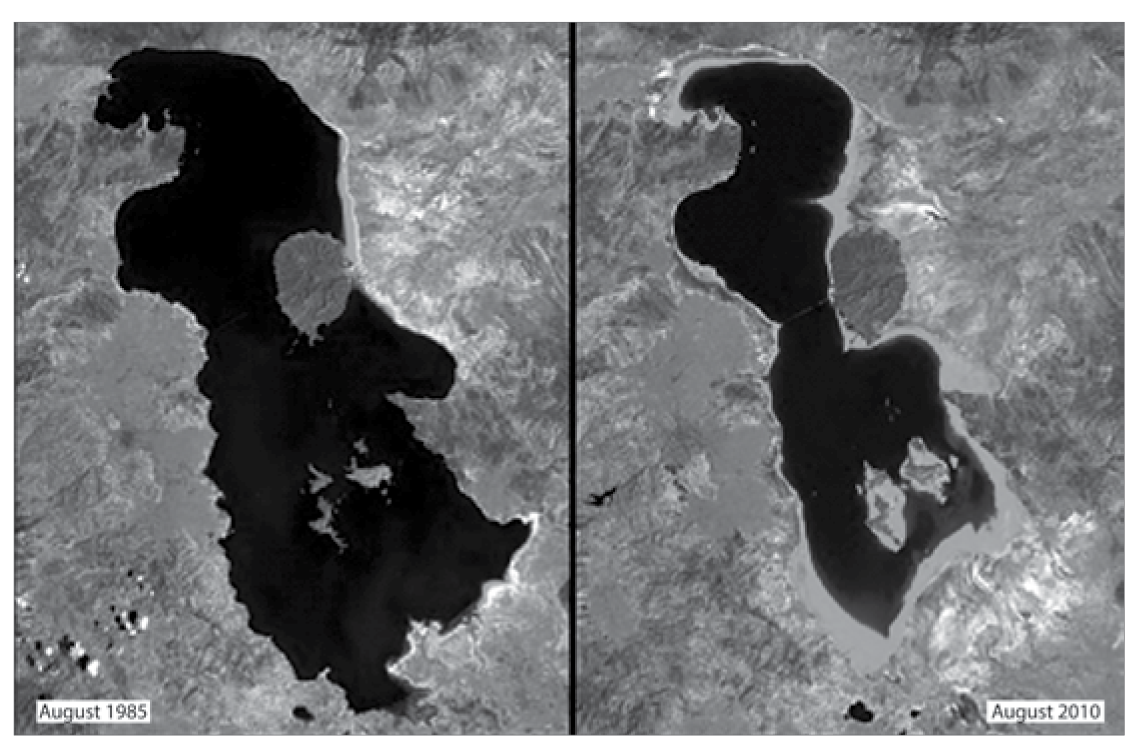
Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Nachdem mir seit Sommer 2011 immer wieder etwas in die Quere gekommen war, schaffte ich es schließlich doch, in die Islamische Republik Iran zu reisen. Über den Grenzübergang Bajirge (Esendere)/Sero gelangte ich von Nord-(Türkisch-)Kurdistan nach Urmîya (Urmia), in die Stadt, in der KurdInnen und AserbaidschanerInnen (Azeris) gemeinsam leben. Während der ca. 50 km langen Strecke ging es aus dem Zagros-Gebirge langsam, aber stetig bergab, immer wieder durch Dörfer und kleine Ortschaften, die von kahlen Bergen umsäumt sind. Bergen, die mit Wäldern wunderschön aussehen würden.

Das Fehlen von Wäldern in vielen Teilen Ostkurdistans fiel mir hier schon auf. Ob das dieselben Gründe hatte wie in Nord-Kurdistan?

Zurzeit steht ein akuteres Problem in der Region Urmîya an. Kurz vor der Stadt beginnt eine sich meist 5 bis 40 km breit um den Urmîya-See herum erstreckende Ebene. Auf der Nord-, Süd- und vor allem Ostseite des Sees leben insbesondere Azeris, auf der westlichen auch KurdInnen. Der Urmîya-See ist in vielerlei Hinsicht bedeutend für den Iran. Zum einen als größter See (mit einer bis vor kurzem intakten Ökologie) und eines der wichtigsten Symbole für diesen Staat, und dann auch als Einkommensquelle für tausende Menschen, die von der Landwirtschaft oder dem Tourismus um den See leben.

Doch der abflusslose Urmîya-See trocknet aus, jedes Jahr ein bisschen mehr … Er trocknet aus, weil seine 13 Zuflüsse deutlich weniger Wasser führen. Und zwar nicht, weil es einfach weniger regnet, sondern weil der Staat seit vielen Jahren auf diesen Zuflüssen Staudämme baut (bis heute 39). Das abge-



Zu sehen ist, wie der Urmîya-See zwischen 1985 und 2010 geschrumpft ist. Jetzt sollen die beiden großen Inseln im Süden eine Verbindung zum Land haben.
Quelle: Cenesta, Iran

zweigte Wasser wird zur systematischen Bewässerung vieler zehntausender Hektar Land eingesetzt, Wasser, das dem 140 km langen und durchschnittlich 40 km breiten Urmîya-See fehlt. Zusätzlich verhindert eine Brücke in Ost-West-Richtung den Wasseraustausch im See. Auf der bin ich acht Tage später auf meiner Rückreise in die Türkei gefahren. Es war ein mehr als dramatischer Blick auf den See selbst – kilometerlange weiße Salzflächen, während der Mittagszeit kaum anzuschauen.



Bei der Grenzstadt Pîranşar. Foto: E. Ayboğa

Die Austrocknung des größten Salzsees im Mittleren Osten führt seit zwei bis drei Jahren zu heftigen Debatten und Protesten im Iran. Demonstrationen in Urmîya und Täbriz wurden im Sommer 2011 zusammengeschossen und hunderte Menschen festgenommen. 2012 wurden protestierende Kinder mit Peitschenhieben bestraft. Die Regierung bestreitet ihre Verantwortung für die Austrocknung des Sees. Sie verweist lediglich auf geringeren Niederschlag in den letzten Jahren, was zwar in geringem Maße zutreffen mag, doch selbst 10–15 % weniger Niederschlag führen nicht zu einer so dramatischen Austrocknung. Der See hat mehr als die Hälfte seines Volumens und seiner Oberfläche verloren. Das führte zu einem enormen Anstieg seines Salzgehalts. Einige Regierungsvertreter behaupteten sogar, der Westen ließe mit verschiedenen Maßnahmen die von Westen heranziehenden Tiefdruckgebiete über der Türkei abregnen. Das ist nicht nur unhaltbar, sondern auch lächerlich, auch weil in der Türkei und insbesondere in Nordkurdistan die Niederschlagsmenge um ca. 8 % abgenommen hat. Als Lösung präsentiert die Regierung Irans die Option, vom Grenzfluss Aras regelmäßig Wasser in den Urmîya-See umzuleiten. Doch das wäre nichts anderes als eine Verlagerung des Problems in die Unterstromgebiete des Aras auf dem Staatsgebiet Aserbaidschans. Hier würden Landwirte entlang des Aras-Flusses leiden.

Das Problem kann sozial und ökologisch nur durch die radikale Rücknahme der Bewässerung großer Flächen aus den Stauseen oder gar am besten durch den Rückbau der Staudämme bewältigt werden. Leider scheint das in den nächsten Jahren mit diesem undemokratischen Regime Irans kaum möglich zu sein, denn es versucht jede Art von kritischer Diskussion zu unterbinden. Überhaupt gibt es im Iran selbst keine kritische Debatte über ökologische Probleme oder Infrastrukturprojekte.

Als ich am nächsten Tag einen Öko-Aktivisten auf dem Busbahnhof von Urmîya treffen wollte, um an einige kritische Stellen des Sees zu fahren, wartete ich vergeblich. Es stellte sich heraus, dass er eine Stunde zuvor von der Polizei festgenommen worden war. Wie ich später erfuhr, weil er kurz nach dem Erdbeben 300 km weiter östlich in der Nähe von Täbriz, bei dem offiziellen Angaben zufolge 300 Menschen gestorben waren, bei den Rettungsarbeiten zu helfen versuchte. Das Management des iranischen Staates ist in solchen Situationen katastrophal, er akzeptiert jedoch keine Hilfe anderer, wohl um seine Unfähigkeit nicht ans Tageslicht kommen zu lassen. Offiziell heißt es, Kriminelle würden solche Situationen ausnutzen. Erst nach einem Monat wurde der Aktivist wieder freigelassen, wie ich erfuhr.

Nach der Region Urmîya kam ich nach Mahabad. Der Stadt, in der 1946 die elf Monate existierende »Republik von Mahabad« ausgerufen und organisiert, doch nach dem Abzug der UdSSR-Armee aus dem Iran durch die Truppen des Schahs zerschlagen worden war. Auch hier sind die nahen umliegenden Berge nicht bewachsen. Das wirkte bedrückend und ich wollte wissen, wo die großen Wälder sind, die ich im Fernsehen gesehen hatte. Ich wurde auf die irakische Grenzregion verwiesen, dort gäbe es große und natürliche Wälder.

Deshalb fuhren wir in die Grenzstadt Pîranşar. Doch auch hier wurde ich enttäuscht. Nur wenige und kleine Waldstücke waren in Richtung irakischer Grenze zu sehen, ausschließlich Buchen, vorwiegend Steinbuchen. Von Pîranşar kehrten wir auf einer alternativen Strecke über eine Bergkette zurück nach Mahabad, ebenfalls vergebens.

Auf meine genaueren Fragen nach den Gründen für die fehlende Vegetation bekam ich nur unklare Antworten. Selbst ältere Menschen konnten sich nicht erinnern, dass es vor 40–50 Jahren wesentlich mehr Wald gegeben habe. Der Grund für sein Verschwinden muss derselbe sein wie in Nordkurdistan. Im 20. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung auch in Kurdistan immer schneller, was zwangsläufig zu mehr Bedarf an Heizmaterial führte. Da die Winter in Kurdistan kalt sind, es in den meisten Gebieten schneit und es kaum Kohle gab, das wenige Erdgas in Ostkurdistan vom iranischen Staat exportiert wurde und der sonst keine anderen Alternativen bot, kam es unausweichlich zum Abholzen ganzer Wälder. Der Staat förderte es sogar und ließ zu, dass sogar bestehende schwache Gesetze gebrochen wurden, d. h. illegal abgeholzt wurde. Bis heute gibt es keine großen Aufforstungsprojekte, die vorhandenen folgen keinem Konzept und langer Planung, sind kleinräumig, und oft werden nicht in diese Ökosysteme gehörende Baumarten (vor allem Nadelbäume) angepflanzt. Es handelt sich um halbtrockene Gebiete ohne das nötige Potential zur Selbstregeneration. Ist der Wald einmal weg, dann für immer. Nur in sehr wenigen Gebieten Kurdistans ist es so, dass sich in einem natürlichen Prozess der Wald wieder erholt.

Später erfuhr ich von FreundInnen, dass es in der Gegend um Merîwan und Serdeşt große Wälder geben soll. Ich fuhr jedoch weiter nach Kermanşah, unterwegs wieder nur vereinzelte kleine Waldflächen. Die Landschaft ist wie um Mahabad, Pîranşar und Sine (Sanandadsch) bergig mit kleinen Ebenen. Weite Ebenen wie um Amed (Diyarbakır), Riha (Urfa) oder Hewlêr (Arbil) gibt es in Ostkurdistan nicht.

In Kermanşah, der größten Stadt Ostkurdistans, wurde mir bewusst, wie schlecht die Luftqualität in den Städten dort ist. In keiner Stadt der Welt habe ich eine so schlechte Luft geatmet wie hier. Einige Tage später in Teheran verschlimmerte sich die Luftqualität noch mal, zeitweise kaum auszuhalten. Ich fühlte mich so schlecht, dass ich die Stadt wieder verlassen wollte.

Die verschmutzte Luft wird natürlich durch die vielen Abgase verursacht. Überall in oder zwischen den Städten sind überproportional viele Autos zu sehen. Das liegt vorrangig an vier Gründen: a) Das Benzin ist mit 33 Eurocent verhältnismäßig günstig; b) die Straßen sind so angelegt, dass jeder Ort problemlos mit dem Auto erreicht werden kann (ich sah z. B. überhaupt keine Fußgängerzonen); c) Falschparken wird nicht bestraft; d) Autos sind verhältnismäßig günstig (der »Paykan« kostet 4 000 US-Dollar). Im Gegenzug ist der öffentliche Nahverkehr in den Städten kaum ausgebaut. Nur in Teheran habe ich für den innerstädtischen Verkehr die neue Metro benutzt, sonst bin ich immer mit Autos von FreundInnen unterwegs gewesen.

Die Regierung hat in Teheran mittlerweile Einschränkungen bewirkt (z. B. dürfen abwechselnd nur PKWs mit geraden oder ungeraden Kennzeichennummern in das Stadtzentrum) und die Metro wird ausgebaut. Doch diese Beschränkungen helfen, wenn überhaupt, nur kurzfristig, ändern aber nichts an der Grundtendenz. In den anderen Großstädten nimmt der Verkehrshorror immer dramatischere Ausmaße an.

Die Berge von Luristan Foto: E. Ayboğa

Weiter geht es von Kermanşah nach Xorramabad, der Hauptstadt Luristans, einer im Süden an Kermanşah anschließenden Provinz – endlich sehe ich unterwegs große Wälder. Sie sehen aus wie die in Dêrsim (Tunceli), dieselbe Baumart hauptsächlich, wunderschön. Ich hatte bereits gelesen, dass sich Klima und Vegetation von Dersîm und Sêwas (Sivas) bis nach Luristan ähneln sollten. Und richtig, mensch könnte irgendwo in der Landschaft Luristans stehen und sich in einem der Wälder Nordkurdistans wähnen. Nach der Bewunderung will ich nach der Ursache für die Existenz der Wälder forschen, erfahre, dass Luristan dünn besiedelt ist und 25 % der 3 Mio. BewohnerInnen in Xorramabad leben. Ob das alles ist? Mehr Niederschlag als woanders ist hier auch nicht zu verzeichnen. Es lässt sich nicht letztendlich klären; mir bleibt nur, mich über die großen Wälder Luristans zu freuen. ♦

Notizen von einer Reise mit Stationen in Amed, Şirnex, Elkê, Kato-Gebirge, Colemêrg und Wan vom 15. bis 23. September

Im Guerillagebiet

Nick Brauns, freier Journalist

In den kurdischen Landesteilen der Türkei finden seit dem Sommer die schwersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der türkischen Armee und Polizei seit den 90er Jahren statt. Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Brigitte Kiechle aus Karlsruhe und der Journalistin Gül Güzel aus Stuttgart informierte ich mich auf einer Reise durch Nordkurdistan vom 15. bis 23. September vor Ort über die aktuelle Situation.

Seit Juli ist die PKK dazu übergegangen, neben Hit-and-Run-Attacken auf Armee und Polizei auch Gebietskontrolle auszuüben. Nach eigenen Angaben kontrolliert die Guerilla ein 400 km² großes Gebiet um die Kleinstädte Şemzînan (Şemdinli), Çelê (Çukurca) und Elkê (Beytüşşebap) in den Provinzen Colemêrg (Hakkari) und Şirnex (Şırnak) im türkisch-irakisch-iranischen Grenzgebiet. Nach unseren Recherchen vor Ort handelt es sich bei dieser Kontrolle nicht um die Schaffung befreiter Gebiete, da sich weiterhin zehntausende Soldaten in der Region befinden und auch die Städte selbst weiter unter sichtbarer Kontrolle der Sicherheitskräfte stehen. Vielmehr meint PKK-Kontrolle, dass sich hunderte Guerillakämpfer im gebirgigen und – bis auf einige Hirten und Bauern – weitgehend unbewohnten Gebiet rund um diese Städte befinden und von dort bislang nicht vertrieben werden konnten. Aus diesem Rückzugsgebiet erfolgen regelmäßig Angriffe auf Armee- und Polizeiposten, so dass sich die Sicherheitskräfte außerhalb der Städte nicht mehr frei bewegen können. Mehrere Armeestützpunkte innerhalb der von der Guerilla kontrollierten Gebiete können nach PKK-Angaben nur aus der Luft versorgt werden. Insbesondere um Şemzînan kommt es täglich zu schweren Gefechten selbst nahe dem Stadtgebiet. Bislang ist es der Armee nicht gelungen, die Region zurückzuerobern. Ziel der Guerillakontrolle ist offenbar weniger die angesichts einer halben Million in den kurdischen Gebieten stationierten Soldaten illusionäre militärische Befreiung des Landes. Vielmehr soll gleichzeitig mit einer Steigerung der Angriffe und Anschläge in anderen Landesteilen eine Erhöhung des Drucks auf den Staat ausgeübt werden, um zu Friedensverhandlungen zu kommen bzw. den abgebrochenen Oslo-Prozess (also die bis 2011 geführten Verhandlungen zwischen dem Geheimdienst und der PKK in Oslo bzw. mit Abdullah Öcalan auf Imralı) wieder aufzunehmen. Gleichzeitig soll durch die »revolutionären Operationen«, wie die Gebietsübernahme von der PKK genannt wird, der Druck durch die Sicherheitskräfte von der Bevölkerung genommen werden. Die sich als »Volksverteidigungskräfte« bezeichnende Guerilla beantwortet Angriffe der Sicherheitskräfte auf die Zivilbevölkerung sowie Verhaftungen von Politikern der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) mit Angriffen auf den Staat. So folgte auf die Verhaftung von rund 30 Zivilisten in Çewlik (Bingöl) am 17. September in dieser Provinz ein Anschlag auf einen Polizeibus mit acht Toten.

Die Sicherheitskräfte haben seit Beginn der »revolutionären Operation« inzwischen einen Großteil ihrer langjährigen Checkpoints in der Region, an denen die Zivilbevölkerung kontrolliert und oftmals misshandelt wurde, aufgegeben oder vorbeifahrende Autos werden einfach durchgewunken. Wie BDP-Politiker bestätigen, herrscht bei den Sicherheitskräften große Verunsicherung aufgrund der zahlreichen Angriffe. Im Stadtzentrum von Şirnex (außerhalb der von der PKK kontrollierten Gebiete) wurde im August die Polizeiwache von der Guerilla angegriffen. Seitdem ist die sichtbare Polizeipräsenz in der Stadt vor allem abends deutlich zurückgegangen, selbst die Panzerwagen werden in die Kasernen gefahren. BDP-Demonstrationen werden hier aber weiterhin von der Polizei angegriffen.

Dagegen finden regelmäßig Guerillakontrollen vorbeifahrender Autos statt, bei denen die Bevölkerung über die aktuelle Situation aufgeklärt wird. Kollaborateure (Dorfschützer, AKP-Politiker, am Bau von Kasernen beteiligte Arbeiter und Unternehmer) werden dabei von der Guerilla festgenommen, aber in der Regel nach einem kurzen Verhör und der Zusicherung, nicht mehr für den Staat zu arbeiten, wieder freigelassen. Die PKK droht aber mit der »Verhaftung« von AKP-Politikern, wenn BDP-Abgeordneten die Immunität entzogen würde. Bei



Auf der Hochalm Foto: N. Brauns

den Guerillakontrollen werden Fahrzeuge, die Baumaterial für Kasernen oder Staudämme transportieren, angezündet.

In der BDP-regierten 5 200-Einwohner-Stadt Elkê (Provinz Şirnex) marschierten Anfang September Dutzende Guerillas offen in das Stadtzentrum ein und blieben drei Tage in der Stadt, während andere Guerillaeinheiten gleichzeitig die zahlreichen Militärstützpunkte rund um die Kleinstadt überrannten und unter ihre Kontrolle brachten. Während dieser Zeit trauten sich Armee und Polizei nicht mehr aus ihren Kasernen in der Stadt. Mittlerweile ist die Stadt wieder völlig unter Kontrolle von Polizei und Militär, auch an den Stützpunkten an den Berghängen rund um die Stadt sind wieder türkische Fahnen aufgezogen. Innerhalb weniger Minuten wurden wir zweimal von der mit Panzerwagen ständig die Straßen entlangfahrenden Polizei kontrolliert. Nach acht Uhr abends traut sich die Bevölkerung aus Angst vor Gefechten nicht mehr auf die Straße. Allerdings gibt kaum jemand der Guerilla die Schuld an dieser Situation, sondern dem Staat. Das gebirgige Umland von Elkê ist weiterhin unter Kontrolle der Guerilla, die in diesem Gebiet schätzungsweise 400 Kämpfer hat. Versuche der Armee, Teile des Umlandes zurückzuerobern, wurden bislang zurückgeschlagen. Auch eine von der Guerilla gesprengte Brücke bzw. die inzwischen erbaute Behelfsbrücke auf dem Weg nach Elkê würde nachts von der PKK kontrolliert, berichtet der Bürgermeister Yusuf Temel. Fast jede Nacht kommt es zudem zu Guerillaangriffen auf die Militärstützpunkte rund um die Stadt, wie wir beobachten konnten. Auch während unseres Aufenthaltes in der Stadt Colemêrg, die außerhalb des von der Guerilla kontrollierten Gebietes liegt, fand nachts ein stundenlanges Gefecht statt, als die Guerilla einen Polizeikontrollposten beschoss und daraufhin Kobra-Kampfhubschrauber die Berge bombardierten. Die Schüsse waren in der ganzen Stadt zu hören und die Geschossbahnen am nächtlichen Himmel zu sehen.

Wenige Autominuten außerhalb von Elkê sind auf der Hochweide die auf Felsen gemalten Guerillafahnen zu erkennen. Auf einer Hochweide treffen wir mehrere Guerillakämpfer, die regelmäßig zu den Hirten kommen, um Tee zu trinken und über die aktuellen Ereignisse zu sprechen. Die Guerilla hat hier genug Vorräte für drei Jahre, versichert ein Kämpfer. Ihre Lebensmittel, die sie von der Bevölkerung bezieht, bezahlt die Guerilla mit Geld. Von November bis April (wenn die Region durch hohen Schnee weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten ist) werden die PKK-Kämpfer sich hier in Winterlager zurückziehen und diese Zeit für intensive Schulungen nutzen. Jeder Guerillakämpfer liest in der Zeit außer den gemeinsam diskutierten Öcalan-Werken rund 40 selbst gewählte Bücher. Zwischen der Guerilla und den Hirten und Bauern in den Bergen herrscht ein herzliches Verhältnis, wie wir beobachten konnten. Da viele Familien Söhne oder Töchter »in den Bergen« haben, wird die Guerilla aus der Bevölkerung nicht nur moralisch unterstützt, sondern auch mit Lebensmitteln, Zigaretten etc. beliefert. Die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Guerilla zeigt sich auch bei Begräbnissen gefallener Guerillakämpfer, an denen sich jeweils zehntausende Menschen beteiligen.

Anfang September kam es auf einer Hochweide am Kato-Berg zu einem dreitägigen Gefecht zwischen Dutzenden Guerillakämpfern und der Armee, die Bodentruppen und Kampfhubschrauber einsetzte. Während dieses Gefechtes fielen 33 Soldaten. Ein Dutzend dieser Soldaten wurde durch friendly fire der Kobra-Hubschrauber getötet, wie an dem Gefecht beteiligte Guerillas versichern. Wir sahen noch blutverschmierte Uniformstücke, einen Helm, Munitionsreste und Sanitätsmaterial der Soldaten. Am 4. September warfen die Kampfhubschrauber Bomben mit einer chemischen Substanz – vermutlich Napalm – ab, durch die sieben Guerillas getötet wurden. Guerillakämpfer sowie die an der Bergung der Leichen beteiligten Hirten und der Bürgermeister von Elkê, Yusuf Temel, berichten von völlig verbrannten Körpern, deren innere Organe geplatzt waren. An anderen Orten kamen in den letzten Jahren offenbar außer Napalm auch Nervengifte zum Einsatz. Guerillakämpfer berichten von chemischen Kampfstoffen, die

wehrlos machen, so dass die Armee die Guerillas lebend gefangen nehmen und anschließend exekutieren konnte.

Repression gegen zivile Aktivitäten

Zwar zeigten sich BDP-Funktionäre und PKK-Kämpfer gleichermaßen zuversichtlich, dass auf die »revolutionären Aktionen« der Guerilla ein Volksaufstand folgen werde. Doch entspricht der massiven Zunahme von Guerillaaktionen ein der staatlichen Repression geschuldeter Rückgang der Beteiligung an zivilen Aktivitäten wie Demonstrationen. Da alle legalen Aktivitäten sofort unter staatliche Repression geraten und selbst die Teilnahme an einer Demonstration zu einer langjährigen Haft führen kann, entschließen sich insbesondere Jugendliche lieber gleich in die Berge zu gehen, um nicht wehrlos den Kopf hinzuhalten. Durch Massenverhaftungen wird zudem der Kontakt der BDP zur Bevölkerung eingeschränkt. Für alle Verhafteten rücken zwar neue Leute nach, doch befinden sich die erfahrensten Kräfte im Gefängnis. So haben nahezu alle unsere Gesprächspartner von der BDP, dem Menschenrechtsverein IHD und der prokurdischen Presse zahlreiche Festnahmen, längere Gefängnisaufenthalte und schwere Folter erfahren. Ebenso haben fast alle von ihnen weiterhin laufende Verfahren mit der Drohung langjähriger Haftstrafen.

Seit dem Erfolg der BDP-Vorgängerpartei DTP bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 setzte eine bis heute andauernde Massenfestnahme- und Verhaftungswelle gegen Aktive der kurdischen Zivilgesellschaft ein. Betroffen sind gewählte Mandatsträger (über 30 von der BDP gestellte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zahlreiche Stadträte, sechs Parlamentsabgeordnete), Mitglieder der BDP-geführten Stadtverwaltungen, Parteivorstände, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Anwälte und Gewerkschafter. Die Verhaftungen wurden mittlerweile auch auf türkische Linke, Gewerkschafter und Intellektuelle ausgeweitet, die unter anderem beim Aufbau einer türkeiweiten Dachpartei aller Unterdrückten (Demokratischer Kongress der Völker HDK) mit der BDP zusammenarbeiten. Die Anklage nach dem Antiterrorgesetz besteht in der Regel aus dem Vorwurf der Mitgliedschaft oder Rädelsführerschaft in der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), eines aus der PKK entstandenen Dachverbandes. Im Falle einer Verurteilung drohen zwischen 8½ Jahren (Mitgliedschaft) und 26 Jahren (Rädelsführerschaft). Die Anklage beruht meist auf wilden Konstrukten aus abgehörten Telefonen und geheimen Zeugenaussagen. Gewalttaten werden keinem der Angeklagten vorgeworfen. Ein weiterer Vorwurf nach dem Antiterrorgesetz ist »Propaganda für eine verbotene Organisation, ohne deren Mitglied zu sein«, worauf 7½ Jahre Haft stehen. Als solche »Propaganda« werden beispielsweise Zeitungsartikel, die Teilnahme an Pressekonferenzen, Demonstrationen oder Guerillabegräbnissen gewertet. Durch das kürzlich verabschiedete 3. Justizreformpaket kamen einige wenige der z. T. seit Jahren in Untersuchungs- oder Strafhaft sitzenden Gefangenen frei. Betroffen sind vor allem Propagandadelikte, wobei es in der Entscheidungsfreiheit der Gerichte liegt, hier Haftstrafen zu verkürzen. So ist Vedat Kursun, der zu 166 Jahren verurteilte ehemalige Chefredakteur der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat kürzlich freigekommen. Bei Fortsetzung seiner journalistischen Tätigkeit droht ihm nach eigener Aussage erneute Festnahme. Einige wenige Gefangene sind in den letzten Monaten aus der Untersuchungshaft freigekommen, ihre Verfahren laufen weiter und ihnen droht jederzeitige erneute Inhaftierung. Betroffen sind von unseren Gesprächspartnern beispielsweise der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD von Colemêrg, Ismail Akbulut, dem u. a. seine Kontakte zu ausländischen Journalisten und deutschen Parlamentariern vorgeworfen werden, sowie die Journalistin Hamdiye Ciftci aus Colemêrg. Während unseres Aufenthalts beim Bürgermeister von Elkê, Yusuf Temel, überbrachte ihm die Polizei eine Vorladung zur Sonderstaatsanwaltschaft in Amed (Diyarbakır). Diese ermittelt gegen ihn wegen »Propaganda für eine verbotene Organisation, ohne deren Mitglied zu sein«. Innerhalb von drei Tagen muss Temel dieser Vorladung in die mehr als eine Tagesreise entfernte Stadt antreten. Untersuchungshaft und die Verurteilung zu einer langjährigen Haftstrafe drohen.

Wie die nach 23-monatiger U-Haft kürzlich freigekommene Journalistin Hamdiye Çiftçi aus Colemêrg schildert, kommt die Untersuchungshaft bereits Folter gleich. Die Zellen sind zum Teil dreifach überbelegt. In ihrer auf 12 Personen angelegten Zelle im Gefängnis von Bedlîs (Bitlis) waren 18 Personen gefangen, darunter auch zwei zwei- und dreijährige Babys, deren Mütter in Haft sind sowie eine 70-Jährige. Ein Teil der Gefangenen muss auf dem Boden schlafen und im Stehen essen. Trotz dieser Zustände organisieren die Gefangenen jeden Tag ein Schulungsprogramm. In mehreren Gefängnissen kam es aufgrund der Überfüllung in diesem Jahr bereits zu Aufständen und Bränden, bei denen Gefangene verletzt oder getötet wurden.

Als besondere Folter dienen die Gefangenentransporte der politischen Gefangenen zu den Prozessterminen. Die Gefangenen werden dazu gefesselt in enge Zellen in Gefangenentransporter zusammengepfercht. Der Wagen ist völlig unterkühlt und wird darum und wegen der Enge der Zellen von den Gefangenen als Kühlschrank bezeichnet. Auf der 5- – 6-stündigen Fahrt erhalten die Gefangenen weder Essen noch Trinken, noch dürfen sie Toiletten aufsuchen. Viele Gefangene übergeben sich und werden dann in den verdreckten Kleidern vor Gericht vorgeführt. Dort müssen auch die angeklagten Frauen in Begleitung männlicher Soldaten und mit Handschellen auf



»Sicherheitskräfte« greifen Demonstration an. Foto: N. Brauns

die Toilette gehen. Sexistische Beleidigungen durch die für die Bewachung zuständige Militärpolizei sind an der Tagesordnung.

In den kurdischen Landesteilen der Türkei werden nahezu alle Demonstrationen kurdischer zivilgesellschaftlicher Kräfte von der Polizei angegriffen und mit exzessiver Gewalt auch gegen Kinder und alte Menschen aufgelöst. Dabei ist es egal, ob die Veranstalter die BDP, Gewerkschaften oder Frauenverbände sind. Auch das Thema der Demonstrationen ist für den Polizeieinsatz unerheblich. Durch den massiven Einsatz von Reizgas sind in diesem Jahr bereits mehrere Demonstranten und Passanten getötet worden, z. T. auch, als sie von den Gasgranaten getroffen wurden.

In Şirnex wurden wir am Montag 17. September Zeugen, wie die Polizei eine aus ca. 200 Teilnehmern bestehende Demonstration der BDP für muttersprachlichen (kurdischen) Schulunterricht massiv mit einem Wasserwerfer und Gasgranaten auflöste. Entgegen anderslautenden Meldungen in der deutschen Presse gibt es weiterhin keinen muttersprachlichen Schulunterricht, lediglich freiwilliger kurdischsprachiger Ergänzungsunterricht ab der Mittelstufe ist ab diesem Schuljahr eingeführt worden. Ohne Rücksicht auf die Kinder – Dutzende Grundschüler standen in den vorderen Reihen der Demonstration – wurden die Gasgranaten mit einem zu Erstickungszuständen führenden Reizgas abgeschossen und der Wasserwerferstrahl auch auf die Kinder gerichtet. Es gab zahlreiche Verletzte. Der Einsatz dieses Reizgases muss als vorverlegte Form der Folter gewertet werden. Ich und eine weitere Journalistin wurden dabei vorübergehend festgenommen. Die Polizei löschte Aufnahmen des Polizeieinsatzes von unserer Kamera. Die Polizisten begründeten den Polizeieinsatz uns gegenüber damit, dass die Demo nicht erlaubt wäre und Kinder dafür bezahlt würden, Steine zu werfen. In Şirnex, wo die BDP den Bürgermeister stellt, werden von Seiten des staatlichen Gouverneurs aber generell keine Demonstrationen der BDP erlaubt.

Am Freitag, dem 21. September, wurden wir in Wan Zeuge, wie die Polizei eine Demonstration von mehreren hundert Lehrern der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen gegen eine neoliberal-islamische Bildungsreform und für mehr Lehrerwohnungen mit der Drohung unmittelbarer Gewalt daran hinderte, vor den Gouverneurssitz zu ziehen. Die Polizei begleitete die Lehrerdemonstration von Anfang an mit Robocops, die Sturmgewehre trugen. Dass es nicht zum Wasserwerfer- und Gaseinsatz kam, war wohl der Besonnenheit der Gewerkschafter einerseits, aber auch der Anwesenheit von Politikern der kemalistischen Oppositionspartei CHP andererseits zu verdanken. Am gleichen Tag wurde in Silopi eine Frauendemonstration gegen Vergewaltigungen mit äußerster Polizeigewalt aufgelöst, es gab zahlreiche Verletzte.

Friedenswunsch

Alle Gesprächspartner – von BDP-Vorständen über Bürgermeister und Guerillakämpfer bis hin zu einfachen Soldaten an Kontrollposten – drückten ihren Wunsch nach einem Ende des Krieges aus. Alle Gesprächspartner auf kurdischer Seite machten deutlich, dass sie das Blutvergießen ablehnten, aber nach der Zurückweisung aller Friedensinitiativen von kurdischer Seite durch die AKP-Regierung nun eine Lösung erzwungen werden müsse. Sowohl von der BDP als auch der PKK wird die Aufnahme eines Dialogs zwischen der Regierung und dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Repräsentant der kurdischen Seite befürwortet. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang die große Sorge vieler Menschen über den Gesundheitszustand des seit Juli letzten Jahres von jedem Kontakt mit seinen Anwälten abgeschnittenen Abdullah Öcalan deutlich. Das erklärte Ziel der kurdischen Seite ist es, innerhalb der türkischen Staatsgrenzen durch eine demokratische Autonomie mit dem türkischen Volk auf gleicher Augenhöhe leben zu können. ♦

Gerichtsverfahren gegen 44 Journalisten und Verlagsmitarbeiter in Istanbul

Hoher Preis für journalistische Arbeit

Joachim Legatis, dju in verdi

Freie Meinungsäußerung ist Grundlage journalistischer Arbeit – und wird in der Türkei mit Füßen getreten. 44 Journalistinnen und Journalisten sowie Mitarbeiter von Verlagen stehen in Istanbul vor Gericht. Zu den ersten drei Verhandlungstagen bin ich mit einer Gruppe deutscher Prozessbeobachter[1] gefahren, als Vertreter der JournalistInnen-Gewerkschaft dju in verdi. Die Gewerkschaft hat vor Monaten eine Patenschaft für den inhaftierten Kollegen Ömer Çelik übernommen, das ist Teil der Aktion für Pressefreiheit der Europäischen Journalisten-Föderation EJF. »Reporter ohne Grenzen« war ebenfalls vor Ort. Die EJF hat übrigens zum Prozess gegen Journalisten von Oda TV in derselben Woche Prozessbeobachter geschickt.

(Joachim Legatis ist Mitglied des Bundesvorstands dju in verdi und Sprecher des Landesvorstands Hessen dju in verdi.)

Montag, 10. September: Erster Gerichtstag

Das öffentliche Interesse an dem größten Gerichtsverfahren gegen Journalisten in Europa ist relativ gering, auch wenn sich am ersten Verhandlungstag eine gut 300-köpfige Menge auf den Stufen des Gerichtspalastes tummelte. Mehrere dutzend Angehörige mit Fotos ihrer angeklagten Söhne und Geschwister standen da, Journalisten-Kollegen wie Ahmet Şık kamen vorbei und mehrere Parlamentsabgeordnete der kurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP waren da. Immerhin interessierten sich die Nachrichtenagentur AFP und der Deutschlandfunk sowie kleinere türkische Medien für das Verfahren. Es fehlten Vertreter großer Medien aus Europa und der Türkei, für die »bürgerliche« Presse scheint das kein Thema zu sein. Durch drei Sicherheitsschleusen, betreut von einem privaten Sicherheitsdienst, ging es in den überfüllten Gerichtssaal. Der vorsitzende Richter brauchte dann eine Unterbrechung von einer Stunde, um die Sitzordnung für 44 Angeklagte und fast 100 Rechtsanwälte zu klären. Immerhin verzichtete der Ankläger darauf, die 800-Seiten-Anklageschrift zu verlesen. Darin werden zwölf Angeklagte der Führerschaft und 32 der Mitgliedschaft in einer Gruppe der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK bezichtigt, die KCK gilt dem Ankläger als terroristische Organisation. Wir saßen hinten und hatten eine Dolmetscherin türkisch-englisch. Erste Statements der Verteidiger, die zum Teil aus Solidarität gekommen waren und im Namen aller Angeklagten auftraten. Sie wiesen das Sondergericht zurück, bezeichneten den Prozess als Versuch, die kurdische Presse zu treffen, und verwiesen auf die Meinungsfreiheit. Die Anklage baue stark auf anonymen Zeugen auf, die von den Anwälten nicht vernommen werden können und deren Aussagen stark zweifelhaft seien.

Nachmittags waren Norman Paech und ich für eine ¾ Stunde bei imc TV, einem Nachrichtensender, der offener als die Mainstream-Medien ist. Im Anschluss ging es zu Özgür Gündem, einer kurdischen Tageszeitung mit 25 000 Exemplaren Auflage. Dort machen acht Redakteure täglich 16 Seiten. Die Internetseite hat 80 000 Aufrufe. Die Redaktion übernimmt viel von kurdischen Agenturen wie DIHA, für die auch Ömer Çelik gearbeitet hat. Beim laufenden Prozess sind fünf Redakteure von Özgür Gündem angeklagt. Die geringe Auflage erklärt sich daraus, dass 53 % der Kurden von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben, eine Zeitung dafür von 25 Leuten gelesen wird, hieß es.

Informativ war eine Gesprächsrunde mit Parlamentariern der BDP, Aktiven des Demokratischen Kongresses der Völker HDK und bianet, einer Internet-Plattform, sowie Wissenschaftlern. Ziel des HDK ist, bei den Kommunalwahlen 2014 im Parlament vertreten zu sein, mit dabei sind die kurdische BDP, unabhängige Linke, Gruppen für Armenier, Alewiten, Gender-Gruppen. Der laufende Prozess zeige, dass die Berichte der Journalisten als Waffe gegen sie verwendet werden. Er sei ein Skandal, aber tägliche Praxis in der Türkei. Ein Grund

hierfür sei, dass die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP 4 % an Unterstützung in der Bevölkerung verloren habe. Krieg sei die einzige Möglichkeit, die Kontrolle über das kurdische Gebiet zu behalten. Auch in Bezug auf Themen wie Abtreibung und das Recht auf Arbeit sei die AKP sehr repressiv. Das Schulsystem wurde verändert, inzwischen werden nur acht Jahre Schule als ausreichend angesehen. Die AKP baue eine Taliban-Diktatur in der Türkei auf. Daran könne nur der Druck von anderen Regierungen etwas ändern.

Es hieß, dass es seit kurzem in Amed (Diyarbakır) eine Dialoggruppe von Unternehmern, Anwälten und Menschenrechtlern gebe, die Hoffnung auf eine demokratische Lösung der Lage in den kurdischen Regionen mache. Die Erziehungs-Gewerkschaft unterstütze die kurdische Forderung nach dem Recht, die Muttersprache zu benutzen. Zwei Teilnehmer begrüßten die Unterstützung durch die Beobachtergruppe, »wir brauchen Eure Unterstützung und den Einfluss der deutschen und europäischen Regierungen, um in der kurdischen Frage voranzukommen«. Wenn Informationen in Deutschland verbreitet werden, werde es einfacher für Oppositionelle in der Türkei. Auf die BDP werde großer Druck ausgeübt mit der Drohung, die Aktiven ins Gefängnis zu stecken.

Zweiter Tag: Journalistengewerkschaft TGS und Gericht

Am zweiten Tag unseres Aufenthalts trafen wir Ercan Ipekçi, Vorsitzender der Journalisten-Gewerkschaft TGS. Die 1952 gegründete TGS hat 2000 Mitglieder – bei 15 000 angestellten Journalisten und 50 000 inklusive Freien Mitarbeitern in der Türkei. Der Prozess gegen 44 Journalisten sei der größte nach Zahl der Angeklagten. In der Vorwoche gab es einen gegen angebliche Unterstützer von Ergenekon (Anklage wegen Verschwörung gegen den Staat durch Geheimdienstler und Armeeangehörige). In der aktuellen Woche ab 10. September sei erst der Prozess wegen KCK, am Freitag gegen Mitarbeiter von ODA TV. Die Verfahren werden von vielen Medien ignoriert. Die Journalisten dort hätten Angst um den Arbeitsplatz, Chefredakteure und Verleger machten Druck. Inzwischen gebe es eine »Schere im Kopf«, die Machthaber brauchen nicht mehr offen zu intervenieren. Der politische Druck auf Medienunternehmer sei sehr groß. So habe die Doğan-Gruppe eine Milliarden-Steuerschuld zahlen müssen. Dadurch habe sie sich von regierungskritischer Berichterstattung abgewandt. Problem: Medienunternehmen sind Teil großer Unternehmensgruppen und brauchen für ihre wirtschaftliche Tätigkeit die Unterstützung der Regierung.

Die AKP sei seit 2002 dabei, systematisch die Meinungsfreiheit im eigenen Sinne durchzusetzen. Sämtliche staatlichen Strukturen wurden umgebaut, um Konkurrenz auszuschalten. Die Verfahren wegen Ergenekon wurden einst z. T. mit Unterstützung von linken und kurdischen Gruppen aufgenommen. Diese Kooperation sei heute nicht mehr nötig. Durchgehend wurde gegen Kurden (der Opposition) vorgegangen. Gewerkschaftsarbeit sei kaum möglich. Vor den Parlamentswahlen gab es Hoffnung auf Besserung, aber inzwischen hat die AKP die Macht konsolidiert. Eine Verhaftungswelle wurde von oben vorgegeben, um Bürgermeister, Politiker, Journalisten und andere zu inhaftieren, das werde vom Innenminister so bestätigt.

Journalisten zahlen einen hohen Preis für freie Meinungsäußerung, werden geschlagen und inhaftiert. »Für jeden Menschen gibt es eine Terror-Organisation, die für ihn passt.« Allein über 800 Studenten, Wissenschaftler und Gewerkschafter sind in Haft. Die Regierung will die kurdische Frage im religiösen Sinne lösen. Früher waren bestimmte Themen gefährlich, aber heute sind alle Themen eine mögliche Grundlage für eine Inhaftierung. So wurden Journalisten in Haft genommen, weil sie die Umstrukturierung des Landes kritisch begleitet haben.

Die insgesamt 100 angeklagten Journalisten werden wegen Propaganda und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt, dabei gehe es der AKP um die Unterdrückung der kurdischen und linken Presse. Einziger Hebel sei der Terror-Vorwurf, um Kritiker an den Rand zu drängen. Sinnvoll sei es, auf die Republikanische Volkspartei CHP (Sozialdemokraten) Druck auszuüben, mit der BDP zusammenzuarbeiten. Die Delegation aus Deutschland hat Einfluss, so Ipekçis Einschätzung. Die Prozessteilnahme sei für die Angeklagten eine große moralische Unterstützung. Er warb für die Kampagne der Europäischen Journalisten-Föderation »adopt a journalist«. Das könne die öffentliche Meinung beeinflussen. Zielrichtung im Land sei eine Diktatur mit einer Freiheit nach Lesart des sunnitischen Islam. Nach dem Militärputsch von 1980 gab es offene Überwachung, heute eher indirekte. Laut Ministerium werden täglich die Telefonate von 70 000 Menschen abgehört.

Der Verleger und Menschenrechtler Ragıp Zarakolu ergänzte: Es gibt auch Bewährungsstrafen gegen Journalisten, ein wirksames Mittel zur Einschüchterung. Wenn sie eine weitere Bestrafung erhalten, müssen sie auch die alte Strafe absitzen. Das führt zur Selbstzensur. Er war 1971 in Haft, wurde gefoltert. Heute herrschen bessere Haftbedingungen vor, aber »sie nehmen die Freiheit, das ist psychische Folter«. Tausende Menschen werden in Haft gesteckt wegen ihrer Überzeugungen.

Nach dem Gespräch nahmen wir am zweiten Prozesstag teil. Die Verteidiger wiesen Beweismittel zurück: Hausdurchsuchungen waren z. T. illegal, anonyme Zeugen könnten nicht befragt werden, dadurch werden Rechte der unabhängigen Justiz beeinträchtigt. Aussagen von anonymen Zeugen lesen

sich teilweise wie Fantasy-Geschichten und seien teilweise in Behördensprache verfasst, es sei unwahrscheinlich, dass ein kurdischer Journalist so spricht. Bei Hausdurchsuchungen wurden keine Waffen gefunden, nur Dinge, die ein Journalist für seine Arbeit braucht. Es handele sich um einen politischen Prozess gegen die kurdischen Medien. Im Prozess müsse es möglich sein, kurdisch zu sprechen. Es handele sich »um eine Justiz mit den Schulterklappen des Militärs«. Eren Keskin plädierte, die Türkei sei ein totalitärer Staat, in dem jeder Bürger zum Ebenbild des Staats werden soll. Demgegenüber gebe es eine kurdische Presse, die eine Alternative zum Kampf »in den Bergen« liefert und dazu auffordert, sich in die Gesellschaft einzubringen. Am Ende applaudierten die Angeklagten und ein Teil der Zuschauer dem Statement der Verteidiger. Der Richter ließ alle aus dem Saal werfen.



Nach Abbruch des Verfahrens am dritten Tag gaben die VerteidigerInnen eine kurze Pressekonferenz, mit dabei auch Abgeordnete der BDP. Foto: Joachim Legatis

Ein Anwalt erläuterte im Anschluss, dass im Hauptprozess des KCK-Verfahrens 210 Intellektuelle und Politiker vor Gericht stehen. Das Verfahren zeige, dass man für wenig angeklagt werden kann. So spreche nur der Richter mit Zeugen der Anklage, die Verteidiger wissen nicht, ob es Privatleute oder Polizisten sind. Das Recht, einen Zeugen zu befragen, werde missachtet. Nur aufgrund einer Aussage können Menschen in Haft kommen.

Abbruch am dritten Prozesstag

Beim dritten Prozesstag hatte der vorsitzende Richter dafür gesorgt, dass Verwandte und andere Besucher nicht in den Saal kamen, weil einige von ihnen am Vortag im Saal applaudiert haben. Nur Presse war zugelassen. Der vorsitzende Richter wies die Anträge der Verteidiger durchweg ab. So seien die Angeklagten alle der türkischen Sprache mächtig, sie brauchten keinen Übersetzer, um der Verhandlung zu folgen. Abgelehnt wurde die Aufzeichnung auf Video. Ein Verteidiger erwiderte, dass das Gericht nicht anerkenne, dass der Prozess gegen die kurdische Presse gerichtet sei. Am selben Tag hätten 10 000 kurdische Gefangene in den Gefängnissen einen Hungerstreik begonnen für das Recht, sich auf Kurdisch zu verteidigen. Es sei ein unfaires Vorgehen, die Öffentlichkeit komplett auszuschließen. An diesem 12. September sei Jahrestag des Militärputschs von 1980 und das Gericht handele wie die Militärgerichte von damals. Er kündigte an, dass die Anwälte den Saal verlassen werden, um dem Gericht Gelegenheit zu geben, die Zurückweisungen zu überdenken. Darauf erhoben sich die Angeklagten und streiften schwarze Bänder über die Münder, zum Zeichen des Redeverbots auf Kurdisch. Der Richter ließ den Saal räumen.

Vor dem Gericht gab es eine Pressekonferenz der Anwälte für Kamerateams und Reporter. Kurz darauf kam die Botschaft durch eine Anwältin, dass am 12. November in einem Ort außerhalb Istanbuls weiter verhandelt werde. Einen Tag später wurde bekannt, dass der Richter zwei Journalisten aus der U-Haft entlassen hat.

Immerhin ergab sich nun die Möglichkeit, mit Mutter und Schwester von Ömer Çelik zu sprechen. Der inhaftierte Kollege ist 27 Jahre alt, ledig und hat ein Journalistik-Studium in Istanbul abgeschlossen. Er wurde zweimal überfallen und misshandelt, weil er Kurde ist, einmal an der Universität. Dabei bekam er 32 Stiche ab, Rippen und Arm waren gebrochen. Der Angreifer wurde nicht ermittelt, trotz Überwachungskameras der Universität. Vor zwei Jahren begann Ömer für die Nachrichtenagentur DIHA zu arbeiten. Er ist Journalist geworden, weil er gesehen hat, dass die türkischen Medien nicht das Leid der kurdischen Menschen und das Leid, das ihm selbst



Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten viele Angehörige der angeklagten JournalistInnen für deren Freilassung.
Foto: Joachim Legatis

widerfuhr, abbilden. Die frühe Kindheit haben die Kinder in Pîran (Lice), einem Bezirk von Amed (Diyarbakır) mit 4000 Einwohnern, verbracht. Vor gut 20 Jahren haben türkische Soldaten den Ort zerstört und niedergebrannt. Die Familie flüchtete damals nach Istanbul, die Kinder sprachen anfangs nur kurdisch und wurden in der Schule von Lehrern und Mitschülern sowie auf der Straße von Passanten beschimpft und gedemütigt. Als Sohn einer armen Familie hat Ömer Çelik mit Mühe das Studium ermöglichen können.

Seine Artikel für DIHA befassten sich unter anderem mit den Folgen eines Erdbebens in der Provinz Wan (Van). Ömer war einen Monat dort und er schrieb über den Tod von Kindern, die in Zelten verbrannt sind. Grund: Der Gouverneur hatte als Nothilfe nur wenige Container und ansonsten Zelte liefern lassen, in denen es in der Winterzeit erbärmlich kalt war. Die Menschen heizten mit Gasbrennern, die hin und wieder die Stoffe in Flammen setzten.

Zu den Haftbedingungen hieß es, dass Inhaftierte geschlagen wurden. Es gebe in Haft schlechtes Essen, vergangene Woche habe Ömer einen Handschuh im Essen gefunden. Es seien keine Briefe nach außen erlaubt. Besucher werden sehr genau durchsucht, die Schuhe fünfmal untersucht. Es gebe nächtliche Razzien in den Zellen, oft bekomme er kaum Schlaf. Ömer versuche zu schreiben, aber wenn die Wärter das mitbekommen, wird es konfisziert. Sie seien zu dritt in einer Zelle, Solidarität sei wichtig in Haft.

Anwalt Izzet Kılıç erläuterte, Ömer habe seinen Job als guter Reporter gemacht, das sei Grund für die Inhaftierung. Es gebe keinen Beweis für ein Verbrechen, das eine Haft rechtfertigen würde. Das Verfahren sei nicht fair und dagegen richte sich der Protest der Verteidiger. Erst im November werde das Verfahren fortgesetzt und solange bleibe Ömer in Haft, obwohl er unschuldig sei. In der Anklageschrift würden Fahrten in europäische Länder als illegale Tat gewertet. Dabei habe Ömer Çelik nicht einmal einen Pass, er kann das Land nicht verlassen. Die Anklage enthalte keine Beweisführung, es werden nur die Artikel Çeliks aufgezählt, darunter stehe dann der Schluss des Anklägers, die Berichte belegten, dass Çelik für eine verbotene Organisation arbeitet. Themen der Berichte waren: das lange Kontaktverbot von PKK-Chef Öcalan mit seinen Anwälten, Verfolgung von Parlamentsabgeordneten, die Affäre um den Fernsehsender Roj TV und der Anschlag auf Ömer selbst, wobei er seine Besorgnis über einen rechtsextremistischen Hintergrund äußerte.

Das Verfahren wird am 12. November fortgeführt. Es wird weiter von der JournalistInnen-Gewerkschaft dju in verdi verfolgt. Die Patenschaft für inhaftierte Kollegen wird in enger Kooperation mit der EJF weiter betrieben. ♦

Weitere Infos:
http://europe.ifj.org/fr/pages/turkey-campaign-set-journalists-free
http://www.dju-hessen.de/
https://dju.verdi.de/internationales/journalistenprozesse

Fußnote:
1 Unsere Delegation umfasste: Prof. Dr. Norman Paech (Jurist, Ex-MdB Die Linke), Jürgen Reents (Chefredakteur Neues Deutschland), Edgar Auth (freier Journalist), Dinah Riese (angehende Journalistin), Murat Çakır (Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen), Willi van Ooyen (MdL Die Linke Hessen), Michael Backhaus und Wolfgang Kanz aus München (Freundeskreis Andrea Wolf).

»Es gibt kein richtiges Leben im falschen«, sagte Theodor W. Adorno und bringt die Situation der KurdInnen in Deutschland auf den Punkt. Viele werden sich fragen, was hat der deutsche Philosoph Theodor W. Adorno mit KurdInnen und Mannheim zu tun? Vieles, behaupten wir … Auch Goethe hätte sich auf diese Art und Weise mit der kurdischen Frage beschäftigt. Denn auf die KurdInnen hört ja niemand, deswegen möchten wir diesmal mit Beispielen aus der deutschen Literatur unsere Perspektive darstellen.

Dialog und Demokratie statt Instrumentalisierung und Kriminalisierung

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., Frankfurt

Mit großem Entsetzen verfolgen wir als Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., wie die deutsche Öffentlichkeit und die Medien die Auseinandersetzung am Rande des 20. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals in Mannheim zum Anlass genommen haben, um über die KurdInnen zu diskutieren und zu berichten.

Noch am 11. September hatten wir mit einer Presseerklärung zu den Vorfällen beim 20. Internationalen Kurdischen Kulturfestival in Mannheim mit der Überschrift »Wie man Legitimation für weitere Repressalien erschafft …« darauf hingewiesen, dass die gesamte Debatte falsch geführt wird. Aber genau so, wie wir es geahnt hatten, verlief die Debatte auch im baden-württembergischen Landtag und es wurden mehr Konsequenzen und Verbote gefordert.

Ohne die kurdischen VertreterInnen wie z. B. den Veranstalter Yek-Kom e. V. zu hören oder zu Wort kommen zu lassen, wurde im Landtag am 26. September 2012 unter der hetzerischen Überschrift »Kurdenkrawalle in Mannheim – Polizei als Freiwild?« diskutiert. Dass verantwortungsbewusste LandespolitikerInnen im Parlament über den Fall diskutieren wollen, ist völlig nachvollziehbar. Aber ohne eine Stellungnahme der KurdInnen sollten diese nicht zum Anlass genommen werden, um Demokratie, Versammlungs- und Demonstrationsrecht einzuschränken. Dafür sollten die politischen EntscheidungsträgerInnen in der Lage sein, sowohl mit der Gesellschaft als auch mit den Betroffenen einen Dialog zu führen, um die Probleme zu beheben.

Aber es ist halt so, wie es ist oder wie man es haben möchte. Die Rechtfertigung des baden-württembergischen Landtagspräsidenten Guido Wolf (CDU), dass der Terminus »Kurdenkrawalle« in den Medien ein gängiger Begriff und bereits in Südwestpresse, Spiegel Online und Südkurier genannt worden sei, ist eine unverantwortliche Herangehensweise an die Problematik.

Genau an diesem Punkt spricht der deutsche Philosoph Theodor W. Adorno mit seinem Wort *»es gibt kein richtiges Leben im falschen«* den KurdInnen aus der Seele. Also wenn man die Betroffenen nicht als Ansprechpartner wahrnehmen will, sollte man von Adorno lernen. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn mit falschen Ansätzen und mit Vorurteilen keine vernünftigen Ergebnisse erzielt werden. Und so ist es auch geschehen.

Es ist bedauerlich, dass auf dem Rücken der KurdInnen Parteipolitik betrieben wird und die zweitgrößte MigrantInnengruppe in Deutschland lediglich instrumentalisiert wird. Die Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann beanstandete die Debattenüberschrift. Diese diskreditiere die gesamte kurdische Volksgruppe, weil sie allen KurdInnen ein hohes Gewaltpotenzial unterstelle. Der Grünen-Politiker Sckerl attackierte die CDU mit den Worten: »Wir befinden uns im Landtag und nicht in den Redaktionsstuben eines Revolverblattes.« So wurde über eine Stunde hin und her diskutiert, ohne ein vernünftiges Resultat zu erzielen.

Die Mannheimer Polizei hingegen setzt auf »anonyme« Zeugenaussagen, die zur Untersuchung der Ausschreitungen herangezogen werden sollen. Weiterhin heißt es in den Medien: »Das Angebot richtet sich an Zeugen, die Angst haben, bedroht zu werden.« Meinen wir nicht alle, dass es hier ein wenig komisch wird? Wie will man ausschließen, dass »anonyme« Zeugen keine falschen, erfundenen oder »vorbestellten« Aussagen abgeben? Die 18-köpfige Ermittlungsgruppe, die Filmaufnahmen vom Krawall auswertet, ist unseres Erachtens ebenfalls problematisch und nicht akzeptabel. Da gerade die Polizei einen Teil der Gewalteskalation darstellte, kann es nicht zu einer unparteiischen Auswertung kommen. Es ist schwer einschätzbar, wohin all diese Debatten, Zeugenaussagen und polizeilichen Ermittlungen führen werden. In solchen Fällen sollte die Politik eingreifen und eine unparteiische Ermittlungsgruppe von PolitikerInnen, NGO-VertreterInnen, Aka-

demikerInnen und kurdischen VertreterInnen zusammenrufen, um eine vertretbare Lösung und Aufklärung des Vorfalls zu finden.

Das Ganze sollte weder egalisiert noch als Negativbild in die Geschichte der öffentlichen Meinungsbildung eingehen. So wie Goethe damals in seinem Drama Faust I die Ignoranz beschrieb: *»Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, Wenn hinten, weit, in der Türkei, Die Völker aufeinander schlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus, Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; Dann kehrt man abends froh nach Haus, Und segnet Fried und Friedenszeiten.«* Die KurdInnen, die hier in Deutschland leben, sind dieselben, die vor Krieg und Unterdrückung geflohen sind. Während die türkische Gesellschaft wegschaute, wurde auf die KurdInnen eingeschlagen, ihre Dörfer wurden niedergebrannt und mit deutschen Waffen wurde Staatsterror betrieben. Diese Menschen sind Opfer eines schmutzigen Krieges. Daher sollten doch Zehntausende von KurdInnen etwas sagen dürfen, oder ist das auch illegal?

Man sollte diesen Menschen zuhören, anstatt mit demütigender Gewaltrhetorik zu diskutieren. Warum reist eigentlich ein Kurde, eine Kurdin aus Italien, Frankreich, der Schweiz, Österreich nach Deutschland, um an einem Festival mit politischen Inhalten teilzunehmen? Sie wollen uns doch allen etwas vermitteln, und zwar, dass in ihrer Heimat undemokratische, unmenschliche Verhältnisse immer noch an der Tagesordnung sind. So wie der anhaltende Staatsterror des AKP-Regimes, mit dem die Bundesregierung eine strategische Partnerschaft unterhält und dessen Repression sie mit unterstützt. Die Verbots- und Kriminalisierungspolitik gegen KurdInnen beruht auf dieser strategischen Partnerschaft zwischen Bundes- und türkischer Regierung. Also dürfen wir nicht so tun, als bestände das ganze Problem lediglich aus den KurdInnen.

So bedankte sich Innenminister Reinhold Gall auch noch bei der türkischen Gemeinschaft in Mannheim und der Integrationsministerin Bilkay Öney für ihr vorbildliches Verhalten. Damit wird die Doppelmoral in der deutsch-türkischen Partnerschaft nicht nur im Krieg in Kurdistan, sondern auch in Deutschland bewusst demonstriert.

Statt Konsequenzen zu fordern und zu drohen, sollte die Politik mit Vernunft an die Sache herantreten und fragen: »Inwieweit dürfen unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei unseren Umgang mit KurdInnen beeinflussen?« Diese Frage führt zwangsläufig zu der nächsten: »Wozu dient die Verbotspolitik gegenüber der PKK?«

Die KurdInnen sind hier in der Bundesrepublik Deutschland MitbürgerInnen und wollen ein vorurteilsfreies Zusammenleben. Aus der Presseerklärung von Yek-Kom e. V. vom 8. Oktober sind die Forderungen der KurdInnen nach Dialog und Anerkennung ersichtlich. Diese Bemühungen sollten Gehör finden, wie im Falle der Stadt Mannheim und ihres Oberbürgermeisters Dr. Kurz geschehen. Diese Zusammenkunft aller Beteiligten sollte als Beispiel genommen werden, um mit kurdischen Organisationen sowohl auf Lokal- und Landes- als auch auf Bundesebene in Verbindung zu treten, um Probleme zu beheben und ein friedliches und vorurteilsfreies Zusammenleben zu fördern.

Ein kurdisches Sprichwort lautet: »Kî bixwaze bireqse, nabêje erd xwar e!« (dt: Wer tanzen will, wird nicht sagen, dass der Boden uneben ist!) Das heißt, wenn die PolitikerInnen im Landtag mehr Verbote fordern, ignorieren sie die Diskriminierung und die Einschränkungen der demokratischen Rechte der KurdInnen. Damit meinen wir, dass solche Debatten zu keinem vernünftigen Ergebnis führen und keinesfalls das Zusammenleben mit den kurdischen MitbürgerInnen fördern. Mit einer verantwortungsbewussten Herangehensweise sollten ihre Vereine, Verbände und Institutionen als Ansprechpartner anerkannt werden.

Wenn es um die Demokratie und den Abbau von Vorurteilen geht, betrifft es alle BürgerInnen. Dasselbe gilt auch für die Verbotspolitik. Die Geschichte ist hier für uns eine große Lehre. Daher appellieren wir an die Gesellschaft in Deutschland, ihre gewählten PolitikerInnen zu überzeugen, dass endlich eine Debatte zur Klärung der Frage, was das antidemokratische PKK-Verbot der deutschen Politik rechtfertigt, fällig ist. Es sind fast 20 Jahre her, dass ein PKK-Verbot verhängt wurde. Seitdem hat sich sowohl auf der Welt als auch bei KurdInnen und in Deutschland vieles verändert. Verblieben sind das Verbot und die Kriminalisierung ihrer Rechte, was zu einem erschwerten Leben der KurdInnen in Deutschland führt.

In der kurdischen Frage ist es an der Zeit, neue Wege und Methoden zu wagen, anstatt mit weiteren Konsequenzen und Verboten zu drohen. Neue Wege führen über Dialog und Anerkennung und nicht über Diskriminierung!

Genau an diesem Punkt möchten wir mitreden und uns einsetzen. Wir wagen es, neue Wege zu gehen. Dafür ist Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V. – bereit, Verantwortung zu übernehmen, um den Dialog auf allen Ebenen und mit allen KurdInnen herzustellen.

Unsere Zielsetzung ist die Förderung von Dialog, Respekt, Toleranz und Völkerverständigung sowie der Abbau von Vorurteilen unter allen Menschen. ♦

Neue Stufe der Repression gegen Kurd_innen in Europa

Das undemokratische Vorgehen gegen Kurd_innen muss ein Ende haben

Monika Morres, 13. Oktober 2012

Die Nachrichten der letzten Tage überschlagen sich:

In Syrien eskaliert der blutige Konflikt, die Türkei rüstet zum Krieg gegen das Nachbarland auf, zwingt ein syrisches Flugzeug zur Landung, provoziert den NATO-Fall und kann zumindest verbal mit Unterstützung rechnen. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen: »Wir haben alle notwendigen Pläne bereitliegen, um die Türkei zu schützen und zu verteidigen.« Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière kriegstreibt mit: »Deutschland steht fest an der Seite der Türkei«, und Außenminister Guido Westerwelle reist am 13. Oktober nach Istanbul, um die türkische Regierung einerseits zur Zurückhaltung zu ermahnen, sie aber andererseits in der Auffassung zu bestätigen, dass sie Transporte von Waffen über ihr Land nach Syrien nicht zulassen müsse. Darüber, was sich tatsächlich in dem Flugzeug aus Moskau befunden hat, wurde nichts verlautbart. Die türkische Regierung hatte behauptet, dass es sich um Waffenmaterial handele.

Die AKP-Regierung hat einen am 3. Oktober erfolgten Granateneinschlag von Syrien auf türkisches Territorium, bei dem fünf Zivilisten ums Leben kamen, zum Anlass genommen, massiv aufzurüsten. In den Folgetagen ist es türkischen Angaben zufolge zu weiteren Einschlägen gekommen. Wer allerdings die Granaten abgeschossen hat, ist bis heute nicht geklärt.

Doch ungeachtet dessen hat sich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bereits am 4. Oktober vom Parlament das Mandat für Militärinventionen gegen Syrien geben lassen, was die umgehende Verstärkung von Armee-Einheiten, den Einsatz von F-16-Kampfjets und die Verlegung von Panzerverbänden an der 900 Kilometer langen Grenze zur Folge hatte. »Die Türkei muss in jedem Fall für einen Krieg bereit sein«, so Erdoğan am 7. Oktober. Die AKP-Regierung verspricht sich durch diese höchst gefährliche Eskalation den im Zuge des »Arabischen Frühlings« erhofften, aber tatsächlich nicht eingetretenen Einfluss in der Region mit Gewalt zu gewinnen. Es geht der Türkei darum, Syrien als Machtfaktor zu zerstören, um ihrerseits hieraus Profit ziehen zu können – ganz im Sinne des Nordatlantikbündnisses und dessen Konzepts einer Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens. Würde Syrien ähnlich zerlegt wie der Irak, die Assad-Regierung zerschlagen und der Einfluss der Sowjetunion in der Region dadurch geschwächt, wären für die USA, EU und Israel alle Barrieren beseitigt, um sich dem Iran als eigentlichem Ziel in feindlicher Absicht zu widmen.

Türkischer Wolf heult ...

Erdoğan spekuliert gleichzeitig darauf, mit militärischen Mitteln die sich sehr konkret abzeichnenden Autonomiebestrebungen im türkischen und insbesondere im syrischen Teil von Kurdistan bekämpfen und zerstören zu können. Innenpolitisch fährt die AKP-Regierung seit vielen Monaten sowohl gegen die kurdische Bevölkerung als auch die Befreiungsbewegung einen aggressiven Repressionskurs, der beängstigend an die 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erinnert.

Die seit Jahrzehnten praktizierte Methode türkischer Amtsträger, den europäischen Staaten vorzuwerfen, nichts gegen »Terroristen« aus der Türkei zu unternehmen, hat Ministerpräsident Erdoğan erst kürzlich wieder aufgewärmt. So beklagte er gegenüber dem Privatsender NTV, Frankreich und Deutschland würden Ankara in seinem Kampf gegen die PKK behindern: »Im Gegenteil, sie lassen die Terroristenführer in ihren Ländern frei herumlaufen.«

... »Sozialisten« Frankreichs kuschen

Frankreich hat dieses Signal gehört: Am 6. Oktober wurden durch Kräfte der Anti-Terror-Behörde in Paris der – nach eigenen Angaben – mutmaßliche Europaverantwortliche der PKK, Adem Uzun, sowie eine weitere Person festgenommen. Einen Tag später erfolgten in den nordwestlichen Gemeinden Evron

und Saint-Ouen-l'Aumone zwei weitere Festnahmen. Angeblich sollen die Kurden versucht haben, Waffen zu beschaffen.

In ihrer Pressemitteilung vom 12. Oktober stellte die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, fest, dass es sich bei Adem Uzun um das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) handelt: »Wir verurteilen diese Verhaftung aufs Schärfste und fühlen uns als Kurdinnen und Kurden in der Diaspora als direkt Betroffene.« Wie YEK-KOM weiter ausführte, sei Adem Uzun als »Delegierter des KNK für diplomatische Arbeiten« vorzeitig nach Paris angereist, um sich an der Vorbereitung einer »Westkurdistan (Nordsyrien)-Konferenz« am 13. Oktober zu beteiligen. »Wir sehen die Verhaftung von Herrn Uzun als weiteren Schlag gegen die Friedensbemühungen des kurdischen Volkes und als direkte Unterstützung des türkischen Staatsterrors gegen die kurdische Bevölkerung.«

Nach Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur ANF seien in Frankreich seit 2007 rund 200 kurdische Aktivisten festgenommen und inhaftiert worden sowie im Jahre 2011 das Ahmet-Kaya-Kulturhaus in Paris geschlossen worden. YEK-KOM fordert die sofortige Freilassung von Adem Uzun und der anderen Festgenommenen.

Die KCK erinnerte in einem Statement vom 11. Oktober an die unrühmliche Rolle, die Frankreich 1923 bei der Vierteilung Kurdistans gespielt hat, und forderte die französischen Behörden auf, ihre antagonistische Haltung aufzugeben; anderenfalls müssten sie mit entsprechenden Reaktionen der kurdischen Widerstandsbewegung rechnen.

Französisch-türkisches Repressionsgeschäft

Ende September schon war bekannt geworden, dass die französische Regierung unter dem »Sozialisten« François Hollande ein gemeinsames Abkommen mit der Türkei über eine engere Zusammenarbeit geplant hatte, das am Tag der Festnahmen unterzeichnet worden sei – quasi als Zeichen der Ernsthaftigkeit Frankreichs. Wie dem Newsletter der Mesopotamischen Gesellschaft (Mesop) vom 9. Oktober ferner zu entnehmen war, sei im Rahmen dieser Kooperation auch über die künftige Auslieferung von inhaftierten PKK-Mitgliedern verhandelt und eine Vereinbarung geschlossen worden. Die Zeitung »*Zaman*« meldete, es sei hierbei u. a. um die kurdischen Aktivisten Nedim Seven und Canan Kurtyılmaz gegangen.

Gleichzeitig wird – wie »*Die Welt*« vom 9. Oktober berichtet – im jüngsten EU-Jahresbericht zur Türkei festgestellt, dass es dort hinsichtlich der Grundrechte keine Fortschritte gegeben habe. Danach missbrauchten die Gerichte die Gesetze zur Meinungs- und Pressefreiheit, »besonders jene in Bezug auf Terrorismus und organisierte Kriminalität«. Im Polizei- und Armeeapparat herrsche nach wie vor ein Klima der Straflosigkeit. So seien bislang die Hintergründe eines Anfang des Jahres entdeckten Massengrabes im kurdischen Gebiet der Türkei nicht angemessen untersucht worden. Kritisiert wird der türkische Justizapparat; hier gebe es im Hinblick auf Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Effizienz erheblichen Nachholbedarf. Ein »signifikanter Rückstau« müsse auch bei Untersuchungen vor Gericht im Zusammenhang mit Vorwürfen exzessiver Polizeigewalt und verfahrensrechtlicher Fehler festgestellt werden. Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen, die im Oktober 2005 begannen, soll die Türkei 35 Kapitel »abarbeiten«.

Deutschland immer dabei

Premierminister Erdoğan hat sich Anfang November letzten Jahres zu bilateralen Gesprächen in Berlin aufgehalten und auch dort seine Litanei heruntergebetet vom kurdischen Terrorismus, der in Deutschland toleriert werde *(»Zaman« v. 8.10.2012)*. Die Auseinandersetzungen rund um das Verbot einer von YEK-KOM geplanten Demonstration, mit der auf das PKK-Betätigungsverbot aufmerksam gemacht und dessen Aufhebung gefordert werden sollte, sind den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift bekannt.

Im Oktober 2011 ist der kurdische Aktivist Ali Ihsan Kitay in Hamburg festgenommen worden und muss sich seit August dieses Jahres vor dem Oberlandesgericht der Hansestadt verantworten. Die Anklage wirft ihm »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland« (§ 129b in Verbindung mit § 129a StGB) vor. Er soll von Mai 2007 bis Mitte September 2008 in leitender Funktion innerhalb verschiedener PKK-Strukturen in Deutschland tätig gewesen sein; konkrete Straftaten werden ihm nicht vorgeworfen. Seine Verteidigerin, Cornelia Ganten-Lange, erklärte hierzu u. a.: »Das Vorgehen im Zusammenhang mit dem § 129b ist verfassungsrechtlich bedenklich. Die Gewaltenteilung wird aufgehoben. Es wird dem Justizministerium – also der Exekutive – überlassen zu entscheiden, ob eine ausländische Vereinigung terroristisch ist oder ob sie legitimen Widerstand gegen eine Diktatur leistet oder als legitime Befreiungsbewegung gelten darf. Diese Entscheidung ist dann von geostrategischen Interessenlagen abhängig.«

Ali Ihsan Kitay, der die deutsche Sprache nicht beherrscht, sitzt in Isolationshaft. Gespräche mit Besucher_innen werden gefilmt und finden nur hinter einer Trennscheibe in Anwesenheit von LKA-Beamten statt. Zudem wird Verteidiger- und sonstige Post überwacht. Lange Zeit hat ihm die Gefängnisleitung trotz Genehmigung durch den Haftrichter türkischspra-

chige Bücher vorenthalten sowie Deutsch- und Englischkurse untersagt.

Immer gleiche Inszenierungen

Wie in Dutzenden ähnlicher Verfahren in der Vergangenheit, die nach § 129/a StGB geführt wurden, beruht auch diese Anklage auf einer Unmenge abgehörter Telefongespräche, bei denen selbst eine Verabredung zum Kaffeetrinken von der Anklage als konspirativ und terrorverdächtig gedeutet wird. Profane Unterhaltungen werden nach Gusto interpretiert und willkürlich in einen bestimmten Kontext zusammengebastelt. »Wenn man so viel Energie, Zeit und staatliche Mittel aufwenden würde für die Konfliktlösung und die Entwicklung von Frieden in Kurdistan, gäbe es längst keinen Krieg mehr«, hatte eine Prozessbeobachterin erklärt. Während die Telefonate der Öffentlichkeit in epischer Breite vorgelesen werden, bleiben Stellungnahmen kurdischer Persönlichkeiten, Organisationen oder Parteien im Verborgenen. Hier gilt, dass die Texte von den Verfahrensbeteiligten in aller Stille selbst gelesen werden.

Laut hingegen wird es wieder, wenn teils Jahre zurückliegende Urteile vorgelesen werden. Sie haben zumeist mit dem aktuellen Prozess oder gar der angeklagten Person nichts zu tun, sondern sind obligatorischer Bestandteil jeder dieser Gerichtsinszenierungen. Diese Methode verhindert jegliche Auseinandersetzung mit politischen, strategischen und strukturellen Entwicklungen, die zu teilweise völlig neuen Einschätzungen führen müssten.

Während laut Prozessbericht des Unterstützer_innenkreises für Ali Ihsan Kitay die Richter_innen beim Verlesen der TÜK »immer wieder ins Lachen verfallen«, habe ich in so manchen Verfahren vor dem OLG Düsseldorf die Erfahrung gemacht, dass in Roben gehüllte Beamt_innen in sanften Schlaf verfallen oder sich Bundesanwält_innen völlig desinteressiert mit anderem beschäftigen, wenn Angeklagte ihre Erklärungen zum Prozess vortragen.

Schon im Oktober 2006 hat AZADÎ in einer Pressemitteilung zur Verurteilung eines kurdischen Aktivisten geschrieben: »Seit Jahren laufen die Verfahren gegen kurdische Politiker wie Theateraufführungen des immer gleichen Trauerspiels mit denselben Regisseuren und dem allen hinlänglich bekannten Finale. An einer Änderung des Spielplans sind die Intendanten nicht interessiert. Man hat sich eingerichtet in diesem Theater. Die Rollen bleiben fest verteilt, die Gehälter krisensicher und die staatliche Unterstützung ist auf lange Zeit gesichert.«

Von besonderer »Dramatik« sind die Auftritte der sogenannten PKK-Experten des Bundeskriminalamtes. Ein solcher machte am 19. September seine Zeugenaussagen, wobei er durch völlige Unwissenheit über die politische Entwicklung der PKK, der Situation in der Türkei oder im Mittleren Osten aufgefallen war und dies von der Verteidigung kritisiert wurde. Dies sei umso schwerwiegender, als dessen Einschätzung zur PKK und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) wesentlicher Bestandteil der Anklage sei. Eingeräumt hatte der Beamte, dass er bei seiner Beurteilung auf Informationen eines Kollegen aus dem Zeitraum vor 2006 zurückgegriffen habe. Ihm sei im übrigen die Situation in der Türkei und die Umsetzung politischer Konzepte der PKK bzw. der KCK als nicht wichtig erschienen. Sein Schwerpunkt sei das Ermitteln von Straftaten gewesen, völkerrechtliche Aspekte und politische Hintergründe hätten in diesem Zusammenhang keine Rolle gespielt. Was er aber wisse sei, dass es sich bei der PKK um eine terroristische Organisation handele, die in allen Teilen Kurdistans einen Alleinvertretungsanspruch vertrete und mit der KCK gleichzusetzen sei.

Die Formel PKK = Kadek = Kongra-Gel = KCK = PKK ist allen Angehörigen von Polizei, Geheimdiensten und Justiz eingebrannt. So äußerte die Richterin in einem Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz vor dem Landgericht Berlin gegen einen nichtkurdischen Aktivisten, dass ihr das PKK-Verbot »in Fleisch und Blut übergegangen« sei und ein LKA-Beamter meinte sinngemäß, dass für ihn jede kurdische Demonstration vom Hermannplatz in Berlin zum Kottbusser Tor eine einzige Straftat sei und ihm die Kundgebungsreden nur Kopfschmerzen bereiten würden (junge Welt v. 29.8.2012).

Beendet das Schweigen und fördert den Frieden!

Ali Ihsan Kitay hat zum Prozessauftakt eine Erklärung abgegeben, in der er einen Bogen schlägt von den historischen Hintergründen des türkisch-kurdischen Konflikts, über seinen Lebensweg und seine Entscheidung, sich der PKK anzuschließen, zu deren Politik und ihren Wandlungen bis hin zu seiner fast zwanzigjährigen Haftzeit mit vielfach durchlittenen Folterungen. Er schildert die Gründe seiner Flucht aus der Türkei nach Deutschland und sieht sich nun auch hier konfrontiert mit Kriminalisierung, Gefängnis und Sonderhaftbedingungen. »Man hat an mir in der Türkei Foltermethoden angewandt, die unvorstellbar sind. Die Auswirkungen dieser Folter dauern immer noch an. Während ich versucht habe, mich davon zu befreien, erlebe ich aufgrund der hier angewandten Isolationspolitik ernsthafte Zerstörungen, die meine Persönlichkeit sehr beeinflussen. Das wird nicht wieder gut zu machende Folgen haben.« Der 47-Jährige resümiert, dass durch die vom türkischen Staat angewandten Gewaltmethoden die »Kurdenfrage niemals gelöst« werden könne, sie seien »im Endeffekt eine große Katastrophe für beide Seiten« und bedeuten »Unlös-

barkeit und Chaos«. Er ruft die »internationalen Institutionen und Persönlichkeiten« dazu auf, »gegenüber den in der Türkei herrschenden unmenschlichen Vorgehensweisen nicht weiter zu schweigen«.

Sie sollen sich »so schnell wie möglich dafür einsetzen, dass dieser sinnlose Krieg aufhört und sich eine Phase des Friedens entwickelt«.

Fenster ohne Aussicht

Er äußert sich auch zu den Haftbedingungen in der U-Haftanstalt Holstenglacis. »Ich befand mich in der U-Haft in Block B2, in dem Sondersicherheit und Aufsicht strenger waren. Die Abteilung, in der ich mich zuvor befand, unterscheidet sich von den restlichen Abteilungen. Hier befinden sich die Häftlinge, deren Lage als ›bedenklich und schwerwiegend‹ eingestuft wird. (…) Hier gibt es keine Möglichkeit, mit irgendjemandem zu sprechen. Seit ich hier bin, werde ich allein festgehalten, 23 Stunden des Tages verbringe ich in der Zelle. Nur eine Stunde täglich werde ich zum Hofgang gebracht. Die ersten vier Monate haben sogar die Aufseher in der Kantine für mich eingekauft und es mir gebracht. Zum Hofgang wurde ich allein gebracht. Ich kann keine sportlichen Aktivitäten wahrnehmen. Ich darf meine Familie nur eine Stunde im Monat an einem geschlossenen Ort unter Polizeiaufsicht treffen. Die Zelle, in der ich mich befand, unterschied sich von anderen. Das Fenster der Zelle wurde mit einem kleinen gelöcherten Blech zugemacht. Dadurch kannst du nicht gut sehen. Deswegen habe ich jetzt Sehbeschwerden und -störungen. Die meisten Häftlinge sind aufgrund der Praxis der Dammtor-U-Haft derart beeinflusst, dass sie an Depressionen leiden.«

Auch Ridvan Ö. und Mehmet A. nach § 129b angeklagt

»Ich gehöre einer Generation an, die im Schatten des Krieges groß geworden ist; ich musste als Kind erwachsen sein und als Erwachsener sehne ich mich nach meiner Kindheit zurück. Bereits heute habe ich eine gebrochene Lebensgeschichte. Zwischen drei Sprachen fühle ich mich wie drei halbe Menschen und habe Schwierigkeiten, mich klar auszudrücken. Die Einschnitte, die ich in den jungen Jahren meiner Entwicklung erlitten habe, haben mich so geprägt, dass ich immer glaube, ein unvollständiger Mensch zu sein und zu bleiben.« Diese Worte sprach der 30-jährige Ridvan Ö. anlässlich der Eröffnung seines Hauptverfahrens am 13. September vor dem OLG Stuttgart.

Ihm sowie dem gleichaltrigen Mitangeklagten Mehmet A. wird ebenfalls Mitgliedschaft in einer terroristischen ausländischen Vereinigung (§ 129b i. V. m. § 129a StGB) vorgeworfen. Sie sollen Spendengelder gesammelt, öffentlichkeitswirksame Demonstrationen organisiert, Schulungsveranstaltungen durchgeführt, Reisen von Kadern koordiniert und Nachwuchs für die Guerilla rekrutiert haben. Beschuldigungen, wonach sie als mutmaßliche Mitglieder einer Vereinigung im Ausland dort möglicherweise Straftaten begangen hätten, gibt es nicht. Im Sinne des § 129b ist dies auch nicht erforderlich, wird doch jedes tatsächliche oder mutmaßliche Mitglied einer als terroristisch eingestuften Organisation automatisch für deren gesamten Aktivitäten mitverantwortlich gemacht.

Zur Sache selbst haben sich beide Angeklagten bislang nicht geäußert.

Die Verfolgungsermächtigung nach § 129b gegen Ridvan Ö. erteilte das BMJ am 1. April 2011; diese gegen Mehmet A. am 12. Mai 2011. Beide wurden im Juli 2011 festgenommen, der eine auf dem Düsseldorfer Flughafen, der andere in Freiburg; sie befinden sich in der JVA Stuttgart-Stammheim.

Verteidigung beantragt Aussetzung des Verfahrens und Klärung der Verfassungsmäßigkeit des § 129b

Die Verteidigung beantragte am zweiten Verhandlungstag zum einen die Aussetzung des Verfahrens bezüglich des Tatvorwurfs § 129b und forderte zum zweiten, die Akten dem Bundesverfassungsgericht zur grundsätzlichen Entscheidung darüber vorzulegen, ob die Norm dieses Paragrafen verfassungswidrig ist.

Politisierung der Justiz

Insbesondere kritisiert sie es als »unerträglich« und unzulässig, dass die §§ 129 und 129a, die sich auf inländische Vereinigungen beziehen, pauschal und unverändert auf »Vereinigungen irgendwo und überall im außereuropäischen Ausland« (§ 129b) übertragen würden. Bei den Ermächtigungen des Bundesjustizministeriums (BMJ) zur diesbezüglichen Strafverfolgung handele es sich darüber hinaus um »ausschließlich politisch zu treffende Entscheidungen«, die wesentlich von der »aktuellen politischen Ausrichtung des BMJ und seiner Stellung zu der in Frage stehenden Vereinigung« abhänge. Die Behörde könne »völlig frei« entscheiden, ob sie eine Ermächtigung erteilt, zurücknimmt oder später erteilt, ohne dies begründen zu müssen. Entscheidungen seien weder anfechtbar noch rechtlich bzw. richterlich überprüfbar, was eine »Politisierung der Justiz« zur Folge habe mit »Merkmalen der Willkür-

lichkeit« – ähnlich der Indizierung von Personen und »terroristischen« Organisationen auf den UN- und EU-Terrorlisten.

Dies müsse als »umso gravierender« bezeichnet werden, als die den Entscheidungen zugrunde liegenden politischen Motivationen »massive Grundrechtseingriffe und Freiheitseinschränkungen« von Betroffenen mit sich brächten – »bis hin zu einer Freiheitsentziehung von zehn Jahren«.

Terroristische Vereinigung und Befreiungsbewegung nicht gleich

Der § 129b enthalte außerdem eine »sachlich nicht gerechtfertigte Gleichbehandlung von terroristischen Vereinigungen mit Befreiungsbewegungen«. Es werde nicht danach unterschieden, ob eine Organisation eklatant gegen «objektive Menschenrechtsstandards« verstoße oder ob ihre Handlungen auf die Verteidigung gegen ein repressives System gerichtet sei und sie die Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse anstrebe: »Befreiungsbewegungen kämpfen gegen solche Staaten, die die Grund- und Menschenrechte nicht achten.« Mit dem bewaffneten Widerstand verfolgten sie Ziele, die »völker- und menschenrechtlich anerkannt« seien. Schließlich bestünden »gravierende Unterschiede« zwischen Verteidigungshandlungen gegen Willkür und Unterdrückung durch eine Befreiungsbewegung und »Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung durch militante Gruppierungen«.

Die Verteidigung wies zudem auf die Brisanz hin, dass die Bundesregierung in jüngster Zeit »direkt oder indirekt unter Einschluss von Menschenrechtsverbrechen militärisch agierende Aufstandsbewegungen im arabischen Raum« unterstützt habe, bei denen nicht unbedingt erkennbar sei, dass sie sich für eine staatliche Ordnung einsetzen, die die Gewähr für Freiheits- und Menschenrechte böten. Anschauliche Beispiele hierfür seien Libyen und Syrien. So kämpften in Syrien mehrheitlich islamistisch geprägte Gruppen mit militärischen Mitteln und »unter vielfältiger Begehung von Menschenrechtsverbrechen« – mit direkter und indirekter Unterstützung westlicher Staaten inklusive der Bundesrepublik. Auch in Libyen sei mit massiver Unterstützung westlicher Staaten ein diktatorisches Regime durch islamistisch zusammengefasste Verbände militärisch bekämpft und gestürzt worden.

Und was ist mit Staatsterrorismus?

Ein weiterer wichtiger Aspekt sei ferner, dass der § 129b Abs. 1 gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, indem die Kategorie staatlichen Terrorismus völlig fehle. Auch im Rahmenbeschluss des Rates zur Terrorismusbekämpfung seien die Aktivitäten von Streitkräften eines Staates in bewaffneten Konflikten nicht erfasst. Die Verteidigung ist der Auffassung, dass »Gewalttaten, die durch einen souveränen Staat verübt werden (sog. Staatsterrorismus), mit der Ausübung von Gewalt durch nichtstaatliche Vereinigungen vergleichbar« sei. Schließlich könnten Staaten auch Taten im Sinne des § 129a Abs. 2 begehen und gegen die »Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sein« und als »verwerflich« eingestuft werden. *(Wie anders sollte man die Lieferung von Tod bringendem deutschem Rüstungs- und Kriegsmaterial oder die Vergabe von Lizenzen zur Herstellung von Waffen an die Türkei werten? Azadî)*

Der 6. Strafsenat (Staatsschutz) des OLG lehnte den ersten Antragspunkt (Aussetzung des Verfahrens) ab und stellte zum zweiten Punkt (Prüfung der Verfassungsmäßigkeit) eine Entscheidung zurück.

Und kein Ende

Neben den laufenden Verfahren gegen **Ali Ihsan Kitay**, **Ridvan Ö.** und **Mehmet A.** sind weitere § 129b-Verfahren zu erwarten: **Sedat K.**, der aufgrund eines Festnahmeersuchens der Bundesanwaltschaft (BAW) am 25. Juli dieses Jahres von Frankreich an Deutschland überstellt wurde; **Abdullah S.**, seit April 2012 in U-Haft. **Metin A.** befindet sich seit Frühsommer letzten Jahres auf Antrag der BAW in der Schweiz in Auslieferungshaft und **Vezir T.**, der aus persönlichen Gründen haftverschont ist.

Noch einmal Ridvan Ö.

»Als Flüchtling ist man immer zur Hälfte zugleich Gefangener, denn die eigene Zukunft, sogar das tägliche Leben, sind in der Hand anderer. Dies kann wohl nur verstehen, wer es selbst erlebt hat. (…) In einem zusammenfassenden Rückblick ist mein Leben dadurch geprägt, dass ich in jungen Jahren gezwungen war, mein Haus und meine Heimat zu verlassen und 12 Jahre ohne Familie weit weg von dort, wo der Mittelpunkt meines Lebens ist, zu leben. Ich schaue zufrieden darauf zurück, dass ich trotz allem nicht in kriminelle, unethische oder unmoralische Machenschaften verstrickt worden bin.«

Dieses unwürdige, undemokratische und politisch motivierte Vorgehen gegen Kurdinnen und Kurden muss ein Ende haben. Deshalb sind alle Verfahren einzustellen und die Gefangenen frei zu lassen. ♦

Alper Canıgüz: Söhne und siechende Seelen

»Blumen züchten in der Hölle«

Buchbesprechung von Susanne Roden

Seine Liebe zum Lesen verdankt er dem Vater, seine Leidenschaft für das Schreiben seinem fehlenden musikalischen Talent. Lachen sollen seine Leser, bis ihnen die Tränen kommen, und weinen, bis sie in lautes Gelächter ausbrechen – so möchte Alper Canıgüz in die Geschichte eingehen.

Es bestehen auch gute Chancen dazu, wenn er seinem Stil treu bleibt.

Der Einband hatte es mir angetan: grüne Farbe und ein Scherenschnitt in schwarz.

Ein Junge spritzt sich mit einer Pistole Wasser in den Mund.

Dazu der Titel: Söhne und siechende Seelen.

Gleich zu Beginn der Lektüre werden dem Leser einige wichtige Begriffe benannt, die sonst immer am Ende eines Buches stehend zum ständigen Herumblättern auffordern. Mal praktisch gedacht.

Dann geht es sofort zum ersten Kapitel »sein und nicht sein«. Eine interessante Abwandlung des Beginns des Monologs von Prinz Hamlet aus der Tragödie von William Shakespeare, der vom Geist seines kurz zuvor ermordeten Vaters, dem König von Dänemark, den Auftrag erhält, das an ihm begangene Verbrechen zu rächen, und der, um den Mörder zu überführen, vorgibt, wahnsinnig zu sein.

So beginnt unser kleiner Held Alper Kamu, nicht zu verwechseln mit dem französischen Schriftsteller und Philosophen Albert Camus, uns in seine Welt einzuführen mit einem messerscharfen Verstand und mit seiner recht vorlauten frechen Art.

»Mit fünf Jahren befindet sich der Mensch auf der Höhe seiner Reife, danach beginnt er zu faulen.«

Treffer, versenkt. Toll. Das Buch hat es mir sofort angetan.

Alper hasst Romantik und er schämt sich, der Held einer Narrenveranstaltung zu sein, die man Geburtstagsfeier nennt. Das einzige Geschenk, das er – ohne den dazu gelieferten Firlefanz wie Cowboyhut und Sheriffstern – für sich entdeckt hat, ist ein Revolver der Marke Dallas Gold.

Diesen Plastikrevolver hat er bei seinen Erkundungen und Raufereien mit den Nachbarjungs immer am Mann.

Alper Kamu, ein Lausebengel, der sich wie eine Kleinausgabe von James Bond aufführt, ist gewitzt und pfiffig.

»Ich erlebte die aufregendsten Tage meines Lebens. Ich war umgeben von Feinden, die vernichtet, und Frauen, die vernascht werden sollten. Wobei, meine Waffe war aus Plastik. Und meine Frauen auch. Dennoch war das immer noch besser als gar nichts.«

Als jüngster Detektiv der Welt erinnert er mich aber eher an Tim von Georges Remi Hergé. Allerdings ist er ohne Struppi unterwegs; das würde eben auch nicht zu Istanbul passen.

Gleich zu Beginn erhält der Leser tiefe Einblicke in die Möglichkeiten, wie man sich erfolgreich vor dem Besuch der Vorschule drücken kann. Lieder singen und basteln sind nichts für ihn.

Unser kleiner Held ist nicht interessiert an langweiligen Märchen, sondern ist seinen Altersgenossen weit voraus mit der Literatur, er liest Nietzsche, ist ohnehin Literaturliebhaber, hat auch Fachwissen in medizinischen, psychoanalytischen sowie strafrechtlichen Themen. Musik hört er bevorzugt von dem russischen Komponisten Schostakowitsch.

Der Leser erhält einen lebendigen Eindruck vom täglichen Leben im Istanbuler Stadtteil Beşiktaş, es werden dem Leser eine Vielzahl Einsichten vermittelt und wunderbare Situationen geschildert, die man teilweise auch aus der eigenen Vergangenheit kennt.

Das Erwachsenenleben ist eben anders als die Gedankenwelt von Kindern und Jugendlichen, aber hier wird eine Grenzwelt aufgetan. Für die Erwachsenen ist die eigene Kindergefühlswelt bereits Lichtjahre entfernt, sie können sich gar nicht mehr hineinversetzen, oder wenn, dann nur von der selbsteingebildeten Warte aus, über einem Kind zu stehen, also dem Wissensstand in jedem Fall überlegen zu sein – ist ja nur ein Kind, was kann das schon wollen.

Mit dieser oft beobachteten Oberflächlichkeit, mit der Erwachsene im täglichen Leben über die Nöte und Wünsche der kleinen Menschen hinwegfegen, nur weil die Frage oder Begebenheit gerade lästig oder störend ist. Wie oft ist man mit anderen wichtigen Dingen befasst, wenn die lieben Kleinen ihre Fragen wie kleine Pfeile absetzen.

Ja, wie oft wird wohl das Wissen und Können der Kinder verkannt. Ich beobachte die Kleinen und Jugendlichen, wenn ich unterwegs bin, wie sie unbeobachtet von ihren Eltern oder Nachbarn die Köpfe zusammenstecken, sich die neue Technik, die Tricks und Tücken gegenseitig erklären, wie man etwas findet, Quellen anzapft usw.

Mein Jahrgang kennt technisch tiefstes Mittelalter: Telex, Blaupause, Funktelefone schwer wie Kanister, Kassetten und Floppy Disk. Wir haben gut aufgeholt, so dachte ich.

Wenn man allerdings davon ausgeht, dass – wenn auch nur zu einem Teil – in jedem kleinen Steppke ein paar Prozent von Alper Kamu stecken, na dann viel Spaß.

> Klappentext: Alper Kamu mag die Erwachsenen nicht besonders und möchte niemals so werden wie sie. Lieber verbringt er seine Zeit mit Fussballspielen, Lesen und Streifzügen durch sein Istanbuler Viertel. Dabei verblüfft er seine Umwelt immer wieder durch sein Wissen und seine Schlagfertigkeit. Eines Tages entdeckt er die Leiche des pensionierten Polizeidirektors Hicabi Bey und übernimmt kurzerhand die Ermittlungen.

Er reagiert auf die wohlmeinenden Fragen von Erwachsenen eben nicht seinem Alter entsprechend.

Auf die Frage, was er denn werden wolle, wenn er erwachsen sei, antwortet er dann: »Ich werde Blumen züchten in der Hölle.«

Die Aufklärung des Mordes durch die Polizei und den ermittelnden Staatsanwalt bietet dem Leser einen Einblick in den türkischen Staatsapparat und auch an anderer Stelle steckt in dem Buch eine Menge Kritik an den gelebten Realitäten in der Türkei.

Es werden ganz bewusst Namensvettern tatsächlich existierender Persönlichkeiten in die Romanhandlung eingebunden, damit Kritik und Wut an den bestehenden Umständen in der Türkei geäußert werden können.

Auch eine bevorstehende Zwangsversetzung des Vaters von Alper nach Erzirom (Erzurum), weil er sich als kleiner Staatsdiener erlaubt hat, Kritik zu äußern bzw. bei von ihm erwarteten Dingen nicht gespurt hat, ist dabei.

Es wird ganz unverblümt die vorherrschende Meinung der Bevölkerung dazu beschrieben, dass eine Versetzung ins tiefste Anatolien das Ende des Lebens bedeute. Man werde lebendig begraben, denn dort lebten ja nur rückständige Kurden. Der Vater beginnt damit, seinen Kummer mit Rakı runterzuspülen und jeden Tag mit der Mutter zu streiten. Die Beschwichtigungen gegenüber dem Jungen, es sei alles in Ordnung, nimmt der ihnen natürlich nicht ab. Und Alper versucht auch, das drohende Unheil mit seinen begrenzten kindlichen Möglichkeiten von der Familie abzuwenden. Keine leichte Aufgabe, aber da eben auch die allgegenwärtige Korruption beschrieben wird, versucht der pfiffige Knirps, genau dort den Hebel anzusetzen.

Das Buch birgt insgesamt eine Menge Brisanz in sich, nutzt es doch seine Hauptfigur, die ja kindliche Unschuld verkörpert, um nebenbei zahlreiche Missstände, Kritik am Justizsystem, Willkür, Korruption und Vetternwirtschaft unterzubringen.

Ich habe deshalb bewusst bestimmte offensichtliche Anspielungen hier nicht erwähnt oder zitiert, weil ich nicht will, dass Alper Canıgüz nach zu vielen wunderbaren Rezensionen im Ausland irgendwann später in der Türkei wegen Verunglimpfung oder Beleidigung des Türkentums oder anderer Dinge angeklagt wird.

Jüngstes Beispiel: Der international bekannte türkische Starpianist Fazıl Say muss sich in seiner Heimat gegen eine Anklage wegen Verletzung religiöser Gefühle verteidigen. Er hat sich mehrfach kritisch über den Kurs der islamisch-konservativen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan geäußert. Ihm drohen 18 Monate Haft.

Und nicht zu vergessen die über 100 inhaftierten Journalisten, allesamt Mitarbeiter linker oder prokurdischer Medien, von denen 44 seit dem 10. September in Istanbul vor Gericht stehen. Mit ihnen hat die Türkei nun einen traurigen Rekord an Pressefeindlichkeit erreicht und China und den Irak überholt.

Alper Canıgüz wurde 1969 in Istanbul geboren und studierte dort Psychologie. Er arbeitet als Werbetexter für nationale und internationale Werbeagenturen und hat in der Türkei bisher drei Romane veröffentlicht, seinen ersten Roman »Tatlı Rüyalar / psiko-absürt romantik komedi« im Jahr 2000. Dieser war wohl sowohl im Aufbau seiner Geschichte als auch wegen seines außergewöhnlichen Humors und seiner flüssigen Erzählweise eine Überraschung für das Publikum.

Der zweite Roman »Oğullar ve Rencide Ruhlar«, ein psychoanalytischer Krimi, der sehr viel Aufmerksamkeit in der Türkei erlangte und innerhalb kürzester Zeit Kultstatus erreichte, wurde nun ins Deutsche übersetzt: »Söhne und siechende Seelen« Der Roman ist in einfachem Stil gehalten, liest sich gut und ist neben den philosophischen und psychoanalytischen Passagen auch mit derben alltäglichen Ausdrücken durchsetzt. Er ist spannend geschrieben bis zum Schluss und wartet zum Ende noch mit einer kleinen Überraschung auf.

Im Jahr 2010 hat Alper Canıgüz mit einer Gruppe junger Schriftsteller die Website Afili Filintalar (http://www.afilifilintalar.com/) ins Leben gerufen. An diesem Projekt sind Schriftsteller und Dichter wie Murat Menteş, Emrah Serbes, Murat Uyurkulak und Onur Ünlü beteiligt. Aufgrund ihrer Qualität und literarischen Dichte ziehen diese zeitgenössischen Autoren mit ihren Beiträgen in der Türkei große Aufmerksamkeit auf sich. ♦

(binooki Verlag, ISBN: 978-3-943562-01-9)

Buchvorstellung:

Widerstand und gelebte Utopien

Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan

Im September 2012 erschien im Mesopotamien Verlag ein umfangreiches Werk über die kurdische Frauenbefreiungsbewegung unter dem Titel »Widerstand und gelebte Utopien«. Um einen Einblick in das fast 600 Seiten umfassende Buch zu geben, veröffentlichen wir das Vorwort, in dem das Herausgeberinnenkollektiv sich und die Entstehung des Buches erklärt.

Vorwort

Das hier vorliegende Buch basiert auf zahlreichen Interviews, die im Jahre 2010 mit Kämpferinnen und anderweitig aktiven Frauen der kurdischen Frauenbewegung geführt wurden. Sie spiegeln die Hoffnungen und Bedenken der Interviewpartnerinnen in einer Zeit wider, in der die kurdische Bewegung zwischen dem Aufbau einer alternativen Gesellschaft und dem Widerstand gegen die Vernichtungsversuche des türkischen Staates und seiner Verbündeten stand. Unterschiedliche Frauen aus Westeuropa führten diese Interviews bei Reisen nach Südkurdistan. Einige besuchten das Flüchtlingscamp Mexmûr (Maxmur) und südkurdische Städte. Andere reisten in das Gebiet Kandil. Andere wiederum machten sich auf den Weg in die Medya-Verteidigungsgebiete.

Die Besucherinnen waren zum Zeitpunkt ihrer Reise in Europa in verschiedenen feministischen Gruppierungen, aber auch in Strukturen mit vorwiegend antikapitalistischer und antifaschistischer Ausrichtung aktiv. Alle Besucherinnen verband ein solidarischer Bezug zur kurdischen Frauenbewegung und dass sie relativ wenig über die Organisierung und Arbeiten

der Bewegung in den Bergen und in Südkurdistan wussten. Die Interviews sind entsprechend einführend strukturiert und geben auch LeserInnen ohne viel Vorwissen die Möglichkeit, mit einzusteigen.

Ein Herausgeberinnenkollektiv überarbeitete die Interviews und brachte sie in die vorliegende Form.

Lange Zeit war bei den Arbeitstreffen die Rede von einer Broschüre, wobei wir am Ende feststellen mussten, dass die Fülle an gesammeltem Material eher dem Format eines Buches entsprach.

Auch war es uns wichtig, die Interviews möglichst ungekürzt abzudrucken. Denn wir wollten sicherstellen, dass die interviewten Frauen sich in diesem Buch wiederfinden können. In einem Interview an der Frauenakademie in Mexmûr wiesen sie auf ihr Anliegen hin: „Mir ist wichtig, dass die Dinge, die wir im Interview zur Sprache bringen, so niedergeschrieben werden, wie wir sie sagen. Denn in der Vergangenheit haben wir schon erlebt, dass Delegationen aus Europa gekommen sind, hier Reportagen gemacht haben, dann aber unsere Worte ihren Ansichten entsprechend interpretiert haben. Darin konnten wir uns dann nicht mehr wiederfinden. Wir möchten uns selbst vorstellen können und nicht irgendwelchen politischen Interessen entsprechend verzerrt dargestellt werden." Daher und weil es bisher kein vergleichbares Werk über die kurdische Frauenorganisierung gibt, entschieden wir uns für diese umfangreiche Veröffentlichung.

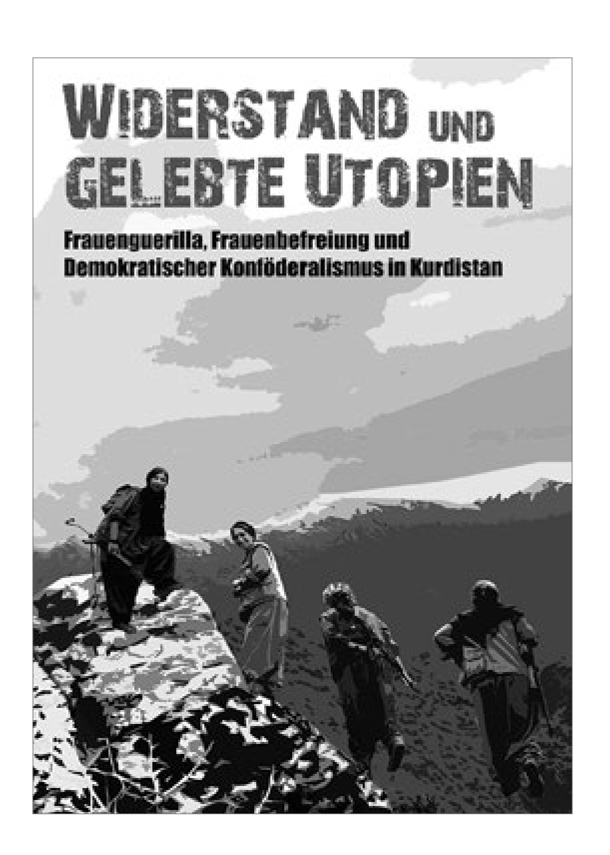
Wir möchten auch darauf hinweisen, dass es in dem Buch an einigen Stellen inhaltliche Doppelungen gibt. Uns waren die Blicke aus verschiedenen Perspektiven und eine Vielfalt an diesen Stellen wichtig. Außerdem ist der nicht durchgängige Stil der Tatsache geschuldet, dass verschiedene Autorinnen am Zustandekommen der Texte beteiligt waren.

Wir hoffen, dass dieses Buch neben den Informationen zu den aktuellen Kämpfen der kurdischen Frauenbewegung auch Anregungen bietet für eine weiterführende Organisierung, für den internationalistischen, feministischen Freiheitskampf autonomer Frauenbewegungen und die Stärkung von Frauenorganisierung und Frauenbefreiungsideologien in gemischten Strukturen. In diesem Sinne haben wir im letzten Kapitel des Buches „Einige Gedanken über Perspektiven für internationalistische feministische und linke Kämpfe" zusammengetragen.

Im ersten Kapitel geht es um die letzten Jahrzehnte Geschichte der kurdischen Freiheitsbewegung mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung. Für ein Verständnis der grundlegenden Struktur der Bewegung und des politisch-gesellschaftlichen Kontextes der Kämpfe empfiehlt es sich, dieses Kapitel zu lesen. Hier werden auch die weiteren politischen Entwicklungen nach Abschluss der Interviews (Ende 2010 bis Mitte 2012) beschrieben. Alle weiteren Kapitel sind so aufgebaut, dass sie auch einzeln und je nach Interesse gelesen werden können.

Im zweiten Kapitel werden das Zentrum der Frauenbewegung, der Hohe Frauenrat KJB, und die unter dem Dach des KJB arbeitenden Organisierungen: die ideologische Partei PAJK, die YJA – zuständig für die Organisierung im politischen, gesellschaftlichen Bereich –, die Selbstverteidigungskräfte YJA Star und das Komitee der Jungen Frauen, vorgestellt.

Das dritte Kapitel behandelt einen Ausschnitt aus der gemischten konföderalen Organisierung der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans): den politischen Bereich, den gesellschaftlichen Bereich, das Komitee für Ökologie und das Volksverteidigungskomitee.



Widerstand und gelebte Utopien
Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan
(Mesopotamien Verlag) ISBN: 978-3-941012-61-5
Paperback, 592 S., 22,0 x 15,0 cm, 15 €

Im vierten Kapitel geht es um die praktische Umsetzung des Modells des Demokratischen Konföderalismus in Kandil, Mexmûr und dem restlichen Südkurdistan, wobei vor allem die Strukturen der Frauen vorgestellt werden, wie z. B. Frauenräte, Frauenakademien und -zentren.

Wir haben versucht, möglichst viele Beiträge in der Interviewform zu belassen, um anders als in geschriebenen Texten Frauen mit ihren Einschätzungen und Positionen selber sprechen zu lassen und nicht über sie zu schreiben. An manchen Stellen war dies jedoch aus Platz- oder auch aus Formgründen nicht möglich. Namen von AktivistInnen wurden einige Male von den Herausgeberinnen zum Schutz der Personen und der Strukturen verändert.

Bestimmte Begriffe, Abkürzungen, Organisationsnamen, geographische Bezeichnungen u. ä. können im Glossar am Ende des Buches nachgeschlagen werden.

In Nordkurdistan waren die Zwangstürkisierung aller Namen und das Verbot der kurdischen Sprache Teil der jahrzehntelangen Zwangsassimilation und Leugnung der kurdischen Existenz. Die kurdische Zivilgesellschaft kämpft daher u. a. für die Wiederbelebung der kurdischen Muttersprache und die Etablierung der Zweisprachigkeit für Ortsbezeichnungen. Deshalb benutzen auch wir für Ortsnamen die uns zugänglichen kurdischen Bezeichnungen und in Klammern die durch die Besatzerstaaten eingeführten.

Die Struktur der Bewegung und deren Arbeiten im bereisten Gebiet haben sich bis heute vor allem personell verändert. Und einige der hier interviewten Freundinnen sind mittlerweile gefallen. Auch ihnen und ihrem Einsatz im Freiheitskampf möchten wir dieses Buch widmen.

Ein herzlichen Dank geht auch an alle, die mit ihren Übersetzungen und Korrekturen zu diesem Buch beigetragen haben.

Jin, jîyan, azadî!
Frauen, Leben, Freiheit!

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, Devriş Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten
Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
30 Jahre Kurdistan Report
Collage | ISKU

Rückseite:
Solidarität mit den Hungerstreikenden
ISKU

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Ersan Nazlıer, Ferhat Önder, Mazlum Tekdağ, Ercan Şengül, Tayip Temel, Ramazan Başarı, M. Şerif Aslan, M. Salih İlen, Ramazan Yıldırım, Fırat Bilir, Sami Ceylani, Davut Polat, Erdal Emeç, Cihat Bekir, Osman Ötün.ö Sara Aktaş, Mizgin Arı, Nihayet Taşdemir, Herdem Kızılkaya, Pero Dündar, Besime Konca, Seve Demir, Taybet Belge, Zeynep Kaplan,

Seit dem 12. September sind Hunderte Gefangene in der Türkei im unbefristeten

Hungerstreik



Für: „Die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan, die Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit sowie die umfassende Anerkennung derkurdischen Sprache – einschließlich des Rechtes auf Bildung in der kurdischen Muttersprache und die Aufhebung jeglicher Assimilationspolitik gegen KurdInnen!“

ISSN 0935-5375